Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten

inamo

Nummer 10
JAHRGANG 3
SOMMER 1997
PREIS DM 10,–

Frankreich 30 FF · Österreich 70 ÖS · Italien 10000 L
Schweiz 10 SFr · Niederlande 10 HFl

Berichte & Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens

MAROKKO

- Der Bühnenautor Saadallah Wannus
- Rückführabkommen BRD–Algerien

In diesem Heft

Bagels, Falafel, Maccabee-Bier, titelte der Berliner Tagesspiegel und kündigte das jüdische Straßenfest am 15. Juni rund um die Synagoge, dem heutigen Centrum Judaicum, in Erinnerung an den 30. Jahrestag der „Wiedervereinigung" Jerusalems an. Die israelische Generalkonsulin Miryam Shomrat gab sich euphorisch: Es bereite ihr eine „besondere Freude, daß eine solch große Erinnerung an die Wiedervereinigung der Stadt Jerusalem im wiedervereinigten Berlin" stattfinde. Organisatoren sind die Jüdische Gemeinde Berlin und der BJSD – Bundesverband jüdischer Studenten in der BRD, die Schirmherrschaft hat der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen.

In der jüdischen Gemeinde ist das Fest nicht unumstritten. Die Jüdische Gruppe Berlin (JGB) – eine lose Vereinigung in Berlin lebender kritischer Juden („die pluralistische Selbstbehauptung gegenüber der Einheitsgemeinde") – will das nicht einfach so hinnehmen. In ihrer Stellungnahme heißt es: „Wir wollen ja Frau Shomrat die Freude nicht verderben, aber: Jerusalem ist nicht wiedervereinigt worden; der Ostteil der Stadt wurde 1967 von Israel erobert und – entgegen dem Votum der UNO – annektiert ... Zwar haben alle israelischen Regierungen seit 1967 eine Art Siegerfaustrecht praktiziert und ihren Anspruch als vollendete Tatsache dargestellt, aber erst die Netanyahu-Regierung hat aus dem dauernden kalten Krieg eine heiße ethnische Säuberung gemacht ..."

Seit der Eroberung Ostjerusalems hat Israel trotz aller UN-Resolutionen (1967–1980: drei von der Generalversammlung, neun vom Sicherheitsrat) versucht, den Rechtsstatus der besetzten Stadt zu ändern, eine jüdische Mehrheit herzustellen und die Palästinenser auszubürgern. Gleich nach der Eroberung der Stadt im Jahre 1967 erklärte der Chefrabbiner der israelischen Armee Shlomo Goren an der Klagemauer, daß Jerusalem jetzt für immer israelisch sei; auch Verteidigungsminister Moshe Dayan äußerten sich anschließend ähnlich. Einige Tage später wurde das muslimische Maghrabi-Viertel an der Westmauer mit Bulldozern plattgewalzt, um Platz vor der Klagemauer zu schaffen. 650 Menschen wurden von der Armee aufgefordert, innerhalb von drei Stunden ihre Häuser zu räumen. Nach Ostjerusalem wurden auch die umliegenden Gebiete annektiert. Die Politik der Landnahme wird bis heute fortgesetzt, von welcher Regierung auch immer.

Gerhard Schoenberner, ehemaliger Leiter der Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannseekonferenz", äußerte sein Mißfallen über die offizielle Unterstützung der Stadt Berlin und meinte, daß bisher auch die europäischen Regierungen allem Drängen Israels widerstanden und ihre Botschaften in Tel Aviv belassen hätten (FAZ, 5. 6.).

Der scheidende Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin Jerzy Kanal bedachte die Kritiker dieser Veranstaltung mit einem unverhohlenen Kriminalisierungsversuch: „Sie seien Handlanger arabischer und palästinensischer Terroristen" (Der Tagesspiegel, 16. 6.). Auch Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats reagierte auf Kritik sehr gereizt.

Der Israelkonnex der Jüdischen Gemeinden in Deutschland trifft sich an diesem Punkt mit einem deutschen zur Entlastung beitragenden Bedürfnis Seite an Seite mit den jüdischen Menschen feiernd gesehen zu werden; einmal so, als sei nichts gewesen. Dahinter schlummern die Gemeinheiten gegen die Rückgabe jüdischen Eigentums und andererseits gegen den legitimen Anspruch der Palästinenser, daß Völker- und Menschenrecht auf die Befassung ihrer Angelegenheiten Anwendung finden möge.

Politik und Wirtschaft unter der marokkanischen Monarchie

Das politische System auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht

Rémy Leveau

Nach 36 Jahren ist für die Herrschaft von Hassan II. die Stunde der Bilanz gekommen. In dieser gesamten Periode hingen Monarchie und Land untrennbar miteinander zusammen, und, verglichen mit seinen Nachbarn, steht Marokko eher vorteilhaft da.

Der von der Monarchie gelenkte autoritäre Pluralismus mochte zu einem Land passen, das zu Beginn der sechziger Jahre noch überwiegend agrarisch geprägt war. Die demographische Entwicklung, die Urbanisierung, die internationale Öffnung und die relativen Fortschritte der Massenbildung haben aus Marokko am Ende der neunziger Jahre ein Land gemacht, das von Mittelschichten sowie von Großstädten dominiert wird, die nicht zu unverwaltbaren Metropolen geworden sind. Die mittelgroßen Städte, die in Regionen mit starker Identität eingebunden sind, bleiben mit ihrem ländlichen Umfeld verbunden. Der Küstenstreifen von Kenitra bis El Jadida beherrscht mit mehr als 60 % der Investitionen und des seit der Protektoratszeit erwirtschafteten Mehrwerts die marokkanische Wirtschaft, doch für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit spielt er nicht eine so enorme Rolle.

Lange bildete der Gegensatz zu Algerien, der sich praktisch unmittelbar nach der Unabhängigkeit auftat und sich schließlich in der Auseinandersetzung um die Westsahara ausprägte, das wesentliche politische Projekt, das die Monarchie und das Land zusammenschweißte, indem die Dominanz eines Dank seiner Erdölrente reichen Nachbarn, der mit dem Anspruch eines beispielhaften politischen Modells auftrat, abgelehnt wurde. Nicht ohne Erschütterungen (deren heftigsten die Militärputsche von 1971 und 1972 waren) hat Marokko mit einem politischen System experimentiert, das in seiner Funktionsweise zeitgemäßer ist, als die Bezugnahme auf eine weit zurückliegende Vergangenheit vermuten läßt. Die Monarchie bot einen Rahmen, der von Mohammed V und vor allem von Hassan II den Bedürfnissen eines modernen Staates angepaßt wurde in dem Bestreben, eine starke Staatsmacht und eine effektive Autoritätsausübung zu verbinden.

Auch die Wirtschaft ist ein „Versatzstück" und wird von der politischen Macht kontrolliert, die die gesamte marokkanische Gesellschaft beherrscht, auch wenn sie im Vergleich mit den Nachbarländern größere Freiheiten zuläßt. Mangels einer Erdölrente konnte die Zentralmacht nicht als Ressourcenverteiler auftreten, der die Grundbedürfnisse der Bevölkerung als Gegenleistung für ihre Ergebenheit sichert. In den siebziger Jahren wurden zwar lebenswichtige Güter subventioniert, allerdings in geringerem Umfang als in Ägypten oder Algerien. Da die marokkanische Monarchie dem Ausland gegenüber offener ist, konnte sie verschiedene Einnahmequellen vor allem in Form von Entwicklungshilfe und Umschuldungsmaßnahmen akquirieren, mußte sich jedoch bereits in den achtziger Jahren einem harten Strukturanpassungsprogramm unterwerfen. Den Krieg in der Westsahara konnte das Land nicht weiterführen, ohne an anderer Stelle staatliche Ausgaben zu reduzieren. Der Preis dafür waren mehrere städtische Unruhen, die das Land 1981, 1984 und 1990 erschütterten. Jedes Mal konnte die Staatsmacht dabei demonstrieren, daß sie das legitime Gewaltmonopol zu behalten vermag, ohne die Repression bis zum Äußersten zu treiben.

Lange Zeit war niemand vor Willkürherrschaft sicher, die ihre Gegner hart bestrafte; jede Opposition wurde als Verrat gewertet. Allmählich jedoch wurde auch ein begrenzter oppositioneller Diskurs zugelassen, solange die Treuepflicht gegenüber dem Königs anerkannt wurde. Die notwendige Öffnung des Landes nach Außen sowie das Auftreten neuer sozialer Mittler, die sich nicht mehr eine radikale Veränderung zum Ziel setzen und die Staatsmacht für sich ausnutzen wissen, sind langfristig geeignet, reale Veränderungen hinsichtlich der Menschenrechtssituation zu erreichen, ohne allerdings daß diese jemals definitiv gesichert werden.

Innerhalb einer Generation hat es in der Funktionsweise des politischen Systems Marokkos qualitative Veränderungen gegeben. In mancher Hinsicht liegt ein nuancierender Vergleich mit dem Spanien Francos nahe. So hat die marokkanische Monarchie lange Zeit jene politischen Parteien auf brutale Weise ausgeschlossen, die die städtische Mittelschicht repräsentierten und die nach der Unabhängigkeit eher als die Monarchie in der Position zu sein schienen, die tatsächliche Macht auszuüben. Zunächst gestützt auf eine ländliche Bourgeoisie, die Angst vor den Umwälzungsabsichten der nationalistischen Intellektuellen hatte, betrieb die Monarchie eine konservative Modernisierung und nutzte dabei die Programme und die individuellen Kompetenzen ihrer Gegner. Mit ihrer Öffnung nach außen hat sie jene Ressourcen gefunden, die einen kostengünstigeren wirtschaftlichen Aufschwung erleichtern, die aber auch nach und nach den Rückgriff auf die krassesten Formen des Autoritarismus begrenzt haben. Diese Öffnung hatte auch gesellschaftliche Folgen: Emigration und eine im ganzen als positiv wahrgenommene Orientierung des Landes auf Europa. Die Spannungen

innerhalb der Gesellschaft halten an und gehen heute sicher vorwiegend von islamistischen Strömungen aus, die in Marokko wie in den meisten arabisch-islamischen Ländern existieren. Die Monarchie an sich macht gegen solche Tendenzen nicht immun, doch ist sie vermutlich mehr als eine säkularistische Regierung in der Lage, diese Tendenzen zu integrieren oder ihren Einfluß zurückzudrängen.

Die marokkanische Monarchie in ihrer gegenwärtigen Form ist ein historisch faßbares politisches Konstrukt, obwohl sie im eigenen Interesse ihre Ewigkeit suggeriert. So kann sie sowohl vom Bild des „Führers der Gläubigen" als auch von der Beständigkeit einer Institution profitieren und konnte mit der Zeit ihre symbolische in reale Macht umwandeln. Auf diese Art hat die Monarchie die Modernisierung des Staates, das Fortbestehen einer starken nationalen Identität und die Erhaltung der nationalen Einheit beeinflussen können. Heute ist ein erneuter Wandel notwendig: die Einschränkung auf eine symbolische Rolle, die um so deutlicher ausfallen muß, als es die reale Macht auf unabhängige und demokratisch gewählte Institutionen zu übertragen gilt, die in der Gesellschaft Konflikte schlichten und Ressourcen verteilen müssen. Das Wesen der Macht selbst und die Persönlichkeit von Hassen II stehen dafür, daß diese Veränderungen sich eher im Rahmen einer Thronfolge als durch eine allmähliche Entwicklung vollziehen werden.

In diesem Sinne bleibt der Vergleich mit dem franquistischen Spanien gültig. Man kann vom marokkanischen Herrscher nicht erwarten, gleichzeitig Franco und Juan Carlos zu sein. Doch er wird, wie der *caudillo*, die tiefgreifende Umgestaltung der marokkanischen Gesellschaft kontrollieren, in deren Rahmen das Entstehen einer neuen, nicht ausschließlich vom Staat abhängigen Mittelklasse sowie einer stärker als als in den meisten arabischen Ländern entwickelten Unternehmerschicht begünstigt wird. Der logische Endpunkt einer solchen Entwicklung setzt eine Umgestaltung der politischen Macht voraus, die auch diesen neuen sozialen Kategorien eine Entscheidungskontrolle ermöglicht, die sowohl ihre persönliche Sicherheit als auch die Festlegung von stabilen Spielregeln für ihre Geschäfte betreffen.

Der übermächtige Innenminister

In dieser Hinsicht hat die Bekämpfung der Korruption, die Ende 1995 eingeleitet wurde, die Widersprüche des Systems verdeutlicht: Die Monarchie strebte nach einer populistischen Unterstützung und instrumentalisierte das Vorgehen gegen die „Großkopferten" und gegen die Geschäftemacher jeglicher Couleur (Drogen, Schmuggel). Die Korruption wurde über die Kanäle einer Staatsmacht bekämpft, die von der Monarchie direkt kontrolliert wird; ergo konnte der Herrscher jederzeit die politische Initiative wiedererlangen und aus der Sackgasse herauskommen, in die er durch die unbefriedigenden Verhandlungen mit den Vertretern der Parteien geraten war. Die Korruptionskampagne trat damit an die Stelle eines Regierungswechsels, der die Monarchie teilweise von ihrer Verantwortung bei der Durchsetzung der unpopulären Strukturanpassung entbunden hätte, sie aber auch ihrer Kontrollmöglichkeiten über die Gesellschaft beraubt hätte.

Obwohl sich Hassan II in seiner Thronrede vom 3. März 1996 zufrieden über die Operation „Saubere Hände" à la marocaine äußerte und damit gleichzeitig deren Hauptverantwortlichen, Innenminister Driss Basri, unterstützte, scheiterte die Korruptionsbekämpfung im Mai am Unmut der Bourgeoisie und am Rückgang der Investitionen. Ein Versöhnungsessen für den Unternehmerverband CGEM kündigte das Ende der Sonderverfahren und den Übergang zu Verhandlungen an, samt dem Versprechen königlicher Begnadigungen und nur leichter Strafen für die der Steuerhinterziehung und der Korruption Beschuldigten.

Doch der Innenminister bleibt ein Problem[1]. Basri übt diese Funktion seit Mitte der 70er Jahre ununterbrochen aus; er hat im Laufe der Zeit eine Reihe von Vorrechten und direkten und indirekten Befugnissen erlangen können und ist seit 1985 auch noch Informationsminister. Das Problem, welche Rolle das Innenministerium innerhalb der marokkanischen Institutionen spielt, ist heute das zentrale politische Problem und viel bedeutender als jede Verfassungsreform. Der Aufstieg von Driss Basri beruht auf seiner Rolle bei der Niederschlagung der städtischen Unruhen seit 1980, aber auch bei der präventiven Ausschaltung des General Dlimi, der an einem Komplott gegen den König beteiligt war. Seitdem gehört zweifellos die Überwachung der Offiziere zu seinen Funktionen, doch dafür werden ihrerseits die Polizei und das Inneministerium von der Gendarmerie und der militärischen Sicherheit überwacht. In den achtziger Jahren weitete er seinen Einfluß auch auf das Außenministerium aus. In diesen Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß die Kontrolle über die in Europa lebenden Marokkaner weitgehend einem Konsularnetz obliegt, in dem Beamte aus dem Innenministerium den Ton angeben.

So hat Driss Basri im Laufe der Jahre einen Einfluß gewonnen, der sich nicht nur auf die Parteien der Regierungsmehrheit erstreckt. Bisher scheint dieses Netzwerk, einschließlich der weitgehend im Dunkeln liegenden Bereiche, ausschließlich im Dienste des Königs gestanden zu haben. Noch im Januar 1995 verzichtete der König auf eine Regierungsumbildung, um Basri auf seinem Posten belassen zu können. Überdies stellte das Kommuniqué des Kabinetts, das die Zusammensetzung einer Expertenregierung unter der Leitung von Außenminister Abdelatif Filali bekanntgab, einen Zusammenhang her zwischen der Belassung des Innenministers in seinem Amt und dem Schutz der „geheiligten Institutionen" des Landes, d.h. der Monarchie. Kann aber daraus die Hypothese abgeleitet werden, daß der Innenminister bei einer unerwarteten Thronfolge die Position eines „Beschützers der Monarchie 7 einnehmen würde? Diese Annahme ist insofern nicht abwegig, als die Nachfolge des Königs heute nicht ganz klar ist. Die Verfassung von 1962, derzufolge der älteste männliche Nachkomme des Herrschers automatisch Thronfolger sei, wurde nach den Putschversuchen dahingehend geändert, daß die *ulama* den Nachfolger aus den Reihen der Prinzen bestimmen, wodurch unter bestimmten Bedingungen der älteste Sohn ausgeschlossen werden könnte. Sollte sich Hassan II. für diese Lösung entscheiden, wäre der sicherste Weg für die Ausführung seines letzten Willens, den Innenminister gewissermaßen als

Testamentsvollstrecker einzusetzen. Es ist wahrscheinlich, daß auch andere mächtige Akteure, allen voran die Militärs, daran denken, die Entscheidung der *ulama* zu beeinflussen, und sei es auch nur, um sich der Kontrolle eines ihnen besonders lästigen Ministers zu entledigen. Doch eine Lösung, bei der Basri für die Ausschaltung des ältesten Königssohns sorgen könnte, brächte die Gefahr mit sich, das Land in einen mehr oder weniger langen Bürgerkrieg zu stürzen. Andererseits ist jedoch nicht auszuschließen, daß der König, um des lieben Friedens willen, der Ablösung seines Schlüsselministers zustimmt, der dann im Falle der Ernennung eines Premierministers aus den Reihen der Opposition zum Generaldirektor des Königlichen Kabinetts ernannt werden könnte.

Die religiöse Dimension der Monarchie

Doch die Debatte über die Verfassungsänderung darf nicht verschleiern, daß die wichtigsten institutionellen Probleme nicht wirklich mit der Verfassung zusammenhängen, sondern die Wechselbeziehungen und Kräfteverhältnisse zwischen der Monarchie und den Parteien reflektieren. Letztere verfügen alles in allem nur über die Möglichkeit, sich im Falle, daß sie keine Garantien erhalten, nicht als Bürgschaft oder als Vermittler verpflichten zu lassen. Denn sie können zwar in der Opposition sein, aber sie werden nicht aus der Treuepflicht entlassen, die sich vor allem in jenem Handkuß manifestiert, den jeder Untertan macht, wenn er dem König begegnet. Keine Partei bestreitet die zentrale symbolische Rolle der Monarchie, ebensowenig deren besondere Vorrechte in der Außen- oder Verteidigungspolitik. Das Geschick, die Erfahrung und das *savoir-faire* von Hassen II machen aus ihm sicher den besten Interessenwahrer seines Landes im Ausland. Seine Vorsicht und der Argwohn, den er seit den Komplotten 1971/72 gegenüber seinen Generälen hegt, sind dazu angetan, die Parteien zu beruhigen, da sie ebenso wie der König die Folgen einer Intervention der Militärs ins politische Leben fürchten, die potentielle Akteure außerhalb des Systems bleiben.

Eine andere Gruppe, die möglicherweise ein Verbündeter der Militärs sein könnte, darf nicht unberücksicht bleiben: die islamistischen Bewegungen. Daß sie im marokkanischen Fall so wenig sichtbar sind, überrascht und beunruhigt zuweilen den mit den Nachbarländern vertrauten Beobachter. Allerdings sollte man sich in dieser Hinsicht sowohl vor einer rein mechanistischen Argumentation hüten als auch davor, sekundären Aspekten essentialistischer Art eine allzu große Bedeutung beizumessen. Es ist ein Irrtum zu glauben, das Land sei deshalb gegen Islamismus immun, weil sich der marokkanische König als Führer der Gläubigen darstellt. Dabei wird nämlich übersehen, daß die marokkanische Monarchie eine politische Konstruktion ist, die ihre gegenwärtige Form eher den Bestrebungen der nationalistischen Bewegung im Kampf gegen das Protektorat verdankt als den aus dieser Periode stammenden Institutionen des modernen Staates.

Das Bild des Monarchen als religiöses Symbol der nationalen Einheit aufgebaut zu haben, ist in den dreißiger Jahren weitgehend das Werk der *Istiqlal*-Partei gewesen, wohingegen sich 1925 der Rif-Aufstand unter der Führung von Abdelkrim republikanisch manifestierte und sich sowohl gegen die spanischen und französischen Kolonialherren als auch gegen die alawitische Dynastie richtete. Die 1934 beginnende Nationalbewegung entschied sich dann dafür, den Monarchen aus dem Einflußbereich der Kolonialmacht zu befreien, indem sie die religiöse Dimension der Institution der Monarchie herausstellte.

Im Dezember 1962 konnte die Monarchie mit Hassan II ihre Machtübernahme durch ein Verfassungsreferendum legitimieren und definierte ab Mitte der siebziger Jahre vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen mit Algerien die nationale Übereinkunft wieder als Verteidigung der Unabhängigkeit und der marokkanischen Einheit. Durch die Modernisierung der Wirtschaft und Förderung der Landwirtschaft bezog die Staatsmacht eine gewisse Legitimität, ohne allerdings alle Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen zu können. So wurde auch die Entstehung einer neuen städtischen Mittelklasse begünstigt, die die Autorität der Monarchie weniger akzeptiert, so daß die Putsche von 1971 und 1972 als Versuche der gewaltsamen Machtübernahme durch Gruppen interpretiert werden können, die aus der Mittelklasse stammten.

Nach dem Scheitern der Staatsstreiche verstärkte die Monarchie einerseits die Sakralisierung ihrer Macht und stellte jeden Einwand der Opposition als Verrat dar, nahm anderseits aber mit den nationalistischen Parteien Verhandlungen über einen Minimalkonsens auf. Auf diese Weise konnte die Grundlage eines neuen politischen Paktes gelegt werden, der sich auf den Dialog mit der Opposition, die Abschaffung des Ausnahmezustandes, die Freilassung politischer Gefangener und die Durchführung von Wahlen gründete. Diese fanden dann 1976/77 auch statt und wurden von denjenigen politischen Parteien gewonnen, die als Vertreter monarchiefreundlicher Strömungen gelten; auch die Opposition konnte Sitze sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene erringen. Dieser ungleiche, auf der Schwächung der Parteien beruhende Pakt war eine Reaktion auf die latente Bedrohung durch die Militärs und auf die Erstarkung islamistischer Strömungen. Der Pluralismus erschien somit als Mittel, diesen Gefahren zu begegnen, wobei der *Istiqlal*-Partei eher eine funktionale Rolle gegenüber dem gelehrten Islamismus zugewiesen wurde, während die USFP und die mit ihr verbundene Gewerkschaftsbewegung die Marginalisierten mobilisieren sollte, die am ehesten für die islamistische Propaganda empfänglich sind.

Wenn die Monarchie auch die Entstehung eines Protestislamismus nicht verhindern konnte, so erlaubte sie ihm jedoch nicht, sich nach dem Vorbild der algerischen FIS als religiöse Partei zu organisieren. So wurden im Innerministerium Strukturen zur Kontrolle und Unterwanderung dieser Bewegungen unterhalten. Vereinigungen von *ulama*, die den offiziellen Islam vertreten, werden gefördert und ein islamisches Vereinswesen darf sich entwikkeln, solange es nicht Gewalt predigt und anwendet. Der mit Zustimmung der Staatsmacht vollzogene Zusammenschluß zwischen der von Abdalilah Benkiran geführten Vereinigung „Reform und Erneuerung“ und dem Mouvement Populaire Constitutionnel Démocratique, an dessen Spitze Dr. Abdelkrim Khatib, ehemaliger Minister und

Führer der marokkanischen Befreiungsarmee, steht, scheint in die gleiche Richtung zu gehen. Auch das Verhältnis zwischen der Staatsmacht und dem ältesten Führer der marokkanischen islamischen Bewegung, Shaikh Abdassalam Yasin, ist von gegenseitiger Akzeptanz geprägt. Gefährlicher sind einige Intellektuellenzirkel, die ursprünglich dem offiziellen Islam nahestanden, und während des Golfkrieges oder anläßlich der Madridkonferenz Entscheidungen des marokkanischen Staates als nicht mit dem Islam übereinstimmend verurteilt haben. Der marokkanische Staat setzt den Religiösen zwar strikte Grenzen, bemüht sich aber gleichzeitig darum, die Bewegung nicht zu radikalisieren und in den Untergrund zu treiben, sondern sie – ähnlich wie seinerzeit die Oppositionsparteien und die Gewerkschaften – einzubinden (Siehe den Artikel von Lutz Rogler).

Die Streichung des Erstgeburtsrechts aus dem Verfassungstext des Jahres 1962 im Rahmen der Verfassungsmodifikation von 1972 war offenbar eine Konzession an die *ulama*, die in dieser Regelung einen Widerspruch zum Islam und zu den marokkanischen Traditionen sahen. Nach den Militärputschen von 1971 und 1972 hatte die Monarchie ein dringendes Legitimationsbedürfnis, dem sie sowohl durch die Wiedereinbeziehung des offiziellen Islams als auch durch die Wiederaufnahme des Dialogs mit den Oppositionsparteien nachzukommen suchte. Die in der Verfassungsänderung festgelegte Regel, daß die religiösen Gelehrten ihre Zustimmung zur Thronfolge geben müssen, mag Hassen II ins Konzept passen, doch besteht kein Zweifel, daß dadurch der moderne und rationale Teil des politischen Systems marginalisiert wird. Wahrscheinlich werden auch nicht nur die Vertreter des offiziellen Islams zur Thronfolge Stellung beziehen, wenn es mehrere Anwärter geben sollte. Die verschiedenen Strömungen des islamistischen Spektrums und die Bruderschaften könnten dabei als Konkurrenten des Islam der großen Moscheen agieren und somit die Zivilgesellschaft, die Parteien, die Gewerkschaften und andere Vereinigungen marginalisieren. Außerhalb des Systems stehende, aber über Druckmittel oder Einfluß verfügende Akteure dagegen könnten intervenieren, sei es die Armee, der höhere Verwaltungsapparat, Unternehmer oder auch die Drogen- und Schmuggelbarone, die den Säuberungen entgangen sind.

Die Thronfolge ist noch offen

Die Anwärter auf die Thronfolge wären dann Exponenten eines Klientelnetzwerkes, das sie anschließend belohnen (oder vernichten) müßten, wenn sie nicht zu starkem Druck ausgesetzt sein wollen. Sie würden letztlich sicher auch auf eine Legitimierung ihrer Macht per Referendum oder Wahlen zurückgreifen; doch die Frage der Thronfolge könnte eine destruktive Wirkung haben, wenn es zu einem Konflikt um Personen und um die religiöse Rechtfertigung einer Monarchie mit wirklicher Macht kommen sollte. Der Widerspruch zum Prinzip der Legitimierung durch den Volkswillen – in Gestalt des Referendums und des allgemeinen Wahlrechts – wäre in diesem Falle unvermeidlich, gäbe es dann doch einen Konflikt zwischen Staatsbürger und Untertan. Die städtische Mittelschicht würde politische Debatten, die wieder aus dem ausschließlich traditionellen Blinkwinkel der Herrscher-Untertanen-Beziehung geführt würden, mit Sicherheit als deutlichen Rückschritt empfinden. So kann die Hypothese aufgestellt werden, daß Pluralismus, eine gewisse Offenheit politischer Debatten – als Staatsbürger, nicht mehr als



Chechaouen *Foto: N. Mattes*

Untertan –, das Einhalten minimaler Menschenrechtsnormen und das Recht auf Organisation von Interessenverbänden zum politischen Grundkonsenses gehören, um dessen Erhaltung sich alle Richtungen der politische Klasse bemühen werden. Eine selbst ungewollte Infragestellung dieser Übereinkunft durch die Monarchie birgt die Gefahr in sich, einen Teil der Opposition erneut zu radikalisieren; wahrscheinlicher ist es jedoch, daß eine evntuelle Krise eine Schritt hin zu einer parlamentarischen Monarchie sein wird.

Hassan II. hat mehrfach den Wunsch geäußert, daß die Opposition die Verantwortung für die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen der Strukturanpassung und der wirtschaftlichen Annäherung zu Europa teilen möge. Der breite Konsens darüber mit der Opposition beruht freilich auch auf dem Ausschluß jener Strömungen, die heute zum islamistischen Spektrum gehören. Der hohe Anteil von Nichtwählern (37 %) und ungültigen Stimmen (15 %) bei den letzten Wahlen im Juni 1993 deutet darauf hin, daß die Bevölkerung mit den von Staat und Opposition geschlossenen Kompromissen unzufrieden ist. Wird die durch eine Marginalisierung dieser Nicht- und Protestwähler entstehende Bedrohung die Monarchie veranlassen, eine Beschneidung ihrer politischen Funktionen sowie eine wirkliche Gewaltenteilung zu akzeptieren? Der Preis, den die Monarchie zu zahlen hätte, wäre politischer und nicht verfassungsrechtlicher Art und bestünde darin, die über das Innenministerium ausgeübte Macht aufzugeben. Zum großen Teil funktioniert die marokkanische Politik noch immer auf der Grundlage der verinnerlichten Furcht vor Willkür. Wenn deren Hauptinstrument beseitigt wird, dürfte auch diese Furcht nachlassen. Die Willkür des Staates hat innerhalb von zehn Jahren zwar deutlich abgenommen, soll offenbar jedoch nicht vollständig beseitigt werden, um als Waffe gegen jene dienen zu können, die eines Tages das System hinwegfegen könnten.

Voraussehbare Folgen eines Wandels wird wahrscheinlich eine Entflechtung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen Monarchie und Staat sein. Hier liegt Vieles im Dunkeln, und die Ressourcen und Privilegien des Palastes übersteigen das bei konstitutionellen Monarchien übliche Maß. Nicht so sehr die "Holding" der königlichen Familie *(Omnium Nord Africain)* oder die Tatsache, daß der Monarch der größte Grundbesitzer des Königreiches ist, sind das eigentliche Problem, sondern der Einfluß, den der Monarch bei der Vergabe großer Staatsaufträge und bei der Kontrolle staatlicher Unternehmen ausübt. Der Verzicht auf politische und finanzielle Macht und die Klärung der Frage, wie die Thronfolge geregelt werden soll, sind Teil der Wiedereingliederung der Monarchie in die Spähre der Politik, die von rechtlichen Normen bestimmt ist.

Der große Vorsprung der wirtschaftliche Öffnung vor der politischen

Der allmähliche Abbau der Subventionen für lebenswichtige Güter, die Pläne, die Steuergesetzgebung auf soziale Gruppen wie die Landwirte auszudehnen, oder auch die Säuberungsoperationen werden allesamt mehr oder weniger durch tatsächliche oder verinnerlichte Zwänge der internationalen Partner gerechtfertigt. Andererseits weiß der Staat, daß er sowohl gegenüber den Vorgaben des IWF als auch gegenüber den europäischen



Fischer in Essouira *Foto: Hans Rimscha*

Instanzen von dem Moment an mogeln kann, wo er seine Absicht bekundet, die Defizite zu reduzieren und die Freiheiten auszuweiten. Da Marokko keine überragende strategische Bedeutung hat und auch im Rahmen der europäisch-amerikanischen Rivalität keine Rolle spielt, wird Hassan II auf andere Weise versuchen, ein Höchstmaß an Finanzhilfen zu bekommen und den Druck der Strukturanpassung zu begrenzen: Er wird auf die Gefahr hinweisen, daß sein Land unter einer islamistischen Welle zerfallen könnte.

Die wirtschaftliche Öffnung dürfte einen Steuerausfall von etwa 800 Millionen Dirham nach sich ziehen, der durch andere Formen der Besteuerung wieder ausgeglichen werden muß, um einen Zusammenbruch des Staatsapparates abzuwenden. In der Zwischenzeit kann die seit 1989 eingeleitete Privatisierung von 119 Unternehmen als Geldquelle dienen, bis der Staat allgemein akzeptierte Besteuerungsgrundlagen wiederhergestellt hat. Die Regierenden Marokkos verwalten paradoxerweise einen ressourcenlosen Staat in einer reichen Wirtschaft mit sehr großen Ungleichheiten. Die Operation „Saubere Hände" soll im Lande selbst und den ausländischen Partnern zeigen, daß die ungesetzlichen Bereicherungen ein Ende haben oder zumindest kontrolliert werden. Weiterhin sollen dem Staat die Mittel erhalten bleiben, den Westsahara-Konflikt zu beenden und mit eventuellen städtischen Unruhen infolge des Abbaus von Arbeitsplätzen oder Subventionen fertigzuwerden. Davon ausgehend hätte der König die Aufgabe, die Oppositionsparteien davon zu überzeugen, die Verantwortung für eine innere Neuordnung zu übernehmen, da jene, wenn es gegenüber den Mittelschichten und der städtischen Bevölkerung unangenehme Maßnahmen durchzusetzen gilt, eine größere Glaubwürdigkeit besitzen als eine verschlissene Regierungsmannschaft von Technokraten. Von seinen ausländischen Partnern muß er ebenfalls Ressourcen erhalten, die zumindest anfangs, solange die Reformen nicht durchgesetzt sind, die laufenden Kosten decken können.

Für diese neue Etappe verfügen weder die Wirtschaft noch die Gesellschaft Marokkos über ausreichende Flexibilität, die sie in den achtziger Jahren zu Beginn der ersten Phase der Strukturanpassung noch besaßen. Die Verschuldung stieg von 18 auf 25 Milliarden Dollar, und trotz der Umschuldungsmaßnahmen verschlingt der Schuldendienst noch mehr als 35 % der laufenden Einnahmen. Der für das erste Halbjahr 1996 angenommene Haushalt blieb hinter dem Regierungsankündigungen zurück, was immerhin eine Vorstellung von den Sachzwängen vermittelt. So verdoppelt sich letztlich das Defizit. Obwohl der im Januar 1996 angenommene Haushalt als Umsetzung einer Politik zur „zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande und der am stärksten benachteiligten Schichten" präsentiert wurde, entsprach er doch bei weitem nicht den Empfehlungen der Weltbank, auf die sich der König im Oktober 1995 bezog, um die Einleitung einer Sparpolitik zu rechtfertigen. Das Finanzgesetz, das für die Periode vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997 gilt, präzisiert die Sanierungsabsicht, allerdings bleibt der Abbau des Defizits angesichts der Ende 1995 vorgestellten Zahlen fraglich.

Das Ansteigen des Defizits und die Art und Weise, wie es finanziert werden soll, sind insofern bedenklich, als sie zu einem Zeitpunkt, wo die finanziellen Reformen noch lange nicht zum Abschluß gekommen sind, zeigen, daß die Regierung weder ihre Personalausgaben noch ihre Subventionen unter Kontrolle gebracht hat. Die Verwendung der Einnahmen aus den Privatisierungen, das Einfrieren der Investitionen oder die bilateralen Schuldenentlastungen sind zeitlich begrenzte Notlösungen. Doch die umfangreichen Reformen, die zu einer besseren Verteilung der Steuerlast insbesondere auf die ländlichen Gebiete sowie zu einer Neuordnung der Verwaltung und der staatlichen Unternehmen führen könnten, werden noch immer aufgeschoben, da die politische Klasse die Kosten dafür nicht zu tragen bereit ist. Die Streichung der Subventionen für Grundbedarfsgüter und die Verringerung der Personalausgaben bergen auch die Gefahr in sich, wie 1981 und 1984 städtische Unruhen auszulösen.

Schmuggel und Drogen

Daß das Problem der kriminellen Schattenwirtschaft in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gekommen ist und in der marokkanischen Presse und in den politischen Foren diskutiert wird, ist etwas Neues. Noch 1993 wurde das Ausmaß des Problems selbst von der Opposition geleugnet. Die Veröffentlichung des Bericht des *Observatoire Géopolitique des drogues* im Februar 1994 spowie Berichte der Weltbank über den Schmuggel in Marokko führten zu einer Debatte in marokkanischen und internationalen Medien. Die Tatsache, daß die Debatte nicht erstickt worden ist, kann verschieden interpretiert werden: Einerseits könnte sie der Öffnungspolitik geschuldet sein, andererseits kann es sein, daß die Staatsmacht die Kritik für sich als eine Art Gegengift zur Erhöhung ihrer Widerstandfähigkeit nutzen will, da sie das Phänomen ohnehin nicht mehr leugnen kann. Indem sie eine begrenzte Kritik zuläßt, kann sie sich ihrer bedienen, um ein populistisches Vorgehen gegen die Korruption zu begründen, das zumindest die innere Opposition in eine heikle Lage bringt. Gleichzeitig kann damit das Ausmaß der Kritik kontrolliert werden, um zu vermeiden, daß sie höhere Interessen des Regimes tangiert.

Die Tatsachen werden auch in den Veröffentlichungen der Regierung anerkannt. Marokko ist nunmehr der weltgrößte Haschischexporteur und der wichtigste Lieferant Europas. Die Anbauflächen dieser klassischen Droge im Rifgebirge haben sich seit den sechziger Jahren verzwanzigfacht. Sie dürften mittlerweile etwa 75 000 Hektar ausmachen, und die Produktion dürfte etwa 2500 Tonnen betragen, was einem Wert von ca. 2 Milliarden Dollar entspricht. Bei Exporteinnahmen von insgesamt 3,6 Milliarden Dollar sind Drogen heute also die wichtigste Devisenquelle Marokkos dar und bringen mehr ein als die Phosphateinnahmen und die Überweisungen der Auslandsmarokkaner.

Ähnlich wie in Kolumbien findet die Ambivalenz des Drogenhandels ihren Ausdruck einerseits in negativen Folgen im Innern und im Ausland, andererseits in eher günstigen Auswirkungen auf die marginalisierten Regionen des Landes und einige Zweige der Wirtschaft. Der Anbau von Can-

nabis ermöglichte in der Rifregion die Entwicklung einer integrierten Gebirgslandwirtschaft mit Viehzucht, bescheidenem Mechanisierungsniveau, vertretbarem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden sowie Bewässerung. Keine andere Anbaukultur könnte heute in dieser Gegend – und mit einem deutlich höheren Lebensniveau als in den benachbarten Regionen – eine Bevölkerung von mehr als zwei Millionen Menschen ernähren. So gehört das Rif zu den Gebirgsregionen, die in den letzten zwanzig Jahren sehr stark besiedelt wurde, während sich die traditionellen Ressourcen nach und nach erschöpft haben. Zudem stellt die Rifregion keine politische Gefahr für die Monarchie dar. Alle ihre Abgeordneten gehören den konservativen Parteien an, die Bevölkerung kehrt Rabat praktisch den Rücken zu, schaut spanisches Fernsehen und mischt sich kaum in die politischen Spiele der Zentralmacht ein. Die Region hat eine faktische Autonomie erlangt, wobei die Ressourcenverteilung unter den lokalen Clans bisweilen zu Gewalttätigkeiten führt, ohne daß dies Folgen auf nationaler Ebene hätte. Ein stillschweigender Nichtangriffspakt schränkt die Einmischung der Staatsmacht ein, die sich von den Drogenanbau- und verarbeitungsgebieten fernhält.

Der durch Schmuggel erzielte Umsatz wurde 1992/93 auf drei Milliarden Dollar geschätzt, das entspricht etwa dem Wert der Industrieproduktion, die ein Drittel des BIP ausmacht. Die Schmuggel- und Drogenhandelsnetze überlagern sich teilweise im Norden des Landes: Der Schmuggel dient dazu, das Geld aus den Drogenerlösen zu waschen, indem mit Verlust verkaufte Waren über dubiose Importwege eingeführt werden. Doch auch andere Regionen sind betroffen, in erster Linie die Wirtschaft des Küstenstreifens mit seinen Häfen und Flughäfen. Vor allem dort ist die Unruhe am spürbarsten, da befürchtet wird, daß die oberen Mittelschichten, die im wesentlichen das Regime unterstützen, öffentlich an den Pranger gestellt werden könnten. In einem unsicheren politischen Umfeld fiele es den Islamisten leichter, die Situation zu nutzen und als einzige glaubwürdige politische Kraft zu erscheinen, insbesondere aufgrund der sozialen Betreuungsarbeit, die sie über ein Geflecht von Vereinigungen leisten (Krankenhäuser, Mieterzusammenschlüsse, Elternvereinigungen).

Bei der Bekämpfung des Schmuggels steht für das Regime also mittelfristig mehr auf dem Spiel als bei der Drogenbekämpfung. Es geht in erster Linie um die Notwendigkeit einer Rationalisierung der Staatsfunktionen und um die Neugestaltung einer akzeptablen Besteuerungsgrundlage. Insgesamt dürfte die Steuerflucht aufgrund ihrer indirekten Folgen zwischen 600 000 und einer Milliarde Dollar liegen. Das Problem ist im weiteren ein politisches: Eine spektakuläre Operation, der ohnehin die großen Unternehmen entgehen, dürfte aber die Unterstützung für das Regime durch die oberen Mittelschichten nicht gefährden und auch der islamistischen Propaganda keine Raum geben.

Aus diesen Gründen gibt es gegenwärtig einen Waffenstillstand, nebst einer faktischen Amnestie für in der Vergangenheit begangene Straftaten. Der Rückgang der Investitionen, die Kapitalflucht, die Lähmung des Hafens von Casablanca (der von hunderten Containern blockiert war, weil deren Eigentümer aus Angst vor Verhaftung sie nicht mehr abzuholen wagten) erklären, warum die spektakuläre Phase der Säuberungsoperation zunächst eingestellt worden ist. Doch die einmal festgelegten Ziele können mit anderen Mitteln verfolgt werden. So könnten durch ein neues Bankgesetz die Banken als Vermittler einer Rekapitalisierung jener Unternehmen fungieren, die Steuerhinterziehung betreiben.

Unternehmen und Unternehmer

Schließlich ist in diesem Zusammenhang die Frage nach der Rolle der großen Unternehmen und des ausländischen Kapitals in der marokkanischen Wirtschaft zu stellen. Entgegen verbreiteten Vorstellungen ist der Anteil ausländischen Kapitals innerhalb der marrokanischen Wirtschaft verhältnismäßig gering. Bei den Privatisierungen hat sich das Land relativ zurückhaltend in der Öffnung nach außen gezeigt. Vielmehr haben die Privatisierungen die beherrschende Stellung der großen nationalen Unternehmen in der Wirtschaft gestärkt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind Akteure auf die Bühne getreten, die über eine gewisse Autonomie verfügen, vielleicht weil ihnen das politische Feld verwehrt blieb. Sie versuchen auch nicht ernstlich, dieses Feld um größerer Vorteile wegen für sich einzunehmen. Doch sie möchten einen Konsens erreichen, der ihnen zumindest nicht abträglich ist, wo die Spielregeln nicht mittendrin zugunsten des mächtigsten Mitspielers geändert werden. Es handelt sich um eine Gruppe, die in den Jahren 1975–80 auf den Kampf für eine gewaltsame politische Veränderung verzichtet und ihre Kompetenzen und ihren Sachverstand auf verschiedenen Gebieten entfaltet hat. Die Staatsmacht hat sie dazu ermutigt, doch sie sehen sich heute zweifach bedroht: in ihren Geschäften durch unlauteren Wettbewerb und im öffentlichen Leben durch die spektakulären Operationen der Moralisierung. Für weitere Investitionen verlangen sie eine Klarstellung der Regeln, also politische Reformen – in Wirklichkeit also die Einschränkung der Machtbefugnisse der Monarchie (siehe den Artikel von Myriam Catusse). Der Spielraum für eine florierende liberale Wirtschaft wird eingeengt sowohl durch eine willkürliche Staatsmacht, die sie anfangs gefördert hat, die sich aber noch nicht dazu entschlossen hat, sie leben zu lassen, als auch durch eine Gesellschaft, die ihrem Wesen nach zutiefst feindselig den von der wirtschaftlichen Entwicklung hervorgebrachten Ungleichheiten gegenübersteht.

■ *Rémy Leveau ist Professor am Institut d' Etudes Politiques in Paris. Übersetzung und Kürzung: Lutz Rogler. Der vollständige Aufsatz ist erschienen in: Les Travaux du Centre Marc Bloch, Nr. 8, Berlin, November 1996*

1 Sein Ausscheiden aus der Regierung war im Januar 1995 von M. Boucetta, dem Generalsekretär der Istiqlalpartei verlangt worden. Mit Boucetta wurden Gespräche zur Bildung einer Regierung geführt, die sich auf eine Koalition der Oppositionsparteien (Istiqlal, USFP, PPF) stützten sollte. Zwar konnte eine Übereinstimmung über das Programm erzielt werden, doch scheiterte der Regierungswechsel an der Frage der Ablösung von Driss Basri, den der vorgesehene Premierminister als unannehmbarer Partner betrachtete.

Unternehmer und Politik

Myriam Catusse

Die Rolle der marokkanischen Unternehmer und ihres Dachverbands CGEM in der marokkanischen Wirtschaft wurde im Sommer 1996 erstmals offiziell festgeschrieben. Am 1. August 1996 schlossen sie mit den wichtigsten Gewerkschaften und der Regierung eine Art Sozialpakt, womit sie auch als Mitgestalter der Gesellschaft anerkannt wurden. Mit einem Versöhnungsessen und der Unterzeichnung des *gentlemen's agreement* durch den Innenminister und den Unternehmerverband im Juli 1966 war auch deren sechsmonatiges gespanntes Verhältnis beendet, welches auf die vom Innenminister brutal durchgesetzte „Antikorruptionskampagne" zurückging.[1]

Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Liberalisierung und sozialer Deregulierung[2] – in einigen Fällen kann man es getrost Regellosigkeit nennen –, die derzeit in Marokko durchgeführt werden, scheint der Privatsektor den marokkanischen öffentlichen Raum tatkräftig neu gestalten zu wollen. Das heißt, sie besetzten ihn abstrakt wie auch materiell – man denke nur an die Straßen im Zentrum von Casablanca, die von den Niederlassungen der großen Firmen und Banken völlig umgestaltet werden. In diesem öffentlichen Raum werden die Prinzipien und der Sinn kollektiven Handelns[3] verhandelt, festgelegt und verändert. Allmählich nimmt die Figur des Unternehmers Gestalt an; er wird von Behörden und Medien[4] zum neuen Vorreiter für die Entwicklung des Landes hochstilisiert und löst in der vorherrschenden politischen Debatte den Staat in dieser Rolle ab. Entsprechend verschieben und verändern sich die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Interesse. Anstelle nationaler Legitimationsbezüge treten zunehmend ökonomisch rationale Schemata.

Die neuen politischen Akteure

In der marokkanischen Verwaltung schlägt sich diese Rationalität allerdings bisher nicht nieder. Ihre Exzesse, Abgründe und Fehlfunktionen haben sowohl die Effizienz als auch die Legitimität dieser wirtschaftlichen Akteure unglaubwürdig gemacht. Die Rolle der Rationalität wird heute an ökonomische Strukturen abgegeben, genau so, wie es internationale Institutionen wie Weltbank oder Internationaler Währungsfond empfehlen. Die Kompetenzen der Akteure und ihr *Know-how* werden vor einem Hintergrund bewertet, in dem sich die erforderlichen Qualitäten zur Ausübung einer politischen Funktion diskursiv verändern und rationalisieren. Ökonomische Kompetenz wird zu einer politischen Ressource und zu einer stillschweigend vorausgesetzten Bedingung für eine Teilnahme am politischen Geschehen. Das geht so weit, daß die „Unternehmer" vor den Parlamentswahlen aktiv werden und somit im Kreuzfeuer der Kritik stehen, weil sie die konkurrierenden Parteien und die politischen Vereinigungen, die im intellektuellen Milieu aktiv sind, finanzieren.[5]

Eine Untersuchung des beruflichen und politischen Werdegangs dieser Unternehmer zeigt, daß diese „neuen politischen Akteure" nicht aus sozialen Randbereichen kommen, wo es soziale Desintegration gibt, sondern aus hochgradig integrierten sozialen Gruppen und Familien.[6] Die Genealogien einiger Familien weisen „ökonomisch" bzw. politisch ausgerichtete Zweige aus, in denen sowohl höhere Beamte und Firmendirektoren als auch lokale Notabeln anzutreffen sind. Diese Elite entwickelte sich seit der Unabhängigkeit im Schatten des *Makhzen*[7] und mit dessen Unterstützung. Als Beispiel sei der Direktor der wichtigsten Holding-Gesellschaft des Landes, ONA, genannt: Er ist Sohn des Premierministers und Schwiegersohn des Königs. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes steht ebenfalls in Beziehung zu den großen marokkanisch-nationalistischen Familien.

Auch wenn familiäre Netzwerke kaum unmittelbare Vorteile bringen, können die politisch aktiven Unternehmer von einem außerordentlich eng geknüpften Netz aus politischen Beziehungen und von *Know-how* profitieren, das auf ihr Engagement in linksradikalen Organisationen in den 70er und 80er Jahren zurückgeht. Für andere Unternehmer, die die politische Arena eigentlich nie ganz verlassen hatten, bedeutet die vorübergehende unternehmerische Tätigkeit nur eine weitere Seite ihres Engagements. Daran wird deutlich, wie sehr sich die Gewichtung der Inhalte kollektiver Mobilisierung verschoben haben: Die Stiftung Zakoura von M. Ayyouch (Hilfe durch Mikrokredite) oder der von S. Assidon initiierte Zusammenschluß „Transparency Maroc" (Korruptionsbekämpfung) zeigen, daß sich die Politik, die diese Personen teilweise seit 20 Jahren aktiv mitgestalten, auf ökonomische Themen hinorientiert hat.

Die Anzahl von Unternehmern – ob mit vorheriger politischer Erfahrung oder nicht –, die in den 90er Jahren in die Politik eingestiegen sind, ist nicht groß. Man könnte sie für Ausnahmefälle halten. Sie werden von den Medien als neue wirtschaftliche Kräfte geortet und ihr Engagement als Auslöser von politischer Dynamik dargestellt. In dem Paradigma des „Eintritts in die Politik" treffen die Forderungen nach politischer Partizipation einer politisch wirtschaftlichen Elite zusammen mit Befürchtungen bezüglich der angekündigten Einrichtung von europäischen Freihandelszonen. Gleichzeitig treten diese Akteure in Konfrontation zum Staat, der seine Allianzen neu organisieren muß, da er sich wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen gegenübersieht.

Ein Rückblick auf die sozio-ökonomische und politische Entwicklung des Privatsektors zeigt, wie sehr dieser mit dem System des *Makhzen* verbunden ist und wie eng die Verflechtung ihrer jeweiligen Interessen ist, da das System Patrimonialismus und Klientilismus vereint. Da die staatszentrierte Entwicklung gescheitert ist, ergibt sich die Notwendigkeit, die Inhalte des Gesellschaftsvertrags neu festzulegen.

Eine schematische Typologie der marokkanischen Wirtschaftselite unterscheidet zwischen zwei Arten von Bourgeoisie: Einerseits gibt es eine als traditionell bezeichnete

Bourgeoisie, die aus Händlerfamilien besteht, deren Ursprung in Fes und der Region Sousse liegt. Ihre Vormachtstellung bleibt weiterhin bedeutend, sowohl ökonomisch als auch politisch. Ein anderer Teil der Bourgeoisie ist strukturell enger mit dem Staatsapparat verbunden und kam durch die Marokkanisierung 1973[8] und durch den Strukturanpassungsprozeß, der seit 1983 im Gange ist, zu Reichtum.

Der Werdegang solcher Personen wie Karim Lamrani – der einer der reichsten Männer Marokkos wurde, nachdem er die Leitung des Office Chérifien des Phosphates, das Königliche Phosphat-Amt, übernommen hatte und Ministerpräsident geworden war – ist dafür repräsentativ. Aber nicht so sehr solche großen Unternehmen prägen die marokkanische Industrie, sondern, zu 95 %, kleine und mittelständische Betriebe. Was die informelle Wirtschaft (Schattenwirtschaft) betrifft, so nimmt sie in allen Produktionsbereichen weiter zu.[9]

Neue Arbeitgebervereinigungen und Allianzen

Die Entwicklung der CGEM, der Arbeitgebervereinigung, zeigt die Auswirkungen dieses Eindringens privaten Kapitals in den öffentlichen Sektor. Turbulenzen und Streit begleiteten die Wahlen zur neuen Führung, an deren Spitze jetzt A. Lahjouji steht. Die traditionell regierungstreue CGEM[10] scheint nun ihre politische Haltung zu ändern und strebt immer deutlicher eine Mittlerrolle in Politik und Gesellschaft an. So verhandelt sie jetzt direkt mit den Gewerkschaften und auch mit internationalen Wirtschaftspartnern, wobei sie die Regierung außen vor läßt. Die Antikorruptionskampagne scheint hierbei eine entscheidende Rolle gespielt zu haben, wurde doch in diesem Kontext auch der Spielraum des Unternehmertums neu verhandelt. In diesem Sinne ist im *gentlemen's agreement* vom Juli 1996 ein neu verhandelter Gesellschaftsvertrag[11] und eine Einigung über bestimmte minimale politische und wirtschaftliche Spielregeln zu sehen. Unter Berufung auf technische und wirtschaftliche Kompetenz bringt sich der CGEM zunehmend in die öffentliche Debatte ein. Im letzten Viertel des Jahres 1996 hat sich der Verband als „technischer Berater" in die Verhandlungen um die Vergabe einer Wasser- und Elektrizitätskonzession in Casablanca an die Lyonnaise des Eaux eingeschaltet.

Auch andere wirtschaftliche Gruppen nabeln sich, wenn auch weniger direkt, von den staatlichen Behörden ab; ebenso entstehen neue Vereinigungen von Unternehmern.[12] Das bekannteste Beispiel ist AZIT. Die Aktivitäten dieser 1990 gegründeten Organisation bestehen ausdrücklich darin, die Unternehmen bei der Entwicklung der Infrastruktur in ihren Regionen zu unterstützen, um die Mängel der staatlichen Verwaltung auszugleichen. Die Idee einer Privatisierung öffentlicher Aufgaben nimmt Gestalt an,[13] wenn die AZIT-Vereinigung die Neuanlage von Straßen und Landstraßen, die Reinigung der Kanalisation oder die tägliche Reinigung des Industriegebietes übernimmt. Diese Akteure sind dann auch in der Lage, ein Mitspracherecht bei der weiteren wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Ausrichtung der Region, wenn nicht gar des ganzen Landes zu fordern.

Ihre Aktivitäten bleiben auf bestimmte Bereiche beschränkt. Denn ohne politisches Programm und ohne eine entsprechende Sozialphilosophie bleibt ihr Mobilisierungspotential notwendigerweise auf den eigenen Berufsstand beschränkt. Die Meinungsunterschiede innerhalb der CGEM, die im September 1996 deutlich wurden, als es um die Einrichtung eines staatlichen Zweikammer-Repräsentationssystems ging – in die eine Kammer sollten auch Vertreter von Berufsgruppen gewählt werden –, illustrieren diesen schwierigen Übergang zur politischen Partizipation.

Die Analyse der veränderten Beziehungen zwischen Öffentlich und Privat muß zum einen die kollektiven Mobilisierungen berücksichtigen und zum andern die Werdegänge der einzelnen Unternehmer, die sich politisch in Parteien oder Vereinigungen engagieren; sie schwanken zwischen „öffentlichem Handeln und Beschränkung auf privates Glück".[14] Offen bleibt, was diese bereits in die Gesellschaft integrierten Personen – individuell und kollektiv – motiviert, eine größere Partizipation einzufordern.

■ *Myriam Catusse promoviert über die Rolle der marokkanischen Unternehmer in der Zivilgesellschaft. Sie arbeitet am Institut de Recherche sur le Maghreb Contemporain (IRMC), Rabat. Übersetzung: Ariadne Papageorgiou*

---

1 Siehe den Artikel von Rémy Leveau in dieser Ausgabe.

2 Seit der Umsetzung des Strukturanpassungsprogrammes ab 1983 werden die öffentlichen Ausgaben reduziert, und die Privatisierung schreitet seit 1993 weiter fort. Die marokkanische Wirtschaft öffnet sich der Weltwirtschaft (entsprechend dem Vertrag von OMC 1995 und dem Vertrag mit Europa über freie wirtschaftliche Beziehungen 1996). Nach dem Weltbankbericht von 1993 stellt der Privatsektor 70–75% des Bruttoinlandproduktes.

3 Die Bezeichnung dieses Konzepts mag vieldeutig sein. Hier gilt jene Definition, die Jürgen Habermas und A. Arendt aufgestellt haben, wonach der öffentliche Raum jener ist, in dem sich die Beziehungen der Bürger bzw. der Individuen („liens civiques et civils") herausbilden.

4 Ökonomische Zeitschriften entwickelten sich zu allgemeinen Diskussionsforen, wie z.B. La Vie Economique oder L' Economiste. Gleiches kann auch über die Fernsehsendung „Enterprendre" auf dem Kanal M2 gesagt werden.

5 Zum Beispiel: Alternative, von A. Ben Amor; Maroc 2000, von A. Belhajj und Transparency Maroc, von S. Assidon. Alle drei Leiter sind Geschäftsleute.

6 Ganz im Einklang mit dem Modell von A. Obershall, Social Conflict and Social Movements? Englewood Cliffs (New Jersey), Prentice Hall Inc., 1973

7 Der Begriff *Makhzen* wird in Marokko sowohl für das Königshaus als auch für den Staat im Sinne der Exekutive verwendet.

8 Gemeint ist die Nationalisierung französischer Betriebe. Siehe N. El Aoufi, La Marocanisation, Rabat, ed. Toukbal, 1990

9 Siehe M. Salahdine, Place et rôle du secteur informel dans l'économie marocaine, in: Le Maroc Actuel, Paris, CNRS, 1992. Laut B. Hibou beträgt der Anteil dieses Sektors am BIP etwa 10%.

10 Z. d. Wahlen im CGEM 1985: S. Tangeanoui, Les Entrepreneurs Marocains, Pouvoir, Société et Modernité, Paris, Khartala, 1993

11 Ghasan Salamé, Démocraties sans Démocrates. Politiques d' Ouverture dans le Monde Arabe et Islamique, Paris, Fayard, 1994

12 Es gibt ungefähr 160 Vereinigungen für wirtschaftliche Zwecke. Auch die Anzahl der Förderationen mit der CGEM stieg 1995 von 4 auf 18.

13 Vereinigung der Industriezone von Tanger

14 Siehe das Paradigma von A.O. Hirschmann, in: Shifting Involvment. Private Interest and Public Action, Princeton Univ. Press, 1982

Die marokkanische Gesellschaft:

Individualisierung und neue Bewegungen

Mounia Bennani-Chraïbi

Innerhalb von vier Jahrzehnten hat die marokkanische Gesellschaft tiefgreifende Veränderungen und eine durch starke Diskrepanzen gekennzeichnete wirtschaftliche Entwicklung erlebt. Das sich ständig vergrößernde soziale Gefälle hat Marokko zu einem Land gemacht, in dem sich sozialer Haß festgesetzt hat und ganze Teile der Gesellschaft sich gegenseitig den Rücken kehren. Zurschaugestellter Reichtum und Elend bestehen nebeneinander, die neuesten deutschen Automodelle verkehren neben überfüllten Bussen. Immer mehr Luxusgeschäfte, die westliche Marken vertreiben, entstehen hier und da in Casablanca und Rabat, den neuen Schaufenstern der städtischen Modernität, in denen zunehmend Luxuswohnungen gebaut werden. Andererseits aber leben, Angaben der Weltbank zufolge, 35 % der marokkanischen Bevölkerung unterhalb der absoluten Armutsgrenze, und nach der jüngsten Volkszählung leben die Mitglieder von 15 % der städtischen Haushalte weiterhin in provisorische n Behausungen. Während einige Gebiete eine homogene Sozialstruktur aufweisen, ist diese z. B. in den Stadtzentren gemischt, die gleichzeitig Orte von Überfluß und Entbehrung, von Hedonismus und Frustration sind.

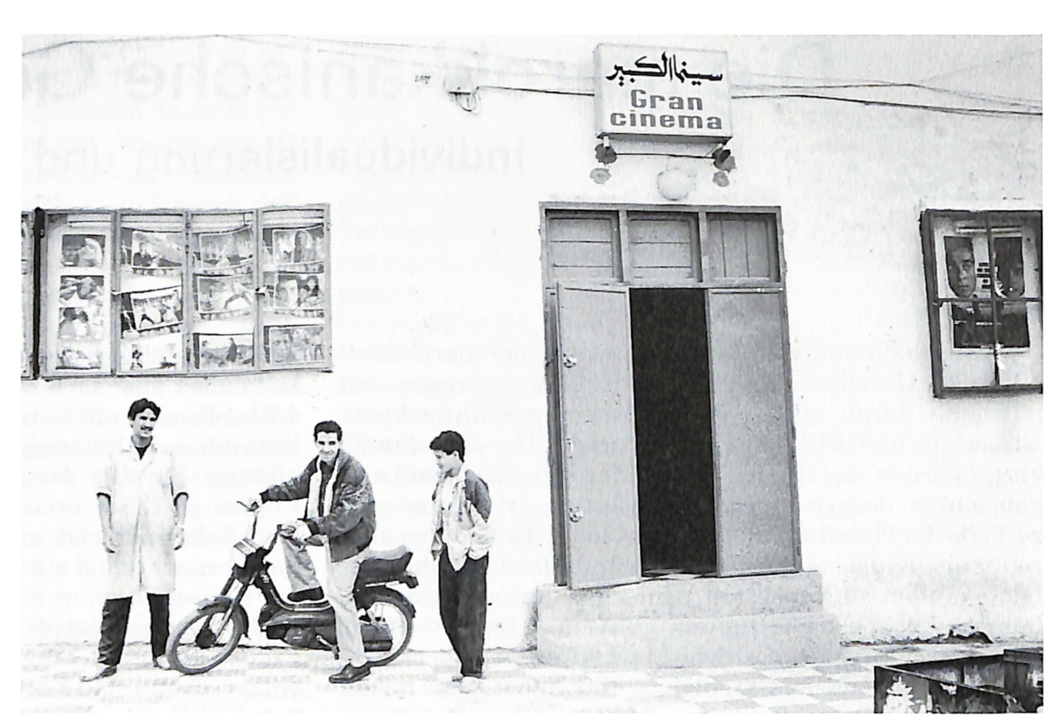
Aufgrund der rapiden Urbanisierung, die Marokko in ein Land mit mehr als 51 % städtischer Bevölkerung verwandelte, haben sich die sozialen Spannungen in die Städte verlagert. Während die Zentralprovinzen – insbesondere die atlantische Küstenzone zwischen Casablanca und Kenitra – von der Infrastrukturentwicklung profitierten, sind die ländlichen Gegenden, wie die Volkszählung von 1994 verdeutlicht, weiterhin benachteiligt. So verfügen beispielsweise nur 4 % der ländlichen Haushalte über fließendes Wasser und nur 9,7 % über Elektrizität. Mehr als drei Viertel der Landbevölkerung sind noch Analphabeten, während die nationale Analphabetenquote 1994 bei 55 % lag. Auch die Chance, eine Arbeit zu finden, ist in den Städten, in denen 81 % der neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, erheblich größer, so daß die jährliche Wachstumsrate bei der erwerbstätigen Bevölkerung in den Städten 4,6 % beträgt, auf dem Lande jedoch nur 0,9 %; allerdings ist die städtische Arbeitslosenquote mit 20,3 % fast doppelt so hoch wie in den ländlichen Gebieten (10,8 %).

Hauptsächlich die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, unter der vor allem auf dem Lande lebende und den unteren sozialen Schichten angehörende Frauen leiden, konzentriert und reproduziert alle Übel der Gesellschaft. Diese Diskriminierung wird bei der Alphabetisierungsrate deutlich: 67 % aller marokkanischen Frauen (gegenüber 41 % der Männer), und auf dem Lande sogar 89 % der Frauen (gegenüber 48,6 % der Städterinnen) haben niemals eine Schule besucht. Die zunehmende Einschulungsrate wiederum wirkt sich auf den Fruchtbarkeitsindex aus: Er beträgt 6,9 bei den Analphabetinnen, 4,9 bei Frauen mit Grundschulbildung, 3,5 bei Frauen mit Sekundarschulbildung und 2,5 bei Frauen mit Hochschulbildung. Parallel dazu nimmt die Erwerbstätigkeit von Frauen zu (35 % im Jahr 1986), die in der Stadt jedoch dem Subproletariat angehören und rechtlich wie allgemein benachteiligt sind. Gerade in dieser Hinsicht besteht der Konservatismus fort, trotz der teilweisen Modifikation des Personalstatuts im Dezember 1993, demzufolge die Frauen ein Leben lang rechtlich unmündig bleiben. Dementsprechend sind Frauen auch auf der politischen Bühne kaum präsent; die im Juni 1993 erfolgte Wahl zweier Frauen in die Abgeordnetenkammer war kaum mehr als ein symbolischer Akt.

Die andere große Gruppe der Marginalisierten sind die Jugendlichen. Obgleich der Fruchtbarkeitsindex stark gesunken ist (3,69 pro Frau 1994 gegenüber 4,23 im Jahre 1982) stellen sie weiterhin eine demographische Größe dar, die dem System große Probleme bereitet. Der Anteil der 5 bis 14jährigen ist seit der letzten Volkszählung im Jahre 1982 enorm gewachsen und beträgt heute ca. 25 %; fast die Hälfte (48 %) aller Marokkaner sind jünger als 20 Jahre und etwa zwei Drittel (65,5 %) jünger als 30. Die Zuwachsrate bei den Arbeitsplätzen hinkt weit hinter derjenigen bei der erwerbstätigen Bevölkerung (2,68 %) zurück, was insbesonders zu einer wachsenden Jugendarbeitslosigkeit führt. Zwischen den zwei Volkszählungen von 1982 und 1994 stieg die offizielle Arbeitslosenrate von 10,7 % auf 16 % der Berufstätigen gestiegen.

Auch das Abitur oder ein Hochschulabschluß schützt nicht vor Arbeitslosigkeit: Unter den 1,3 Millionen Arbeitslosen befinden sich 300 000 Jugendliche mit einem Diplom. Die schwierige Arbeitsmarktlage wie auch die lange Schulbildung führen zu einem höheren Heiratsalter, das im nationalen Durchschnitt bei 27,8 Jahren liegt (30 Jahre bei den Männern und 25,8 Jahre bei Frauen). Die erste Arbeitsstelle, die Heirat und das Verlassen des Elternhauses werden immer weiter hinausgeschoben, was natürlich starke Spannungen verursacht, die um so schmerzhafter sind, als der rapide soziale Wandel mit einer Neuformulierung der Wertvorstellungen und einer Individualisierung vor allem unter der jungen Bevölkerung einhergehen. Das überkommene Wertesystem wird in Frage gestellt, ohne daß die Bildung eines neuen Wertesystems abgeschlossen wäre. Das Vorläufige und Unsicherheit sind vorherrschend; der Wille zur Teilhabe an der Konsumgesellschaft, die Aufwertung der religiösen Praxis und des sexuellen Ethos der Ehre bestehen nebeneinander. Diese ethischen Versatzstücke finden sich häufig mit der Übertretung religiöser und sozialer Verbote ab.

Doch wenn das Schwanken zwischen Pragmatischem und Normativem die Herausbildung des autonomen Subjekts begünstigt, so löst es andererseits ein großes Unbehagen aus. Der Wandel wird in Unsicherheit erlebt. Der Bestätigung des Individuums steht die Sorge über die Auflösung sozialer Bindungen gegenüber. Einerseits ist die Versuchung groß, sich durch das Verlassen des Landes von der eigenen Gruppe zu lösen, andererseits besteht der Wunsch, nicht zuletzt als Reaktion auf die Abschottung der europäischen Länder das zerstörte Ideal auf der Basis eines totalisierenden Modells islamischer Prägung wieder zu errichten.



Gran Cinema *Foto: Hans Rimscha*

Individualisierung und Integrationsprobleme haben ihren Niederschlag im wesentlichen in einer Ablehnung der alten politischen Kader und in sporadischen Unruhen gefunden. Die Angst vor bzw. die fehlende Identifikation mit politischen Akteuren aus einer anderen Generation und Eliten, die das Land nach der Unabhängigkeit übernommen haben, und die Schwierigkeit, sich in einer politischen Klasse wiederzuerkennen, die als kooptiert, eigennützig oder ohnmächtig gegenüber der erdrükkenden Macht der Monarchie wahrgenommen wird, haben lange Zeit die Jugend aus der Öffentlichkeit ferngehalten; sie hat vielmehr dem Individualismus den Vorzug gegeben, ein Prinzip, das sie gleichzeitig anprangert.

Ein offener Protestzyklus

Die Verwundbarkeit des Staates am Ende der achtziger Jahre war eine Folge des sich abschwächenden Westsahara-Konflikts und internationaler Entwicklungen, insbesondere des Golfkrieges und der Krise in Algerien. Das Ende traditioneller und starrer Machtvorstellungen zugunsten der Demokratie als neuer „legitimer Fragestellung" und vor allem der äußere Druck haben das Ihre getan. Zudem verlangen die neuen wirtschaftlichen Spielregeln – der Prozeß der weltwirtschaftlichen Integration, der durch das Strukturanpassungsprogramm in Gang gesetzt wurde und durch den Beitritt zum GATT und die Unterzeichnung der Abkommen mit der EU fortgesetzt wurde – vom Staat, daß er auf seine Funktion des „väterlichen Ernährers" verzichtet und einen Teil seiner Vorrechte abtritt. Das Zusammentreffen dieser Faktoren gab benachteiligten Gruppen Gelegenheit, ihre Rolle im innenpolitischen Kräftespiel neu auszuhandeln, und ermöglichte das Auftreten neuer Akteure sowie die Rekonversion einiger anderer. Gleichzeitig versetzte es die Gewerkschaften und die Oppositionsparteien in die Lage, ihre Forderungen hochzuschrauben.

Bisher kam die Schwächung der Zentralmacht oder die der oppositionellen und gesellschaftlichen Akteure systematisch nur einem der Lager und niemals beiden gleichzeitig zugute: Die externen, regionalen oder internen Ressourcen der einen schränkten die anderen ein. Seit dem Abdriften Algeriens jedoch hat sich die Furcht vor einem Zusammenbruch des Systems sowohl unter den Regierenden als auch unter den Regierten breitgemacht und in Gesellschaft und Politik ein Gefühl der Unsicherheit und der Dringlichkeit hervorgerufen, das niemanden dazu verleitet, sich siegessicher zu geben. All dies hat die zuvor politisch Marginalisierten oder die ehemals (den Parteien oder dem *Makhzen*[1]) Unterworfenen – Jugendliche, Frauen, soziale Minderheiten, Berberaktivisten, Unternehmer – dazu gebracht, nach autonomen Ausdrucksmitteln zu suchen, in die Öffentlichkeit zu treten und das Spiel des Königshauses mitzuspielen, indem eine Institutionalisierung bevorzugt und der Verhandlung Priorität gegenüber einem Bruch eingeräumt wird.

Alte und neue Vereinigungen

1987 gab es in Marokko zwischen 17 698 (laut Angaben des Innenministeriums) und 30 000 Vereinigungen, meistens in Städten. Ihre Mitglieder gehören überwiegend den Mittelschichten an und sind jung und gebildet. Die Organisationen der ersten Generation widmen sich pädagogischen, sportlichen, karitativen, beruflichen, kulturellen, künstlerischen, wissenschaftlichen und politischen Aktivitäten und reflektierten in ihrer Gesamtheit lange Zeit den politischen Gegensatz zwischen dem *Makhzen* und den Parteien. So waren beispielsweise in den 60er und 70er Jahren die Frauenvereinigungen staatlich gelenkt, und die Prinzessinnen standen ihnen vor, während sich die Parteien mit „Frauensektionen" begnügten. Auf dem Gebiet der Menschenrechte waren die beiden wichtigsten Organisationen die 1972 von der *Istiqlal*-Partei gegründete Marokkanische Liga der Menschenrechte (LMDH) und die Marokkanische Menschenrechtsvereinigung (AMDH), die 1979 zunächst im Schatten der USFP entstand und

1983 unter den Einfluß der PADS (Parti de l'Avant-garde Démocratique et Socialiste) – eine Abspaltung von der USFP – und von ehemaligen marxistisch-leninistischen Aktivisten gelangte. Mitte der 80er Jahre wurden auf Veranlassung des *Makhzen* zahlreiche regionale, von palastnahen Kadern geleitete Vereinigungen geschaffen, was vom Willen zeugte, den Veränderungen in der marokkanischen Gesellschaft, ihrer Verstädterung und der Modifizierung ihrer Eliten Rechnung zu tragen. Es handelte sich hierbei überwiegend um Initiativen von oben, die darauf abzielten, die Kontrolle zu diversifizieren und neue Stützen zu finden, welche die Oppositionsparteien und Gewerkschaften schwächen und ethnische Zusammengehörigkeitsgefühle fördern sollten. Gleichzeitig sollte dies im Land selbst und im Ausland den Eindruck von Veränderung vermitteln.



Essouira *Foto: Hans Rimscha*

Seit Ende der 80er Jahre entstehen neue Typen von Vereinigungen, die sich sowohl von den staatlichen Organisationen als auch von denen der Parteien unterscheiden. Ihre Charakteristika und ihr ähnlicher Werdegang deuten darauf hin, daß – aufgrund der sich seit Ende der 80er Jahre bietenden Möglichkeiten – mit ihnen offenbar neue politische Beziehungsgeflechte entstehen.

Neue Akteure, rekonvertierte Akteure und alte Kämpfer

Welche Gemeinsamkeit haben nun jene, die sich in den vergangenen Jahren in den Vereinigungen engagiert haben? Die Zusammensetzung der Vorstände einer für die neue Generation von Organisationen typischen Auswahl liefert dazu einige Angaben: Mit Ausnahme der Vereinigungen unbeschäftigter Hochschulabsolventen und der Berbervereinigungen bekleiden diejenigen, die in den 60er und 70er Jahren an der Universität waren, Führungspositionen. Diese Akteure finden sich vor allem in Casablanca und in Rabat, obwohl einige Vereinigungen in mehreren Städten mit Sektionen vertreten sind und andere Vereinigungen auf lokaler Basis entstanden sind. Charakteristisch für den Werdegang dieser Akteure ist der berufliche Erfolg. Auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Berberbewegung und ganz besonders in den Frauenrechtsvereinen sind Universitätsangehörige überrepräsentiert; auch Freie Berufe sind gut vertreten. Die Rechtsanwälte dominieren den Bereich der Menschenrechte, und vor allem in der 1988 gegründeten Vereinigung zum Kampf gegen Aids (ALCS) sind Ärzte aktiv. In Gesellschaften, die sich der Entwicklungsförderung widmen, üben wiederum viele Ingenieure leitende Funktionen aus.

Eine Gemeinsamkeit dieser jüngeren Vereinigungen besteht im Miteinander von neuen Akteuren und routinierten Politikern. Eine solche Diversität findet man innerhalb derselben Vereinigung, ist aber auch Merkmal einzelner Komponenten einer Bewegung. Bedingungen und Zeitpunkt ihrer Entstehung bestimmen weitgehend die Machtverhältnisse zwischen den einen und den anderen. Die beherrschende Gestalt ist die der rekonvertierten Akteure: sie bilden die treibende Kraft in dieser Generation von Vereinigungen. Auch wenn sie ihre Unabhängigkeit geltend machen, so kommt ihnen doch eine politische Erfahrung zugute, die in ihre Ausbildungsjahre zurückreicht. Gerade die Akteure, die ihre erste politische Erfahrung in den 60er und 70er Jahren – die Glanzzeit des Studentenverbandes UNEM und des Marxismus-Leninismus – machten und häufig aus politischen Gründen inhaftiert waren, sind in großer Zahl aktiv. Für die einen bedeutet das Engagement in den Vereinigungen nicht den Verzicht auf den parteilichen Kampf, sondern einen strategischen Rückzug aufgrund des Versagens der alten politischen Strukturen; für andere sind die Vereinigungen eine Zwischenstation, um einen Rahmen universeller Werte neu aufzubauen.

Neben den rekonvertierten und den neuen Akteuren gibt es noch die „Persönlichkeiten". Dabei handelt es sich um Personen (Universitätsangehörige, Rechtsanwälte, Journalisten, Jugendliche ...), die vor den 80er Jahren im kulturellen Bereich, in der Sozialarbeit, in Berufsvereinigungen oder auf internationaler Ebene in den nichtstaatlichen Organisationen bekannt wurden und deren Engagement individueller Natur war.

Die neuen Akteure sind jene, die sich lange abseits der Öffentlichkeit hielten, sei es aus Gleichgültigkeit, aus Mißtrauen oder aus Furcht. Zu einem größeren politischen Engagement wurden sie durch die politische Öffnung motiviert, aber auch, zumindest in der Generation der heute Vierzigjährigen, durch eine oft bestehende Furcht vor der Auflösung sozialer Bindungen und vor dem Zusammenbruch eines Systems, das alles in allem für das geringere Übel gehalten wird; hinzukommen die neuen Möglichkeiten kollektiven Handelns, die eher ihren Bestrebungen entgegenkommen, mochten sie sich doch nicht mehr mit

der einengenden Disziplin der Parteien abfinden. Und da sie den Eindruck haben, sich in einem Abschnitt der marokkanischen Geschichte zu befinden, in dem wieder alles möglich wird, versuchen sie, schnell in eine günstige Position für eine bevorstehende Neuverhandlung der Spielregeln und der Machtverhältnisse zu kommen. Ob im Bereich der Menschenrechte, der Bürgerethik oder der Entwicklung: Sie sind bestrebt, eine Gegengesellschaft zu konstituieren, oder hinsichtlich partikularer Forderungen einen Minimalkonsens zu finden, um den aus ihrer Sicht gefährdeten Zusammenhalt zu bewahren.

Vom Gesamtentwurf zum Gruppenspezifischen

Die neue Generation von Vereinigungen zeichnet sich durch ein gewandeltes Verhältnis zur Politik aus und bildet eine Art Übergang vom Typ des sinnstiftenden Gesamtentwurfs, der die verschiedenen sozialen Gruppen in ihrer Totalität einbezieht und eine Hierarchie der Forderungen festlegt, zur rechtlichen Formulierung gruppenspezifischer Ansprüche, die einem besonderen ethischen Bereich entsprechen. Gleichwohl sind auch sie um die Interessen der Gesamtgesellschaft bemüht, jedoch jenseits der traditionellen Regeln der Konfrontation. Vor allem in dieser Hinsicht, weniger im Verhältnis zum Staat oder den Parteien, wird nach Autonomie gestrebt. Die 60er und 70er Jahre waren von ideologisch motivierten Konflikten geprägt, wie sie sich international in den beiden Blöcken verkörperten, und die 80er Jahren vom Gespenst des Islamismus, von der Schwächung der Opposition und von marxistisch-leninistischen Bewegungen, von der Ritualisierung der Beziehungen zwischen *Makhzen* und politischer Klasse sowie von einer Öffentlichkeit, die als Bühne einer Klientel vorbehalten war und auf der es nicht um wirkliche Inhalte ging; hinzu kam dann ein Gefühl des Überdrusses - auch unter Aktivisten - angesichts der Tatsache, daß in einem allgemein-politischen Programm zusammengefaßte Forderungen immer wieder aufgeschoben werden mußten.

In einigen Fällen wird „die Politik" noch deutlicher als das Übel benannt, das die politischen Impulse in den ersten Jahrzehnten abschwächte. So lehnen die Mitglieder von Vereinigungen unbeschäftigter Hochschulabsolventen, die ab dem Sommer 1991 entstanden, ideologische Gegensätze an den Universitäten ab, da dadurch Forderungen der Studentenverbände ihre Wirkung verloren hätten. Die Verantwortlichen fordern jetzt vielmehr das Recht auf Arbeit und Organisation, ganz im Gegensatz zu dem Vorgehen der Parteien, das auf eine Beteiligung an der Macht abzielt. Da sie für alle unbeschäftigten Hochschulabsolventen sprechen wollen, die im übrigen unterschiedliche politische Meinungen haben können, lehnen sie es ab, sich auf das Terrain der Politik zu begeben. Von einer ähnlichen Prämisse sind in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Gründer der Marokkanischen Menschenrechtsorganisation (OMDH) ausgegangen: Die beiden schon existierenden Menschenrechtsvereinigungen litten zu sehr unter ihrer Abhängigkeit von den Parteien, was schließlich das Ende ihrer Aktivitäten bedeutete.

Ob es nun um die Verteidigung der Menschenrechte oder um die Rechte der Frauen, der Jugendlichen oder der Berber geht, ob der Bürgersinn gefördert, gegen die Korruption angegangen oder Aids bekämpft werden soll: Der Rechtsstaat ist der Rahmen, an dem sich das Engagement orientiert. Die Akteure berufen sich auf nationale Rechte oder auf internationale Konventionen und verlangen die Angleichung nationaler Gesetze an internationale Normen, die Beseitigung der dem marokkanischen Recht innewohnenden Widersprüche zugunsten liberalerer Regelungen (beispielsweise im Falle der Frauenfrage, bei der die Verfassung fortschrittlicher ist als das Personenstandsrecht) oder auch die Verringerung der Kluft zwischen theoretischem Recht und tatsächlicher Rechtspraxis. Bei anderen Vereinigungen nimmt die Ablehnung der „Politisiererei" andere Formen an. Sie konzentrieren sich weniger auf Rechtsprobleme als auf ökonomische und soziale Fragen, orientieren sich dabei aber, trotz ihrer technokratischen Herangehensweise, an einer ethischen Grundlage, nämlich der der Gerechtigkeit und der Notwendigkeit einer sozialen Umverteilung.

Daneben gibt es eine weitere, erst im Entstehen begriffene Form - die des „politischen Klubs". Ein Beispiel hierfür ist die Vereinigung *Alternatives*, die sich als einen Ort der Reflexion und der Debatte darüber versteht, wie die Spielregeln neu festgelegt, wie die gesetzten Grenzen verschoben und wie die Politik der Parteien dahingehend verändert werden können, die öffentliche Sphäre auf der Grundlage der Vernunft zu gestalten und die Politik zu befrieden.

Die Formulierung der Diskurse und Aktionsweisen erfolgt entsprechend der Dynamik einer Dichotomie von Chaos und Ordnung. Das kollektive Gedächtnis in Marokko, die Vorgänge in Algerien oder sogar in Ex-Jugoslawien verstärken diese Konstellation. Hinzu kommt, daß die Konstituierung als Vereinigung, gerade in ihrer Gegensätzlichkeit zur Organisationsform einer Partei, eher dem Individualisierungsprozeß zu entsprechen scheint, der sich in der Gesellschaft seit Jahrzehnten vollzieht und bisher keinen kollektiven Ausdruck in der Öffentlichkeit finden konnte. Die Vereinigung wäre, so gesehen, der Ort, an dem sich das Individuum sowohl mit der Gruppe als auch mit der kollektiven Aktion versöhnt.

Transnationale Anbindung und Institutionalisierung versus Repression und Kooptation

Um Repression und Kooptationslogik zu umgehen, instrumentalisieren die neuen Akteure die Überschreitung des nationalen Rahmens und fordern eine Integration in das System auf dem Wege einer Stärkung der institutionellen Instrumente und ihrer Glaubwürdigkeit. Der Druck von innen wird dabei ganz wesentlich durch die von außen kommende Unterstützung verstärkt, entweder in Form der Einwirkung auf den marokkanischen Staat oder durch die Bereitstellung von materiellen und symbolischen Ressourcen für die Akteure in den Vereinigungen. So wurde die Entstehung der OMDH durch die Unterstützung nationaler und internationaler Medien und durch die Intervention der Internationalen Menschenrechtsföderation (FIDH) erleichtert.

Die Gesamtheit dieser Vereinigungen sind in transnationale Netzwerke integriert und nehmen an regionalen und internationalen Veranstaltungen teil *(Transparency,* Weltkongreß der Berber, maghrebinische Frauen- und Menschenrechtsnetzwerke). Ihre Arbeitsweise wird von diesen Gegebenheiten beeinflußt, und ihre Interventionen nehmen allmählich eine gemeinsame Form an. So werden die nationalen und internationalen Medien, die ihren bedeutendsten Rückhalt bilden, ausgiebig genutzt; ebenso werden die Mitglieder immer professioneller geschult und auf Aktionen vorbereitet, wobei generell ein großer Pragmatismus in den Beziehungen zu den Mächtigen und zur politischen Klasse an den Tag gelegt wird. Ihre ideologiefeindliche Haltung, verstärkt durch die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner und nach Erweiterung ihrer Basis, läßt Debatten, die zu einem Bruch führen könnten, erst gar nicht aufkommen. So lehnen die Frauenorganisationen den Bezug auf den Islam nicht ab, sondern beschränken sich darauf, im Gegensatz zu den restriktiven und dogmatischen Schriften der Rechtsgelehrten *(fuqaha)* den Geist des Islam und das Bemühen um Anpassung zu fördern, das in der frühen Geschichte des islamischen Denkens gutgeheißen wurde.

Diesem pragmatischen Diskurs stehen die Behörden indes nicht gleichgültig gegenüber. Sie werden in der Regel dann mißtrauisch, wenn sich in den neuen Vereinigungen unabhängige Persönlichkeiten zusammenschließen, die bisher von der politischen Bühne ferngehalten werden konnten, die dem Geheimdienst kaum bekannt sind oder auf die der Staat keinen Einfluß, sei es auch nur über die Parteien, hat. Das Mißtrauen des *Makhzen* wird ebenfalls deutlich, wenn sich sensibler Bereiche angenommen wird oder wenn eine Vereinigung mit einer Initiative des Monarchen rivalisieren könnte. So bemühen sich die Gründer von *Transparency Maroc*, einer Vereinigung zum Kampf gegen die Korruption, seit Juni 1995 um die Anerkennung als Vereinigung.

Um den innerem und äußerem Druck zu kompensieren, versuchen die Behörden, zu den Problemen Stellung zu nehmen oder sich ihrer sogar anzunehmen, entweder durch die individuelle Kooptation oder durch königliche „Initiativen" – wie z. B. die Schaffung eines Konsultativrates zu den Menschenrechten und eines Menschenrechtsministeriums oder die Einrichtung des Nationalen Rates der Jugend und der Zukunft. Was wie Folklorisierung oder Einbindung nach dem Motto „der *Makhzen* gewinnt immer" aussieht, ist in Wirklichkeit ein vorsichtiges Spiel, in dem es gerade darum geht, dasselbe Feld zu bestellen und das Gegenüber herauszufordern.

All diese Vereinigungen verstehen sich als Mitglieder ein und derselben Familie namens „Zivilgesellschaft", die das gleiche Wertesystem teilen. Neben der Tatsache, daß sich eine bestimmte Solidarität manifestiert, wenn einer der "ihren" in das Visier einer Behörde kommt, gibt es einige Übergänge zwischen den Vereinigungen, die nicht notwendigerweise entlang der Struktur der Parteienlandschaft verlaufen. So findet man in der OMDH Vorstandsmitglieder der Frauenvereinigungen UAF und ADFM, von *Alternatives*, von verschiedenen Berbervereinigungen oder vom Zentrum gegen Gewalt. Verantwortliche der Vereinigung der arbeitslosen Hochschulabsolventen oder der Gesellschaft für Entwicklungsförderung MADI sind auch in der AMDH ... Zu jeder Veranstaltung der einen Organisation werden die anderen sowie die Parteien des Oppositionsblocks *(kutla)* eingeladen.

Insgesamt vermittelt die marokkanische Gesellschaft vielleicht den Eindruck einer Vitalität, die im Kontrast zum geschickten Beharrungsvermögen des politischen Organismus steht. Debatten in der Presse, Meinungszirkel und Intellektuelle zeugen heute eher von dieser Vitalität als die Oppositionsparteien und die Gewerkschaften, die auch intern allzu stark von einer Mimikry geprägt sind, die ihnen die lange und konfliktbeladene Koexistenz mit der Monarchie aufgezwungen hat.

■ *Mounia Bennani-Chraïbi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre d'études et de recherches URBAMA – Urbanisation du monde arabe an der Universität Tours. Übersetzung: Lutz Rogler.*

1 Mit dem Begriff *Makhzen* wird in Marokko sowohl das Königshaus als auch, im weiteren Sinne, der Staatsapparat als Ganzes bezeichnet.

Die islamische Opposition

Lutz Rogler

Im Vergleich zu anderen Ländern der Region ist die islamische Opposition in Marokko auch in den 90er Jahren nur begrenzt als eigenständige politische Kraft wahrgenommen worden, und ihre Entwicklung erfährt zuweilen gegensätzliche Deutungen. Das gelegentlich entworfene Szenario, daß bei einer Fortsetzung der demokratischen Öffnung eine islamistische Organisation die Wahlen gewinnen könnte[1], erweist sich derzeit allein aufgrund des ungeklärten politisch-rechtlichen Status der islamischen Opposition als wenig realistisch. Es beruht nicht nur auf einem verbreiteten soziologischen Impressionismus, sondern vor allem auf der zweifellos vom algerischen Drama genährten Befürchtung, die islamische Opposition könnte – vor dem Hintergrund der sozialen Lage großer Teile der marokkanischen Jugend – politischen Protest in einem Ausmaß mobilisieren und organisieren, das die politische Stabilität des Landes gefährdet.

Diese unterschwellige Angst herrscht seit einigen Jahren auch unter den etablierten Politikern, und sie bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das aktuelle Verhältnis zwischen marokkanischem Staat und islamischer Opposition. Als Anfang des Jahres an der Universität Casablanca Studenten gegen die Transport- und Wohnbedingungen protestierten, reagierte die Staatsmacht mit einem Ausmaß an Repression, das von der politischen Öffentlichkeit weithin als überzogen empfunden und zum Anlaß für weitere Zusammenstöße zwischen Studenten und Sicherheitskräften an anderen Universitäten wurde. Zudem wurde in einem gemeinsamen Rundschreiben von Innen-, Hochschul- und Justizminister von „obskurantistisch-extremistischen“ Gruppierungen gesprochen, die die Spannungen an den Universitäten geschürt hätten: Die Anwendung dieses in anderen Ländern der Region geläufigen Kampfbegriffes auf die islamische Opposition in Marokko wurde in der Presse als Bruch im Diskurs der Regierung gegenüber der islamischen Strömung empfunden, und die Vorgänge insgesamt wurden gar als Vorzeichen einer umfassenden Konfrontation interpretiert. Doch zu dieser kam es bisher nicht; das repressive Vorgehen des Staates blieb auf die Universitäten beschränkt, und die islamische Opposition begnügte sich mit verbalen Protesten insbesondere gegen die hohen Haftstrafen.[2]

Seit Beginn der 80er Jahre hat die Monarchie die Strategie verfolgt, das königlich-staatliche Monopol über die „islamischen Angelegenheiten“, vor allem über den gezielten Ausbau und die strikte Kontrolle der offiziellen religiösen Strukturen (einschließlich der Moscheen und der Prediger), die erweiterte Ausbildung von religiösen Spezialisten und die Förderung eines umfangreichen Netzes von religiös-kulturellen Vereinigungen, zu sichern. Doch sie hat damit nicht verhindern können, daß sich oppositionelle islamische Organisationen im Land bilden und öffentlich artikulieren. Die staatliche Politik gegenüber diesen Organisationen bewegte sich bisher zwischen Überwachung und selektiver Repression einerseits und Duldung (sowie Versuchen der Manipulation) andererseits, was von manchen als geschickte Taktik zur Vermeidung einer Radikalisierung der islamischen Strömung interpretiert wird. Unklar bleibt jedoch, wie groß der tatsächliche Einfluß dieser Kräfte in der Gesellschaft ist.

Integration der Islamisten?

Spätestens im Zuge der politischen Öffnung stellte sich auch in Marokko die Frage, ob die islamische Opposition einen legalen Status im politischen System und die Möglichkeit einer Beteiligung an Wahlen erhalten wird oder nicht. Die Monarchie und die mit ihr verbundenen Eliten, einschließlich fast aller etablierten Oppositionsparteien, haben diese Frage bis jetzt nicht eindeutig beantwortet, und auch die wichtigsten politisch aktiven islamischen Gruppierungen sind sich über die Prinzipien einer Integration in die gegenwärtige politische Realität nicht einig.

Im Gegensatz etwa zur algerischen FIS konnte in Marokko bisher keine islamische Bewegung eine Stärke und Mobilisierungsfähigkeit erreichen, die sie eindeutig zur Hauptkraft der islamischen Opposition machen. Nach wie vor wird diese durch ein breites Spektrum an Vereinigungen und Gruppen gebildet, die sich in ihrer übergroßen Mehrheit auf die Mittel der religiösen Erziehung und Propaganda und kulturell-ideologische Aktivitäten in den Städten konzentrieren. Auch eine „Mutterbewegung“ mit langer politischer Erfahrung wie die Muslimbruderschaft hat es in Marokko nicht gegeben. Bei den gegenwärtig politisch aktiven Gruppierungen handelt es sich um relativ junge Organisationen, deren Geschichte zwar bis in die 70er Jahre zurückreicht, die aber erst seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine nennenswerte geographische Verbreitung und soziale Verankerung erreicht haben.

Auch in den 90er Jahren zeichnete sich die islamische Opposition durch organisatorische Pluralität und ein bestimmtes Maß an politisch-ideologischer Heterogenität aus. Dies macht es insbesondere schwer zu bestimmen, wie sich ihre gesellschaftspolitischen Konzeptionen mit den Interessen bestimmter sozialer Gruppen verbinden. Ihre Hochburgen sind die Universitäten mit derzeit etwa 250.000 Studenten. Alle Gruppierungen verstehen sich nicht nur als Akteure eines mittlerweile auch vom offiziellen Diskurs anerkannten und unterstützten „islamischen Erwachens“, sondern auch als Teil der „islamischen Bewegung“ vor allem in der arabischen Welt. Damit verfügen sie über einen gemeinsamen ideologischen Hintergrund und ein rhetorisches Repertoire, die hauptsächlich

von den ägyptischen und syrischen Muslimbrüdern sowie den ihr nahestehenden Strömungen und Intellektuellen in anderen Ländern geprägt sind. So propagieren sie derzeit einen reformerischen Kurs der gesellschaftlichen Veränderung. Im Hinblick auf die Formen und Prioritäten ihres politischen Handelns und auf eine mögliche Partizipation am bestehenden politischen System gibt es jedoch derzeit zwischen den wichtigsten Gruppen nicht nur Unterschiede, sondern Divergenzen, die sich zuweilen auf lokaler Ebene in einer scharfen Konkurrenz äußern. In ihrer organisatorischen Entwicklung und ideologischen Differenzierung lassen sich drei Hauptlinien verfolgen:

Die „Idealisten"

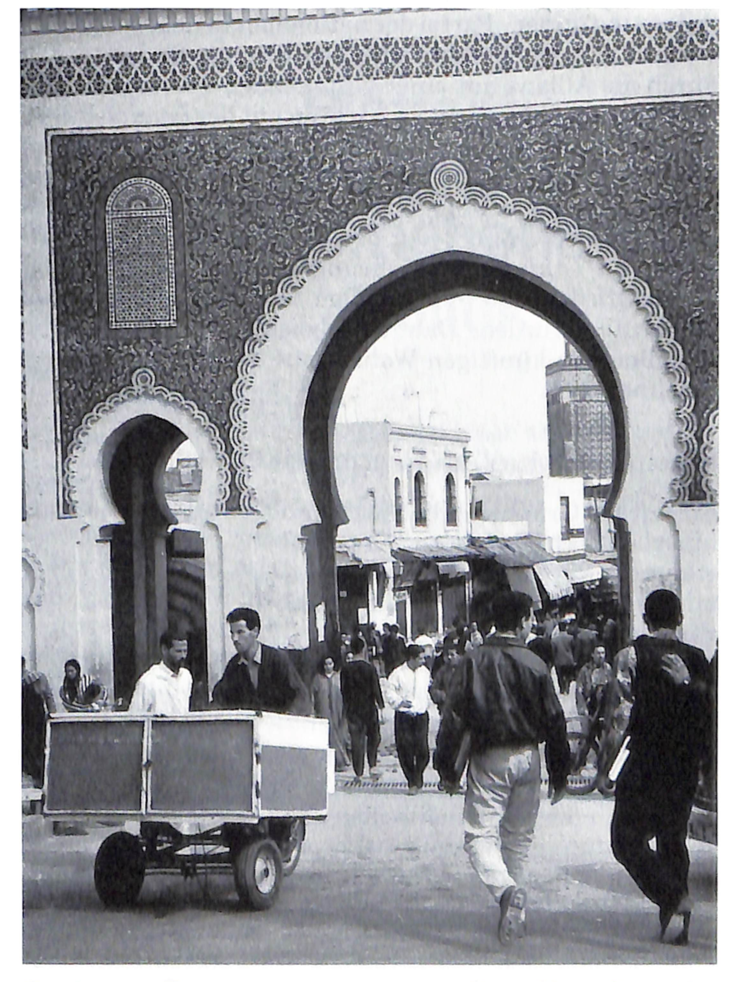
An den Universitäten, inbesondere in Casablanca und Rabat, wo die islamischen Gruppierungen im Rahmen des Studentenverbandes UNEM aktiv sind und seit Beginn der 90er Jahre an Wahlen teilgenommen haben, hat sich die *Jama'at al-'Adl wa-l-Ihsan*[3] zur stärksten Kraft entwickelt. Sie unterscheidet sich von anderen Bewegungen vor allem dadurch, daß sie in dem 1928 geborenen 'Abdassalam Yasin einen charismatischen Führer hat. Vor dem Hintergrund einer frühen Erfahrung mystischer Religiosität vertritt dieser eine messianistisch geprägte Doktrin, in der sich sozialutopische Vorstellungen mit einer pietistischen Haltung verbinden. Politisch aktiv geworden mit seinem berühmten offenen Brief „Der Islam oder die Sintflut" (1974) an Hassan II., gab er von 1979 bis 1985 mit nur wenigen Adepten die Zeitschrift *al-Jama'a* heraus. Aus diesem Kreis entstand innerhalb eines Jahrzehnts eine Bewegung, die theoretisch an der stringenten, hierarchisch aufgebauten Organisationsstruktur der ägyptischen Muslimbrüder orientiert ist, aber über deren tatsächliche Funktionsweise wenig bekannt ist, da zum einen A. Yasin seit 1989 fast ununterbrochen in Salé unter Hausarrest steht, zum anderen die Mitglieder ihrer Führung *(majlis al-irshad)* in den 90er Jahren immer wieder Verhaftungen ausgesetzt waren. Sie hat seit 1985 keine eigene periodisch erscheinende Zeitschrift und hat in ihrer Propaganda neben den Schriften von Yasin vor allem Ton- und Videoaufzeichnungen von Predigten verwendet.[4]

Yasins Lehre mit ihrem Impetus der entschiedenen Verwerfung jeglicher Kreaturvergötterung stellt implizit die Legitimität der Monarchie in Frage. Doch da die Bewegung ideologisch auf eine allmähliche, vom Invidivuum ausgehende und als nächste Stufe auf eine Vergrößerung der *„Jama'a"* abzielende islamische Reform der sozialen Beziehungen orientiert ist, stellt die Reflexion über die Veränderung der gegenwärtig bestehenden politischen Institutionen keine Priorität für sie dar. So steht sie auch bisher einer Partizipation am existierenden politischen System ablehnend gegenüber und ist politisch nur an den Universitäten unter dem Dach des Studentenverbandes und – durch ihre Mitglieder – in den Gewerkschaften aktiv. Im Frühjahr 1991 unterbreitete die Staatsmacht ihr offensichtlich das Angebot, unter bestimmten Bedingungen als politische Formation zugelassen zu werden. Yasin und seine Mitstreiter haben es jedoch abgelehnt, für eine Beteiligung am „demokratischen politischen Spiel" Konzessionen zu machen. Das wurde von ihr damit begründet, daß es an Beweisen für den Willen des Regimes fehle, „eine ernsthafte und verantwortliche Demokratie zu verwirklichen, in der das Volk die freie Wahl hat."[5]

Mit ihrer Entscheidung, „im Rahmen der geltenden Gesetze" zu arbeiten, hat die Bewegung bisher die Konfrontation mit dem Staat vermieden, doch in den 90er Jahren hat es an den Universitäten immer wieder gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Studenten von *al-'Adl wa-l-Ihsan* und linken Gruppen gegeben. Aus ihrem moralischen Rigorismus und ihrer ideologischen Radikalität erklärt sich ihre Anziehungskraft inbesondere auf Jugendliche. Aus dieser leitet die Bewegung jedoch auch bestimmte Ansprüche ab, die von anderen islamischen Gruppen als elitär und als Versuch der Monopolisierung der religiösen Wahrheit kritisiert werden.

Die „Realisten"

Aus der ersten „islamistischen" Gruppierung in Marokko, der *(Jam'iyat ash-Shabiba al-Islamiya,* Vereinigung der islamischen Jugend), ist die zweite Organisation hervorgegangen, die seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine nennenswerte politische Bedeutung erlangt hat. Ein Kreis um die beiden Lehrer 'Abdalilah Binkiran (geb. 1954) und Muhammad Yatim (geb. 1956) hatte sich von dieser „revolutionären", auch den Einsatz von Gewalt befürwortenden Gruppe gelöst und 1981 die *al-Jama'a al-Islamiya* (Die Islamische Gemeinschaft) gegründet. Ihre Positio-



Stadttor in Fes *Foto: Hans Rimscha*

nen gehen auf einen langen Prozeß selbstkrititischer Neuorientierung in den 80er Jahren zurück, der unter dem Einfluß ähnlicher Debatten in anderen islamischen Bewegungen der arabischen Welt stand. Das Ergebnis dieses Prozesses bestand im wesentlichen in der Anerkennung des „Realitätsprinzips": Die bestehenden politischen Institutionen wurden nicht mehr als „unislamisches" Herrschaftssystem gewertet, sondern die islamische Reform der Gesellschaft soll im Gegenteil zunächst die historisch entstandene soziale Realität anerkennen und für eine „Vertiefung der islamischen Identität" auch die existierenden Institutionen nutzen. Dies führte die Gruppe um Binkiran dazu, nicht nur den marokkanischen Staat als „islamisch" anzuerkennen, sondern auch die historische Legitimität der Monarchie zu akzeptieren. Sie halten sich im Gegensatz zu den „Idealisten" von *Jama'at al-Adl wa-l-Ihsan* für „Realisten".

Obwohl ihr Antrag auf Zulassung 1983 abgelehnt wurde, hat der Staat ihre Aktivität im wesentlichen geduldet, und ihre Mitglieder konnten seit Mitte der 80er Jahre mehrere Zeitschriften herausgeben.[6] Seit 1990 bemühte sich die Gruppe um Möglichkeiten legaler politischer Partizipation. In diesem Zusammenhang änderte sie 1992 zunächst ihren Namen in *Harakat al-Islah wa-t-Tajdid* (Bewegung der Reform und Erneuerung), um ihren Verzicht auf einen religiösen Monopolanspruch, wie ihn der bisherige Name impliziert, deutlich zu machen. Kurz darauf beantragte sie auch die Gründung einer politischen Partei *(Hizb at-Tajdid al-Watani)*.[7] Nachdem die Behörden die Zulassung dieser „Partei der nationalen Erneuerung" verweigert hatten, bemühte sich die Führung, die Bewegung durch die Allianz mit einer bestehenden Partei zu legalisieren. Nach erfolglosen Kontakten mit der *Istiqlal*-Partei ging sie schließlich nach vierjährigen Bemühungen im Juni 1996 ein Bündnis mit der Konstitutionell-Demokratischen Volksbewegung[8] ein, auf dessen Grundlage Binkiran und andere Mitglieder der Führung der *Harakat al-Islah wa-t-Tajdid* in das Führungsgremium kooptiert und die Mitglieder zum individuellen Eintritt in diese Partei aufgerufen wurden. Damit beabsichtigte die Bewegung vor allem, an künftigen Wahlen mit eigenen Kandidaten teilzunehmen.

Die intellektuellen Pragmatiker

Eine dritte Gruppe schließlich, für die weniger eine kontinuierliche Organisation als vielmehr Werdegang bestimmter Personen charakteristisch ist, steht zum einen mit dem islamischen Vereinswesen in Verbindung, das von einer Art religiös geprägtem „Bildungsbürgertum" getragen wird, zum anderen mit einer jüngeren Generation von Absolventen theologischer Bildungseinrichtungen sowie religiöser und juristischer Studiengänge an den Universitäten. Trotz personeller und inhaltlicher Querverbindungen zu den Gruppen um Yasin und Binkiran haben sich diese Intellektuellen in – z. T. von ihnen selbst gegründeten – Vereinigungen mit religiös-kultureller Zielsetzung engagiert und sich vor allem über bestimmte Zeitschriften öffentlich artikuliert, wie in der seit 1991 in Casablanca von dem Rechtsanwalt Muhammad ar-Rumaid herausgegebenen *as-Sahwa*. Während sie einerseits als religiöse Intellektuelle auf eine gewisse Distanz zum offiziellen religiösen Establishment gegangen sind (und einige auch für vorsichtige innovative Bemühungen im religiösen Denken stehen), haben sie gegenüber den politisch aktiven Organisationen zunehmend einen Anspruch auf intellektuelle Führung vertreten. Das verstärkte Streben nach politischer Einflußnahme in dieser Gruppe führte auch dazu, daß von ihr seit Beginn des Jahrzehnts auf einer eher pragmatischen Grundlage die deutlichsten Bemühungen um die „Einheit der islamischen Bewegung" im Land ausgegangen sind. Ein erster organisatorischer Schritt dazu war 1994 die Gründung der „Liga der islamischen Zukunft" *(Rabitat al-Mustaqbal al-Islami)*.[9] Deren Vorsitzender Ahmad ar-Raisuni (geb. 1953 und Professor für islamische Rechtsphilosphie in Rabat) verkörpert durch seinen Bildungsweg, sein gesellschaftliches Engagement und seine sozioprofessionelle Position diese Gruppe von Intellektuellen auf geradezu idealtypische Weise. Während ihre sehr offensive „Verteidigung der islamischen Identität des Landes" sie einerseits das Gespräch mit Intellektuellen anderer ideologischer Strömungen suchen läßt, äußern sie sich politisch gegenüber den „laizistischen Linken" äußerst aggressiv.[10] Ihre zentrale politische Forderung an den Staat ist die Implementierung der „islamischen *shari'a*" als wichtigste Quelle der Gesetzgebung in der marokkanischen Verfassung.

Die islamische Opposition und die Wahlen

Im Rahmen der politischen Öffnung wurden für 1997 Kommunal- und Parlamentswahlen angekündigt. Vor diesem Hintergund ist von Bedeutung, daß sich Ende August 1996 in Rabat die *Harakat at-Tajdid wa-l-Islah* und die *Rabitat al-Mustaqbal al-Islami* zur *Harakat at-Tauhid wa-l-Islah* (Bewegung der Einheit und Reform) unter dem Vorsitz von Ahmad ar-Raisuni zusammenschlossen. Die neue Formation, die sich mit der sozialen Respektabilität der Intellektuellen als Bewegung der gemäßigten Islamisten präsentierte, soll offensichtlich die Möglichkeit sichern, daß sich über die Listen der Konstitutionell-Demokratischen Volksbewegung zum ersten Mal Kandidaten der islamischen Opposition an den Wahlen beteiligen können. Noch Mitte Mai versprach sich *ar-Raya* „sichere Vorteile aus der Teilnahme der Islamisten" an den Kommunalwahlen am 13. Juni.[11] Doch kurz darauf kündigte der Vorsitzende der Partei, al-Khatib, ohne vorherige Abstimmung mit den Islamisten im Vorstand seiner Partei an, daß diese die Wahlen boykottieren werde ...[12]

Der Vorsitzende von *Harakat at-Tauhid wa-l-Islah*, A. ar-Raisuni, hat nunmehr erklärt, daß die Bewegung mit unabhängigen Kandidaten an den Kommunalwahlen teilnehmen wird.[13] Nichtsdestotrotz wird damit in Marokko eine klare Entscheidung über den legalen Status der Organisationen der islamischen Opposition im politischen System vorerst wieder hinausgeschoben. Für die Kritiker der „Realisten" aus dem Kreis der „Idealisten" dürfte dies eine Bestätigung ihrer Kompromißlosigkeit sein. Während einige von ihnen die Gruppe um A. Binkiran schon seit Jahren verdächtigen, durch die Behörden manipuliert zu werden, haben andere ihr zumindest den Vorwurf gemacht, zugunsten ihres politischen Leumunds alle „islamischen Ideale" und „Inhalte des Widerstandes" aufgegeben zu haben. Doch auch die „Idealisten" stehen vor dem

Problem, wie die ideologische Koheränz ihrer Bewegung zwischen der für die Mobilisierung notwendigen utopischen Spannung und dem Anpassungsdruck an die gesellschaftspolitische Dynamik erhalten bleibt. Letztere wird auch in Marokko von ihnen beeinflußt, aber nicht beherrscht. Unabhängig von der Frage, ob Teilen der islamischen Opposition in absehbarer Zeit der Zugang zur offiziellen politischen Bühne ermöglicht wird oder nicht, kann man davon ausgehen, daß sie politisch präsent bleiben wird und aufgrund ihrer sozialen Verortung und ihrer zentralen ideologischen Orientierungen zumindest in zwei wesentlichen Bereichen gegenüber der staatlichen Politik mehr oder minder scharfe Kritik artikulieren wird: im sozialen Bereich, hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung auf Europa und der Normalisierung der Beziehungen zu Israel.

■ *Lutz Rogler, Islamwissenschaftler am Orientalischen Institut der Universität Leipzig.*

1 So z.B. der in Frankreich lehrende marokkanische Politologe Abderahim Lachichi: „L'Islamisme s'enracine au Maroc", in: *Le Monde diplomatique,* Mai 1996, S. 10.

2 So in *Maroc Hebdo International*, Nr. 258, 25.–31. 1. 1997.

3 Die Gemeinschaft ‚Gerechtigkeit und Wohltätigkeit'. Der Name bezieht sich auf einen Teil der Koransure 16: „Gott befiehlt, Gerechtigkeit zu üben, Gutes zu tun."

4 Zwar gibt es über die Zahl ihrer Mitglieder keine Angaben, doch zur größten Demonstration während des Golfkrieges im Februar 1991 konnte sie nach offiziellen Schätzungen etwa 10 000 Anhänger mobilisieren.

5 *Jama'at al-'Adl wa-l-Ihsan: rijal, ahdath wa-minhaj.* o.O., März 1992, S. 7. Vgl. auch François Burgat: L'Islamisme au Maghreb. Paris 1995, S. 290.

6 Darunter seit 1990 in Rabat *ar-Raya* (Das Banner). Laut A. Binkiran, ihrem Herausgeber, hatte sie 1996 eine Auflage von 15 000 bis 20 000 Exemplaren, von denen etwa 10 000 verkauft wurden; sie sei damit eher „elitär" und im übrigen keine wirkliche Konkurrenz für die Zeitungen der marokkanischen Parteien. Vgl. *ar-Raya,* Nr. 205, 16. 7. 1996, S. 4.

7 Von den zehn Mitgliedern des provisorischen Exekutivkomitees dieser Partei war keiner älter als 40 Jahre. Es handelte sich im übrigen um vier Universitätsdozenten, drei Lehrer, einen Ingenieur, einen Rechtsanwalt und einen Arzt. Vgl. *ar-Raya,* Nr. 23, 1. 6. 1992, S. 8.

8 Diese Partei war 1967 von dem Arzt, ehemaligen Führer der Befreiungsarmee und Minister 'Abdalkarim al-Khatib gegründet worden, jedoch seit Mitte der siebziger Jahre auf der politischen Bühne nicht mehr aufgetreten. Der Staat stimmte dem Bündnis mit der *Harakat al-Islah wa-t-Tagdid* zu.

9 Siehe *as-Sahwa*, Nr. 38, Dezember 1994, S. 10–11.

10 Deutlich wurde dies 1993 in ihrer scharfen Reaktion auf die Forderung der Frauenbewegung, das Personenstands- bzw. Familienrecht zu liberalisieren. Siehe dazu M. Al-Ahnaf: „Maroc. Le Code du statut personnel", in: *Monde arabe/Maghreb-Machrek* (Paris), Nr.145, juillet–septembre 1994, S. 12f.

11 *ar-Raya,* Nr. 248, 15. Mai 1997, S. 7.

12 Siehe *al-Hayat* (London), 23. 5. 1997. Laut Binkiran hatte *Harakat at-Tauhid wa-l-Islah* 1500 Kandidaten aufgestellt. Die Entscheidung al-Khatib's erfolgte offensichtlich auf Intervention „von oben". Siehe dazu *Maroc Hebdo International,* Nr. 276, 31. 5.–6. 6.1997.

13 *ash-Sharq al-Awsat* (London), 6. 6. 1997.

Zwischen Humphrey Bogart und der Großen Moschee:

Casablanca auf der Suche nach Identität

Raffaele Cattedra

Der Blick ist nunmehr vollkommen verbaut durch Betonmassen und ein rechteckiges Hotel, das mit Rik's Bar ausgestattet ist, mit Bezug auf den Film von Michael Curtiz und als verkehrtes Erkennungszeichen". (Mostafa Nissabouri, „Casablanca, fragments d'une memoire dispersée")[1]

Es gibt nicht viele Bücher über Casablanca,[2] aber es gibt einen Film, der den Mythos begründet hat. Ein Film, der während des Zweiten Weltkriegs in Hollywood gedreht wurde und in dem das Bild der Stadt nicht vorkommt. Wie mir ein Vertreter der Stadtgemeinde mitteilte, will man, inspiriert durch das Dekor des Films, eine echte „Rik's Bar" einrichten, die bisher nur in den kalifornischen Studios und seit einigen Jahren als „Bar Casablanca" in der Halle eines großen Hotels im Stadtzentrum existiert hat. Auf diese Weise sollen die Touristen nicht mit dem enttäuschenden Gefühl wegfahren, daß ihr Traum zerplatzt ist: Bogart und Ingrid waren nie in Casa! Im Moment können Touristen in dieser Stadt, die von Reiseleitern gemieden wird, die Große Moschee besichtigen, die einzige Moschee Marokkos, die auch für Nicht-Muslime geöffnet ist.

Casablanca bräuchte also den schönen Schein, um besprochen, repräsentiert und sogar erlebbar zu sein. Es ist eine Stadt fast ohne Geschichte, mit wenigen Denkmälern und Spuren aus der Vergangenheit, eine koloniale Stadt, eine neue Stadt des 20. Jahrhunderts. Im Vergleich mit den Königsstädten (Fes, Marakesch und Meknes) und den *hadariyya* genannten Städten (Fes, Sale und Tetouan) hat Casablanca schlechte Karten. Die ersteren sind als Städte der Macht bekannt, die den wandernden Sitz des *Makhzen* (des Königshofes) beherbergt haben. Die anderen sind dafür bekannt, urbane Kultur und ein Modell der Urbanität gezeigt zu haben.[3] Dies erinnert vor allem die alteingesessenen Einwohner von Fes daran, daß sie etwas für immer verloren haben: Denn hat ihre Stadt nicht den Rang der alten Hauptstadt? Im Namen einer arabisch-islamischen Authentizität bemächtigen sie sich, unterstützt von fürsorglichen orientalistischen Schmeicheleien einer Art Erinnerung an Ibn Khaldun aus dem 14. Jahrhundert, obwohl dieser eher eine universelle und ästhetische Definition städtischer Lebensweise geliefert hat: „Wie man weiß, besteht seßhafte Kultur darin, alle Arten von Luxus zu übernehmen, die Verfeinerungen zu pflegen, die den Luxus begleiten, sich den Fähigkeiten zu widmen, die einen Hauch von Eleganz in die Kochkunst, die Mode, die Architektur, die Teppichkunst, die Porzellankunst und die Hauswirtschaft bringen."[4]

Im Gegensatz dazu wird Casablanca, dessen Einwohnerzahl im Verlauf dieses Jahrhunderts von 25 000 auf ca. 5 Millionen angewachsen ist, oft beschrieben als eine Stadt ohne Kultur, ohne Städter, ohne Seele, entstanden aus Geld und Industrie. Hier, im wirtschaftlichen Zentrum des Landes, passiert alles schnell und hinterläßt kaum Spuren. Als Zeuge einer rauhen und unbeständigen Gegenwart erscheint die Stadt als eine Stadt der Revolten und Aufstände.[5] Sie war, nachdem sie unter dem Namen Anfa Hauptstadt des erblichen und rebellischen Berber-Königreichs Berghwata gewesen war, mehrmals zerstört worden (von den Portugiesen im 15. Jahrhundert und von einem Erdbeben erschüttert) und wurde vom Alawitensultan Muhammad B. Abdallah um 1780 wieder aufgebaut. Sie wurde „zum dritten Mal wiedergeboren" (Adam) im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, indem sie die Tore Marokkos dem kolonialen Einfluß Frankreichs öffnete.

Opfer einer Ungerechtigkeit

„Aber Casablanca ist eine tausendjährige Stadt," bemüht sich Maître Sanhaji voller Emotionen zu wiederholen. Er ist für seine Leidenschaft für Geschichte bekannt und arbeitet im Tourismusverband. „Sie ist älter als Fes, Marrakesch, Kairo und viele andere Städte, deren Namen Glück gebracht haben", sagt er. Wo sind die Spuren, die die Phönizier, die Karthager, vielleicht die Römer hinterlassen haben und viel früher noch der Homo Erectus von Sidi Abderrahman, der Ende der 50er Jahre entdeckt wurde, auferstanden nach mehr als 400 000 Jahren? Diese Spuren sind über die Jahrhunderte aus dem Gedächtnis gestrichen, begraben in den Ruinen, ertrunken unter den Ankern der offiziellen dynastischen Geschichtsschreibung, im Beton versunken und versteckt unter dem Pflaster und Asphalt der Straßen dieser gewaltigen Metropole des 20. Jahrhunderts. „Casablanca ist Opfer einer Ungerechtigkeit", meint er.

Also bezieht die städtische Identität Casablancas ihr Modell nicht aus einer Ablagerung urbaner Kultur, die in der Echtheit der islamischen Architektur festgeschrieben ist. Vielmehr hat Casablanca keine städtische Identität. Im 20. Jahrhundert wurde die Stadt aus mehreren Zuwanderungswellen aus ganz Marokko geschmiedet (Händler aus Fes, Berber aus Souss, Juden aus dem Landesinneren, Bauern der Chaouiya) und durch die Ankunft von Franzosen, Spaniern, Italienern, Portugiesen und anderen, die nicht nur aus ihren eigenen Ländern, sondern auch aus Algerien, Tunesien und Sizilien kamen, im Kontext der Konfrontationen, die die „koloniale Gesellschaft" produziert. Das gegenwärtige Wesen der Stadt manifestiert sich in einer Vielzahl von Lebensweisen, in vielen Techniken und räumlichen Organisationformen, in viel Armut und

viel Reichtum, in viel Zwang wegen der Hautfarbe, in vielen Sprachen und Akzenten (Casablanca ist die größte Berberstadt der Welt) und in vielen Arten des Konsums und des Habitus. Während sich an den Rändern die ersten Slums bildeten (der französische Ausdruck für Slum „bidonville" stammt aus Casablanca), verleiht die schwindelerregende Avantgarde-Architektur der Stadt ein amerikanisches Aussehen. In beiden Fällen wird eine Tradition der Modernität begründet, die zur Wesensart der Stadt wird. „Das lustige Durcheinander von Casa, Faszination der Modernität, des Lärms und der Schnelligkeit, das Entzücken, von einer pulsierenden Stadt mitgerissen zu werden ... Schnell verdientes Geld wird schnell ausgegeben ... Casablanca: das afrikanische Marseille; man sagt kurz Casa, das ist der Hafen, das ist der Bahnhof ... man kann mit amerikanischen Straßenkreuzern fahren ... weder die Straßen von Nizza noch die von Deauville sind mit so vielen Luxuslimousinen verstopft."[6]

Kein Wunder also, wenn uns diese Heterogenität, diese „Diversifikation der urbanen Kultur" (*tafannun al-hadara*), wie Ibn Khaldun sagen würde, zurückführt auf das Thema der Verfeinerung urbaner Kultur, das er im 14. Jahrhundert beschrieben hat. Ein Widerspruch der Zeiten: die gleichen Elemente, auf die man zurückgreift, um die traditionelle städtische Identität von Fes festzulegen, sind immer noch da. Aber jetzt sind sie geeignet, das Wertesystem und die Rhythmen der gegenwärtigen städtischen Identität Casablancas zu beschreiben: Luxus, elegante Architektur, Prunk, verschiedene Küchen und internationale Speisen, piekfeine Kleider und Modeboutiquen und das Durcheinander am Rande der Armut. Man kann in einem 1955 in Marokko erschienenen Immobilienführer folgendes lesen: „Eigentümer eines Apartments in der Wohnanlage Rio zu werden, heißt nicht nur einen Wohnsitz hoher Qualität in einer prestigeträchtigen Wohnanlage zu erwerben, sondern es heißt auch, teilzuhaben an dem neuen Lebensstil Casablancas, der Wohlbefinden und Muße wieder zu ihrem Recht verhilft."

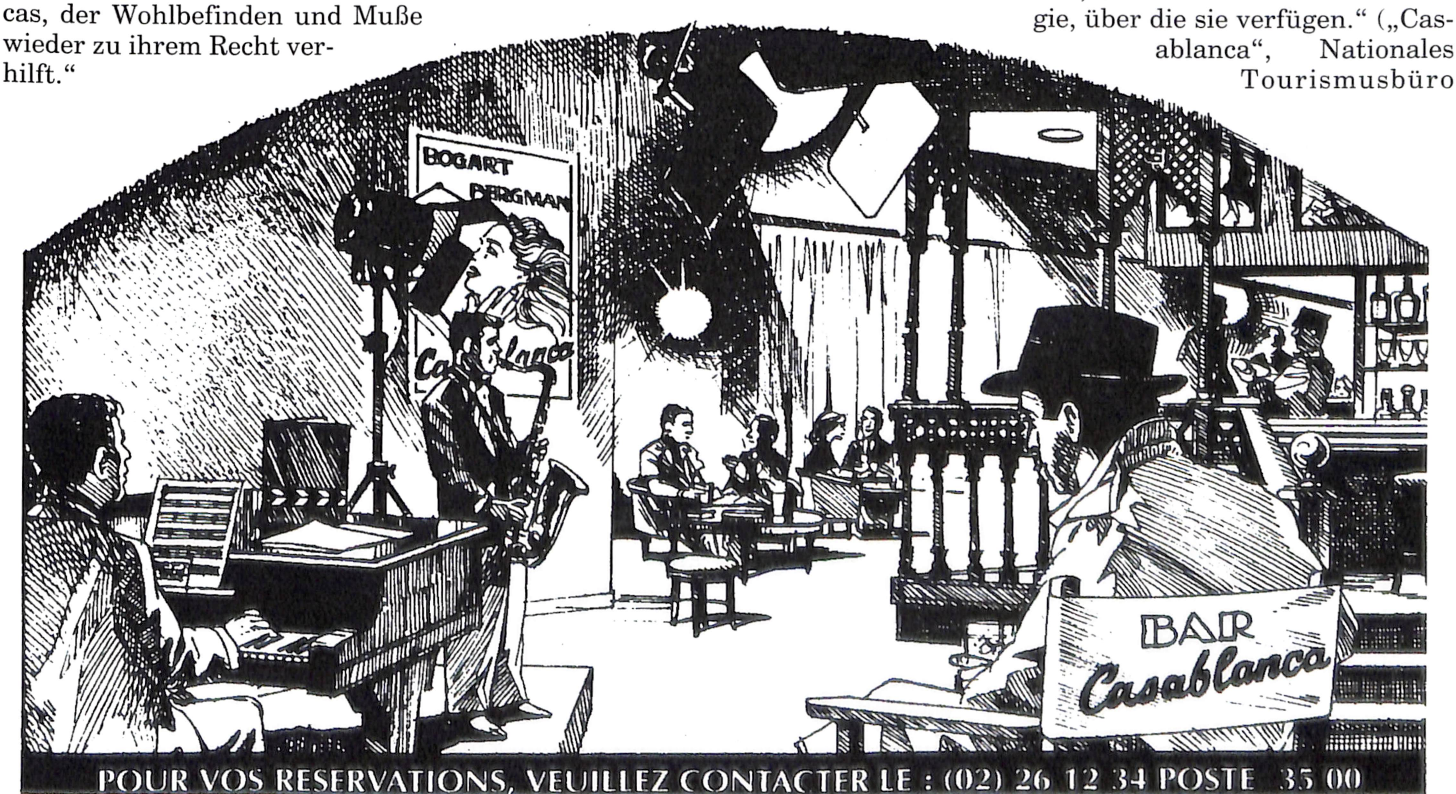
Wunder des urbanen Projekt

„Casablanca ist nach meiner Kenntnis die einzige französische Tat, außer dem (Ersten) Weltkrieg, die die Amerikaner erstaunt hat ... weil diese Stadt ein gewaltiges Wunderding ist, eine unvergleichliche Realisierung des französischen Genius", schreibt P. Dumas, um den Bau des Hafens zu rühmen (Le Maroc, Arthaud 1931). Die Adjektive, die die Beschreibungen der Stadt im 20. Jahrhundert begleiteten, waren „außergewöhnlich" und „wunderbar". Aber es handelt sich nicht, zumindest zu Beginn, um Wunder von Heiligen aus der Welt des Sakralen. Das Wunder ist das der Energie, der Meisterschaft und des Wissens des Okzidentalen über ein unberührtes kolonisiertes Land. Es ist das Wunder der Technik und es ist der Mensch, der sich selbst und die wilden Kräfte der Natur herausfordert in dem spektakulärsten Beispiel: dem Hafen, der gegen die Dünung des Ozeans gebaut wurde.

Gerade an diesem Ozean, der westlichen Grenze des *dar-al-islam* (des islamischen Gebietes), verbindet sich 60 Jahre später die Virtualität des technischen Wunders mit dem Heiligen und dem Islam, mit Werten, die immer in Casa – der Stadt des Westens – gefehlt haben. Eine große Moschee, ähnlich dem Templo Mayor (der aztekischen Pyramide, die 1978 im Zentrum von Mexiko-Stadt wiedererrichtet wurde) wurde aus dem Meer in Casablanca errichtet, durch den Willen des Souverän: „Und der Thron Gottes war über dem Wasser", heißt es im Koran.

Urbi et Orbi

„Vom Himmel aus sieht man nur sie. Errichtet über dem Ozean erinnert sie an ein heiliges Kirchenschiff. Auch wenn sie die Heiligkeit nur vom Himmel bezieht, zu ihrer Größe und Schönheit haben die Menschen beigetragen mit all der Liebe, der Kunst und der Technologie, über die sie verfügen." („Casablanca", Nationales Tourismusbüro



Marokkos 1994) Wenn der Templo Mayor das Zentrum der Welt war, Axialpunkt zwischen Zenit und Nadir sowie Garant der kosmischen Ordnung, dann ist die Große Moschee Hassan II. die symbolische Artikulation des Meeres, der Erde und des Himmels: eine Neugründung Casablancas durch eine Geste der muslimischen Neubewertung des Raumes. Vom Minarett des höchsten religiösen Gebäudes der Welt aus verbreitet sich die Botschaft der Laserstrahlen: Urbi et Orbi (von Casablanca aus in den Orbit).

Einige Jahre vor der Einweihung hatte C. Laroussi, Direktor des Büros MAP in Paris, erklärt: „Das Minarett, sichtbar auf hunderte von Kilometern, wird an die Stelle des Leuchtturms des Hafens von Casablanca treten, als Symbol eines aufgeklärten, gastfreundlichen und heilsamen Islam. Von dem 172 Meter hohen Minarett wird fünf Mal täglich die Stimme des Muezzins erklingen, der zurecht im Guinness-Buch der Rekorde verzeichnet werden wird. In der Tat wird seine Stimme auf dem höchsten Sakralbau der Welt gipfeln, vor der Cheops-Pyramide (146 m) und dem Petersdom (132 m).“ (Le Monde 2. 11. 87)

Das Bild der Großen Moschee beginnt sich also durchzusetzen.[7] Es erscheint sogar auf Postkarten. Auf einer Postkarte überlagert die Ikone der Großen Moschee eine Landkarte von Groß-Marokko. Die Identifikation der Moschee mit dem ganzen Land ist selbstverständlich. Auf der Rückseite kann man auf Französisch lesen: „Die Große Moschee Hassan II; historisches Monument“; im arabischen Text darunter steht: *„ma'lama al-khulud“*. Das bedeutet nicht exakt „historisches Monument“, sondern eher „Enzyklopädie der Ewigkeit“. Von einem auf die Gegenwart ausgerichteten Zeitbegriff, der konkret und immanent ist (durch die physische Stofflichkeit des gerade errichteten Monumentes) gleitet man also durch Vermittlung der Vorstellungskraft der Postkartengestalter zu einem kosmischen Zeitbegriff, der sich selbst außerhalb der Geschichte stellt: die Ewigkeit ohne Anfang und Ende.

Fenster und Arkaden

Diese Moschee ist dennoch Herzstück eines Programms zur Umstrukturierung des Stadtzentrums von Casablanca. Zwei wichtige Vorhaben sollen folgen: die Avenue Royale (Königsstraße) und die Nouvelle Corniche (neue Uferstraße). Das erste ist die Schaffung einer Verbindungsachse zwischen der Moschee und dem Stadtzentrum, indem das westliche Viertel der alten Madina durchschnitten wird.[8] Unter all den Dokumenten, die die Stadtplaner produziert haben, ist eines, das heraussticht und sich als Sinnbild zeigt. Es handelt sich um eine farbige Zeichnung, die ein „virtuelles“ Bild der Avenue Royale zeigt. Sie wurde um 1987 von einem unbekannten Zeichner erstellt, der am Projekt der Moschee mitgearbeitet hat. Sie hing wie ein Gemälde an der Wand des Büros der Agence Urbaine de Casablanca. Eine große achtspurige, von Palmen gesäumte Achse war vor dem Hintergrund der Großen Moschee zu sehen. Hohe Gebäude an beiden Seiten, deren Fassaden abwechselnd verglast und mit neoklassischen Säulen geschmückt sind, lassen den Stil der Anlage eklektisch erscheinen. Im Erdgeschoß sind eine Reihe von Geschäften; durch Arkaden gelangt man zu zwei Parkspuren. Große amerikanische Straßenkreuzer (aber nicht mehr aus den 30er Jahren) und einige nach internationaler Mode gekleidete Fußgänger vervollständigen das Gemälde.

Dieses Bild, eine Perspektive, wie die Architekten sagen, ist weder die Wiedergabe eines Plans, noch eine Schnittzeichnung, noch nicht einmal Abbild eines Projektes. „Es ist ein graphischer Entwurf über ein Detail der Fenster und Arkaden“, sagt uns ein Architekt aus Casablanca. Hier sind wir auf einer ersten Stufe. Die Idee einer Verbindungsachse zwischen der Moschee und dem Stadtzentrum nimmt das Bild einer Perspektive zum Vorwand, und lange bevor die Durchführbarkeitsstudien erstellt wurden, entstand ein Übersichtsplan.[9]

Wir gehen nun zu einer zweiten Stufe über. Das Bild, das bisher Stadtplaner und Techniker beschäftigte, findet das Interesse der Medien. Zwei Dinge machen diesen Schritt notwendig: zum einen der große Medienrummel, der zur Einweihung der Moschee im August 1993 eingesetzt wurde, und zum anderen das Verfahren zur Einführung der Arbeiten an der Verbindungsachse durch Aktionen, die das Projekt öffentlich legitimieren sollten. Also erschien das Modell der Avenue Royale auf den ersten Seiten der marokkanischen Presse, im Fernsehen und auf Werbeplakaten. Diese Entwicklung setzte Anfang 1995 ein und wurde im August desselben Jahres überdeutlich, in Übereinstimmung mit den Arbeiten am ersten Abschnitt: Abriß der Häuser und Umsiedlung von 500 betroffenen Familien.[10] Auf dieser zweiten Stufe beginnt sich eine Zweideutigkeit hinsichtlich der Bedeutung des Bildes zu zeigen. Die Legenden, die die Perspektive der Avenue

Royale in der Presse erklären, entschleiern alle Zweideutigkeit des Bildes, das als Projekt, Perspektive, zukünftiger Blick, Entwurf oder Zeichnung beschrieben wird. Das Projekt, die Simulation und die Realität verschmelzen. Aber diese Zeichnung setzt sich inzwischen durch, wird wahrscheinlich Muster bleiben, das Modell, das die Architektur der Avenue Royale bestimmt.

Noch einmal schöpft Casablanca aus der Einbildung, um ein Bild von sich selbst zu bieten. In einem Prozeß der Verbildlichung zeigt sich Casablanca als virtueller Raum, zwischen einem Monument, das schon historisch ist, also zur Vergangenheit gehört, und visionärer Stadtplanung, die in die Zukunft weist.[11] Die Landschaft Casablancas, bedeckt mit Parabolantennen, den Empfängern für Bilder von außen, und mit Minaretten, den Sendern der Gemeinde der Gläubigen, schmückt sich mit Glaspalästen, neuen Bankzentralen, einer neuen Börse und einem Wolkenkratzer mit 20 Stockwerken. Aber wo ist in dieser Übersinnlichkeit der Zeit und der Bilder die Identifikation mit der Gegenwart? Die Unbeständigkeit der Gegenwart ist keine einfache Folgeerscheinung.

Montag, 19. Mai. Der monotone Widerhall von „Radio Medi Un“: Zaire hat den Namen geändert; der Siedlungsbau in Palästina wird fortgesetzt; in Algier sind Steckbriefe der gesuchten Islamisten ausgehängt worden ... Eine lokale Mitteilung schließt sich an die internationalen Nachrichten an. In einem Bidonville von Casablanca hat es in der Nacht gebrannt. Mit Hilfe der Bevölkerung des Viertels Ben M'sik ist es der Feuerwehr gelungen, die Flammen nach zwei Stunden zu löschen. Die Ursache des Feuers ist unbekannt ... Man zählt 96 Verletzte, 116 zerstörte Baracken und ebenso viele obdachlose Haushalte. Die Regierung hat 1 000 000 Dirham als außerordentliche Hilfe für die Opfer zur Verfügung gestellt. Am nächsten Tag sind in Casablanca Gerüchte im Umlauf, daß der Vorfall mehr als zehn Todesopfer gefordert habe.

■ *Raffaele Cattedra ist Mitarbeiter am Institut de Recherche sur le Maghreb Contemporain in Rabat.*
Übersetzung: Reinhard Fischer

---

1 Institut Francais de Casablanca (Ed.): Casablanca. Fragments d'imaginaire. Textes et photographies. 1997.

2 Darunter: Miège J.-L. und Huges, S.L.: Les Européens à Casablanca au XIX .siècle 1856-1906. Paris, Larousse 1954; Adam, A: Histoire de Casablanca (des origines à 1914). Aix-en-Provence, Annales de la Faculté des Lettres, Ed. Ophry 1968; Adam, A.: Casablanca. Essai sur la transformation de la société marocaine au contact de l'Occident. Paris, CNRS 1968; Ecochard, M.: Casablanca. Le roman d'une ville. Paris, Édition de Paris 1955; Dermouni, M. und Léonard, G.: Casablanca. La parole et la trace. Casablanca, Afrique Orient 1987; Ossman, S.: Picturing Casablanca. Portraits of Power in a Modern City. University of California Press, Berkley 1994; Kaioua, A.: Casablanca. L'industrie et la ville. URBAMA/ C.U.C., Casablanca 1997.

3 Siehe M. Lussault und P. Signoles (Hrsg.): La citadinité en questions. URBAMA, Tours 1996.

4 Ibn Khaldun, *al-muqaddima* . Dar al-kutub al-'ilmiyya , Beirut 1994. Übersetzung nach V. Monteil: Discours sur l'histoire universelle. Beirut 1967, Vol. II, Seite 766.

5 M. De La Varde: Casablanca, ville d'émeute. André Martel, Paris 1955; N.-L. Berneheim: Labyrinthes de Casablanca, ville frondeuse, Le Monde Diplomatique, Februar 1994; M. Bennani-Chraibi: Soumis et rebelles: les jeunes au Maroc. Casablanca, Le Fennee 1995; A. Rachik: Villes et pouvoir au Maroc. Afrique Orient. Casablanca 1995.

6 J. Ravennes: Le Maroc. Aux portes du Sud. Paris. Alexis Radier (1932).

7 Das Minaret wurde später noch auf 200 m erhöht. Es ist ein gewaltiger Monumentalkomplex und eine der größten Moscheen der Welt. Auf einer Fläche von 9 ha, zum Teil auf künstlich aufgeschüttetem Land, besteht die Anlage aus mehreren Teilen: dem Moscheegebäude auf mehreren Ebenen mit Gebetsraum, Madrasa, Hammam und Waschräumen, einem Vorplatz und zwei Nebengebäuden, Bibliothek und Museum. Ein unterirdisches Parkhaus ist noch nicht fertiggestellt. An den Kosten, die offiziell 5 Milliarden Dirham betragen, beteiligen sich auf die eine oder andere Weise alle Marokkaner.(P. Bras: La mosquée Hassan II et le paradis. In: Annuaire de l'Afrique du Nord 1989.)

8 Der erste Abschnitt dieses Durchbruchs wird 500 m lang und 60 m breit, der zweite 300 m lang und 30 m breit.Wie eine Studie, die 1989 von der Agence Urbaine de Casablanca erstellt wurde, ergab, leben auf dieser Fläche 20.000 Familien, etwa 120 000 Personen, die umgesiedelt werden müssen. Juristisch-administrative Maßnahmen wurden ergriffen, um all das zu regeln. Mit dem Bau des neuen Stadtviertels Cité Nassim, in dem ein Teil der Betroffenen wohnen soll, wurde begonnen.

9 Im Rahmen der Voruntersuchungen wurden 1989 zwei Studien – eine Bodenuntersuchung und eine sozio-ökonomische – durchgeführt, also lange, nachdem das Bild der Perspektive erstellt wurde.

10 Nicht nur für die direkt Betroffenen sind die technischen, juristischen und stadtplanerischen Verfahren der ganzen Operation von Interesse, sondern sie sind inzwischen zu einer Angelegenheit des öffentlichen Interesses geworden durch Demonstrationen und Treffen, auf denen das Projekt bekannt gemacht wurde, namentlich auf dem Salon de l'urbanisme im November 1995.

11 Mit der Hilfe von Experten werden städtebauliche Entscheidungen getroffen und realisiert, d.h. Utopien werden übertragen. L. Stetz: La politique symbolique. Paris PUF. 1978.

Aicha Ech-Channa:

Sozialarbeiterin aus Casablanca

Katrin Schneider

Marokko im März 1997. Der Versuch, Aicha Ech-Channa zu treffen, scheitert. Erst ist sie in Paris, dann in Marseille, dann in Brüssel. Die 55jährige Sozialarbeiterin aus Casablanca reist durch Europa, um ihr 1996 in Casablanca erschienenes Buch *Miseria* zu präsentieren. Unglaublich, daß die Mutter von vier Kindern die Energie hat, neben ihrer aufreibenden täglichen Arbeit in den ärmsten Vierteln Casablancas noch durch die Welt zu reisen, um auf das Schicksal von ausgesetzten Kindern, vergewaltigten Frauen, alleinstehenden Müttern und mißhandelten Mädchen in ihrem Heimatland aufmerksam zu machen.

Um diese Marginalisierten der marokkanischen Gesellschaft geht es in *Miseria*. Zeugnis ablegen, das will Aicha Ech-Channa mit diesem Buch. Sie berichtet darin von 27 Schicksalen, mit denen sie im Laufe ihrer 35jährigen Tätigkeit als Sozialarbeiterin konfrontiert wurde. Diesen 27 Menschen hat sie in irgendeiner Form geholfen, wie so vielen anderen während ihrer langjährigen Tätigkeit. Sie hat Recherchen angestellt, um die Eltern von Kindern wiederzufinden, die sie auf der Straße oder in Sozialstationen aufgegabelt hat, von der kleinen Ouarda, von Mohammed, vom kleinen Robert, dessen Vater in Mali wohnt. Sie ist von Dorf zu Dorf gefahren, hat sich durchgefragt. Hat Gelder beschafft für dringende Operationen, hat Plätze bei „Terre des Hommes" gefunden für Kinder, die auf der Straße lebten. Hat sich mit Behörden angelegt, um Veränderungen in der sozialen Infrastruktur Marokkos zu bewirken.

Aicha Ech-Channa klagt ihre Gesellschaft an, indem sie Fakten darlegt. Sie berichtet sachlich, ohne Umschweife und ohne moralische Wertung.
Sie ist keine Literatin, das Buch wäre ohne den Einsatz von Leila Chaouni, der engagierten Inhaberin des Verlages Le Fennec, wahrscheinlich in dieser Form nie veröffentlicht worden.

Die Geschichten, die Aicha Ech-Channa erzählt, sind auch Berichte über die sozialen Gegensätze in Marokko. So z.B. die Geschichte der neunjährigen Aicha: Als Aicha Ech-Channa sie in einem Krankenhaus in Casablanca trifft, weist ihr Körper Spuren schwerster Mißhandlungen auf. Brandmale, zerfetzte Lippen, eine plattgedrückte Nase wie die eines Boxers, Blutergüsse um die Augen herum, eine Beule am Hinterkopf. Sie war von einem Chirug in Tetouan aufgelesen worden, der sie nach Casablanca mitgenommen hatte, um einen nie behandelten Bruch ihrer Hand zu operieren. Nach der Operation kümmert sich Aicha Ech-Channa als Sozialarbeiterin um das Kind, reist mit ihm nach Tetouan, um es wieder bei seiner Familie abzugeben. Ins Krankenhaus nach Tetouan kommt eine etwa fünfzigjährige sehr elegante Frau, die sich als Mutter von Aicha ausgibt. Wie sich bald herausstellt, ist es ihre Pflegemutter. Aichas leibliche Mutter – inzwischen tot – hatte sich als fliegende Händlerin durchgeschlagen. Als sie mit Aichas kleiner Schwester schwanger war, sprach Aichas Pflegemutter sie auf dem Markt an und überredete sie, ihr das Baby sowie Aicha zur Pflege zu überlassen. Sie könne schließlich den Kindern einen wesentlich höheren Lebensstandard bieten. Das Kalkül dahinter: Aichas Pflegemutter konnte selbst keine Kinder bekommen, das Baby wurde daher wie ein eigenes Kind verwöhnt, während Aicha als *petite bonne*, als „Mädchen für alles" mit aufgenommen wurde.

Als die neunjährige Aicha genug Vertrauen zu Aicha Ech-Channa gefaßt hat, erzählt sie, daß ihr ihre scheußlichen Verletzungen allesamt von ihrer Pflegemutter zugefügt worden waren. Warum? Mal, weil sie bei der Hausarbeit gesungen, mal weil sie einen Teller zerbrochen oder ihre Arbeit nicht schnell genug erledigt hatte.

Aicha Ech-Channa setzt sich dafür ein, daß der Fall vor Gericht kommt. Und sie macht sich auf die Suche nach der Familie von Aicha, findet tatsächlich in einem abgelegenen Dorf den Onkel von der Kleinen, der bereit ist, Aicha bei sich aufzunehmen, obwohl er in armseligen Verhältnissen lebt. Sie ist der Meinung, daß es für das Kind besser ist, trotz Armut, im Kreis seiner Familie aufzuwachsen.

Petite bonne

Die Geschichte von der neunjährigen Aischa ist kein Einzelfall. Immer wieder taucht in den *Témoignages* (Zeugnisse) – so der Untertitel zu *Miseria* – das Problem der *petite bonne* auf. Fast in jedem gutsituierten städtischen Mittelklassehaushalt gibt es sie, die *bonne*, die meist mit im Haushalt wohnt und für Kost und Logis und nicht mehr als ein Taschengeld den Haushalt führt und auf die Kinder der Familie aufpaßt. Häufig handelt es sich um Kinder im schulpflichtigen Alter, deren Familien auf dem Land wohnen und aufgrund materieller Armut ihre Töchter zu entfernten Verwandten oder ehemaligen Dorfbewohnern in die Stadt schicken. So ist eine Person weniger im Haushalt und unter Umständen bezieht die Familie noch ein zusätzliches Einkommen. Denn häufig wird das geringe Taschengeld nicht an das Mädchen direkt gezahlt, sondern an seine Eltern.

Wenn die Mädchen Glück haben, werden sie von ihren Arbeitgebern wie Pflegekinder behandelt und in die Schule geschickt. Aber das ist oft nicht der Fall. Häufig genug kommt es zu Mißhandlungen, im schlimmsten Fall zu Vergewaltigungen. Wird ein Mädchen schwanger, verliert es seine Arbeitsstelle und wird meistens auch noch von seiner leiblichen Familie verstoßen. Denn eine Tochter mit einem unehelichen Kind zu haben, ist nach wie vor mit einem sozialen Stigma für die gesamte Familie verbunden. Da ist es besser, die Tochter samt Baby auszustoßen. Dieser bleibt dann mit ihrem Baby – sofern sie es nicht sofort aussetzt – nur der Weg in die Prostitution oder das Betteln auf der Straße.

Das Thema *bonne* ist weitgehend tabu in der marokkanischen Gesellschaft, eine Reportage des Fernsehsenders 2M zum Thema durfte nicht gezeigt werden.

Auch ein anderes Tabu wird in dem Buch *Miseria* angesprochen, wenngleich nur am Rande. Das Thema Vergewaltigung. Ein Mädchen berichtet von wiederholten Vergewaltigungen durch ihren Vater. Sexuellen Mißbrauch innerhalb der Familie hält Aicha Ech-Channa für weitverbreitet.



„Solidarité feminine"-Organisatorin Aicha Ech-channa *Foto: Anna Weise*

Solidarité Feminine

Aicha Ech-Channa hat 1995 am NGO-Forum der Pekinger Weltfrauenkonferenz teilgenommen.
Sie stellte dort die Organisation Solidarité Feminine vor, die sie 1985 zusammen mit einigen anderen marokkanischen und französischen Sozialarbeiterinnen in Casablanca gegründet hat und für die sie als Präsidentin noch immer einen großen Teil ihrer Zeit aufbringt.

Die Idee dieses Projektes, das 1995 mit dem französischen Menschenrechtspreis ausgezeichnet wurde, kam Aicha Ech-Channa nach dem Besuch eines Waisenhauses als junge Sozialarbeiterin. Sie war von den Verhältnissen dort derartig schockiert, daß sie beschloß, etwas dafür zu tun, daß Frauen, die uneheliche Kinder auf die Welt bringen, diese behalten können.

Als Solidarité Feminine 1985 gegründet wurde, konnte die Zielgruppe allerdings noch nicht so klar benannt werden. Denn Frauen mit unehelichen Kindern galten und gelten nach wie vor als Prostituierte, und Prostitution ist strafbar.

So erzählte man damals den für die Genehmigung zuständigen Behörden, man wolle ein Projekt für alleinstehende Frauen, primär Witwen und Geschiedene, gründen.
Heute ist die politische und gesellschaftliche Situation liberaler, so daß die Dinge eher beim Namen genannt werden können.

Voraussetzung für eine Aufnahme bei Solidarité Feminine war von Anfang die Bereitschaft der ledigen Mütter, ihre Kinder zu behalten und großzuziehen. Zunächst versuchte man durch die Eröffnung eines Kindergartens, die Mütter von der Kinderbetreuung während des Tages zu entlasten. Bald stellten Aicha und die anderen Mitglieder des Komitees jedoch fest, daß die Frauen keine Arbeit fanden und gezwungen waren, ihren Unterhalt als Prostituierte zu verdienen. Es mußten also zusätzlich Einkommensquellen gefunden werden. Mittlerweile unterhalten die Frauen von Solidarité Feminine vier Kioske, an denen sie vor Krankenhäusern Getränke und Speisen verkaufen, eine Schulkantine und zwei Restaurants, in denen Berufstätige aus der Umgebung eine billige Mahlzeit zu Mittag essen können.

Die zur Zeit 24 Frauen bilden zwei Gruppen, die jeweils ihre finanziellen Angelegenheiten selbst verwalten. Die Einnahmen einer Gruppe werden – nach Abzug der Beiträge für die Kranken- und Unfallversicherung und der Rücklage für einen einmonatigen Urlaub pro Jahr – zwischen den Gruppenmitgliedern gleichmäßig aufgeteilt. So werden Krisen einzelner Frauen, denen die meisten nach ihren traumatischen Erfahrungen immer wieder ausgesetzt sind, von der Gruppe materiell aufgefangen. Solidarität unter Frauen, wie es der Name des Vereins besagt; Solidarität, die allerdings immer wieder durch Interventionen der Sozialarbeiterinnen nach Konflikten innerhalb der Gruppe mühsam hergestellt werden muß.

Zur Zeit versuchen die Frauen von Solidarité Feminine eine neue Einkommensquelle zu erschließen: Auf Bestel-

lung werden marokkanische Süßigkeiten und Gerichte geliefert. Für viele der Frauen-NGOs Casablancas, in denen Frauen der Mittelklasse auf Seminaren über die *Mudawana* (das marokkanische Personenstandsrecht), ein neues Arbeitsgesetz oder die Schwierigkeiten bei Unternehmensgründungen diskutieren, ist es mittlerweile selbstverständlich, daß die Verpflegung der Seminarteilnehmerinnen bei Solidarité Feminine bestellt wird. Dort ist man stolz auf den Erwerb zweier PKWs, durch den dieser Lieferservice erst möglich geworden ist.

Solidarité Feminine ist als Durchgangsstation gedacht, als Möglichkeit für Frauen am untersten Ende der sozialen Skala, wieder eine innere Stabilität zu finden, von der Straße und der Prostitution wegzukommen. Seit der Gründung waren insgesamt 42 Mütter Mitglied von Solidarité Feminine. Verläßt eine Frau Solidarité, wird eine neue Frau aufgenommen. Und damit sind wieder eine Reihe von neuen Probleme zu lösen.

Ein Beispiel ist die Geschichte von Karima, auch sie nachzulesen in *Miseria*. Karima wuchs in einem Waisenhaus auf, weil ihre Mutter zu arm war, sie nach der Verstoßung durch Karimas Vater bei sich zu behalten. Mit 14 Jahren wird sie schwanger. Sie wurde nicht vergewaltigt; es war eine Liebesbeziehung mit dem Nachbarjungen. Vor dem Gericht weigert sich Karima den Namen des Vaters bekanntzugeben; wohl aus Rache an ihrer Mutter, von der sie sich verraten fühlt. Karima bringt eine Tochter auf die Welt, verdient ihren Unterhalt als Prostituierte. Sie hat das Glück, bei Solidarité Feminine zu landen. Sie ist ein Problemfall in der Gruppe, sie stiehlt, lügt, hat wechselnde Beziehungen zu Männern. Irgendwann verliebt sie sich in den Bruder einer Freundin. Dieser ist drogen- und alkoholabhängig. Karima will ihn heiraten, die Sozialarbeiterinnen von Solidarité Feminine versuchen, sie davon abzubringen. Denn wenn sie heiratet, kann sie nicht in der Gruppe bleiben. Karima setzt sich durch und heiratet den Mann. Um Geld für den Drogenkonsum ihres Mannes und ihren eigenen Unterhalt zu beschaffen, bettelt sie auf der Straße. Eines Tages erhält Aicha Ech-Channa den panischen Anruf der Schwester des Ehemannes: Ihr Bruder habe soeben im Beisein von Karima deren zweieinhalbjährige Tochter vergewaltigt. In solchen Situationen heißt es für Aicha Ech-Channa die Nerven bewahren; sie läßt die Anruferin samt Kind und Karima sofort in das nächste Krankenhaus kommen.

Das Kind hat bereits viel Blut verloren, kann aber gerettet werden, der Ehemann landet im Gefängnis. Karima wird wieder in eine Gruppe von Solidarité Feminine aufgenommen, drei Monate später ist sie erneut schwanger, von einem anderen Mann. Mit zwanzig Jahren hat sie bereits drei Kinder. Sie gerät immer wieder in Schwierigkeiten, Aicha Ech-Channa versucht zu retten, was zu retten ist. Verhindert, daß Karima im Gefängnis landet. Ohne Solidarité Feminine wäre Karima nicht in der Lage, sich um ihre drei Kinder zu kümmern, die Gruppe gibt ihr einen gewissen Halt und gewährleistet die notwendigen regelmäßigen Einnahmen.

Aicha Ech-Channa zahlt für ihr Engagement einen hohen Preis. Zeitweise kann sie nur mit Beruhigungsmitteln leben, sie durchlebt Phasen großer Müdigkeit und Depressionen. Aber es ist für sie eine innere Notwendigkeit zu helfen, sie kann nicht tatenlos zusehen, wenn sie einen Menschen in Not sieht.

Dort, wo sie redet, erhält sie Ermutigung, reißt ihre Zuhörer mit. Mit dem Buch jedoch erreicht sie eine größere Zahl von Menschen, und darum geht es ihr. Sie will aufrütteln, jeden einzelnen zum Nachdenken anregen, zeigen was er selbst tun kann.

Die Medien in Marokko haben ihr Buch positiv aufgenommen, eine ganze Anzahl von Berichten, Besprechungen und Interviews sind erschienen. In einem der vielen Artikel, heißt es: „Sobald wir das Buch beendet haben, bereuen wir, daß wir es angefangen haben, daß wir es gelesen haben. Und sobald wir *Miseria* zugeklappt haben, hadern wir mit Channa ... Aicha Ech-Channa nimmt sich ein Recht heraus, das Recht sich einzumischen. Sie mischt sich nicht in das Leben der gefolterten *petite bonne* ein, die an Körper und Seele verbrannt wurde, sondern in unsere Behaglichkeit. Unsere Sicherheiten, unser Gewissen. Wir können nicht mehr sagen: Ich wußte von nichts. Ende der Ruhe...“

Zur Zeit wird *Miseria* ins Arabische übersetzt. Doch trotz allem sagt Aicha Ech-Channa: „Es ist so unglaublich schwierig, in einem Bereich zu arbeiten, der in unserer Gesellschaft tabu ist.“ Es ist zu hoffen, daß ihr die positive Resonanz auf ihre Arbeit genug Kraft gibt, ihren Weg weiterzugehen.

Ihr nächstes Ziel: Die Vergrößerung von Solidarité Feminine. Es soll ein großes Haus gekauft werden, in dem Platz ist für einen eigenen Kindergarten, ein Restaurant und ein Büro. Denn: „Auf den Straßen Casablancas leben so viele Frauen, die dringend Hilfe und einen Platz bei uns brauchen und die wir zur Zeit nicht aufnehmen können.“

■ *Katrin Schneider ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients der Freien Universität Berlin*

Erinnerung des Wassers

Der Komponist Ahmed Essyad

Norbert Mattes

Die Medina, die Altstadt, von Salé und die Medina von Rabat werden getrennt durch den Fluß Bou Regreg, der hier in den Atlantik fließt. In Salé wurde Ahmed Essyad 1939 geboren. Musikalisch geprägt von der arabisch-andalusischen Musik, wurde für seinen Lebensweg jedoch die Berührung mit der europäischen klassischen Musik ausschlaggebend. Insbesondere scheint Bachs Suite für Cello einen nachhaltigen Einfluß auf ihn ausgewirkt und mit zu dem Entschluß beigetraten zu haben, das geplante Philosophie- und Literaturstudium in Damaskus fallenzulassen. Er schrieb sich in Rabat im Konservatorium ein, wo er Lehrer fand, die offen waren für die Musik der Wiener Schule (Arnold Schönberg, Anton Berg, Anton Webern), für Copeland, Boulez usw. Ähnlich wie Bela Bartok in Ungarn, sammelte Ahmed Essyad im Atlasgebirge musikalisches Material der Berber. 1962 wurde er in Paris Schüler von Max Deutsch, einem der letzten Schüler Arnold Schönbergs. Bei ihm lernte er die großen Meister der Klassik respektlos musikalisch zu achten, aber auch sie zu überschreiten.



Ahmed Essyad

Ahmed Essyads musikalisches Handwerkszeug reicht von der Klassik bis zu den ersten Zwölftonkompositionen Josef Matthias Hauers, der Kompositionstechnik Arnold Schönbergs, Anton Weberns und der seriellen Kompositionstechnik, ohne irgendeiner besonders verpflichtet zu sein. In diesen Kontext gehört auch Bela Bartok. Bartok hatte das ungarische Liedgut wissenschaftlich ausgewertet und festgestellt, daß eine „vollständige Emanzipation von der Alleinherrschaft des bisherigen Dur- und Moll-Systems" möglich ist. Er befreite das erstarrte Tonsystem der Dur- und Mollskalen, um freier mit dem Tonmaterial umgehen zu können.

Ahmed Essyads zweites kulturelles Standbein ist sowohl die klassisch arabische Musikform des Maghreb, die andalusische *nawba* als auch das musikalische Erbe der Berber. Die *nawba* besteht aus Vokal- und Instrumentalstükken, die abwechselnd vorgetragen werden. Die Vokalteile beruhen auf der im Hocharabisch vorgetragenen Poesie *(muwashshah)*. Ihnen liegen die *maqam*-Reihen des arabischen Tonsystems zu Grunde, Tonleitern, die sich aus verschiedenen Sekundintervallen - große, mittlere und kleine - zusammensetzen können. Das arabische Tonsystem umfaßt heute 70 Modi oder *maqam*-Reihen. Die Ausführung eines *maqam* ist an eine bestimmte Gefühls- und Stimmungslage gebunden. Bei der arabischen Instrumentalmusik *(taqsim*, Plural: *taqasim)*, die ebenfalls den *maqam* zur Grundlage hat, spielt die Improvisation eine große Rolle.

Da uns bisher nur europäische Musikkritiker bekannt sind, die über Ahmed Essyads Musik geschrieben haben, bleibt auch die Frage nach der Auflösung der formalen Komplexität des *maqam* und *taqasim* unbeantwortet. Sollte er vergleichbares wie Bela Bartok gemacht haben?

Ahmed Essyad ist musikalisch ein Phänomen. Es wäre zu einfach zu sagen, in der Musik Essyads liegt eine Synthese zwischen europäischer und berberischer Tradition vor. Eine solche Aussage birgt die Gefahr der Reduktion auf das ethnische Element in sich. Das aber würde weder dem Künstler noch seiner Musik gerecht werden. Wie sehr sich Spezialisten abmühen, zeigt die Aussage des Komponisten Gérard Condé. Dieser sagt in seinem Aufsatz *Entre tradition et révolte*, daß Essyads Werk *Yasmina* eine Fusion zwischen dodekaphonischer Technik[1] und der berberischen Musik sei. Aber gleichzeitig muß er gestehen, daß ein französisches Ohr den Stil Ahmed Essyads in die Wiener Schule einordnen und auch manchmal Bartok heraushören kann, aber daß es ihm unmöglich sei, die berberischen Elemente herauszuhören.

Was ist also das Spezifikum der Musik Essyads, seines Kompositionsstils und des arabischen Erbes? Dies ist nicht leicht zu beantworten. Auf jeden Fall beherrscht Essyad die europäische Kompositionstechnik der Klassik und der Moderne und die arabische Musik, die er beide in seinen Kompositionen verarbeitet. Er kann wie kein anderer die Moderne aus beiden Kulturen gewinnen, weil er deren künstlerische Ausdrucksformen beherrscht. Er ist keiner der modernen „Grenzüberschreiter", seine Tonkunst ist zeitgenössisch und eigenständig, weil er sich in beiden Kulturkreisen souverän bewegt und auf modische Anbiederungen verzichten kann. Er benutzt nicht einfach die Mikrointervalle des arabischen Musiksystems als stilistisches Mittel in seiner Technik, um spezielle Klangfarben zu erhalten, sondern sie sind seinem Stil und seiner Methodik selbst immanent. Durch die Transformation des jeweiligen kulturell verschiedenen musikalischen Materials auf eine höhere Stufe stellt er dessen Eigentümlichkeit

heraus, aber in bereicherter neuer Form. Dies macht gerade auch seine avantgardistische Rolle in und seine hervorragende Bedeutung für beide Kulturen aus.

Identidé

Die Titel seiner Werke verraten oft mehr über den souveränen Umgang mit dem sowohl klassischen als auch zeitgenössischen arabischen Kulturerbe, als es das musikalische Material tut. Sein erstes Werk *Yasmina* 1965 (18 Min.) ist eine Kantate für Violine, Cello und Bariton. Als Textvorlage dient Ismael Ait Djaafers Gedicht „Klage der kleinen Yasmina und der Bettler der Kasba". Es folgen *Nawbah, Muqaddima, Nadim, Sonate* und 1976 *Identidé.*

Nach der Uraufführung der Kantate *Identidé* schrieb der Kritiker Jaques Longchamp in Le Monde (14. 2. 1976): „Es gibt drei Elemente in der Kantate: der Klangteppich der Saiteninstrumente, der oft von einer harten und zugleich tragischen Perkussion beherrscht wird; das Gedicht von Mahmud Darwish, auf Arabisch gesungen und die Deklamation von Texten von Jehoshua, Herzl, Israel Zangwill, Ben Gurion und Eli Lobel auf Französisch. Sozusagen als Kontrapunkt im Vergleich zu dem bewegenden palästinensischen Gesang." Für die Kantate intonierte er das Gedicht *Identité* (Arabisch: *Sajal ana arabi*) des palästinensischen Dichters Mahmud Darwish. Dieses Auftragswerk für ein Festival wurde zensiert. 1994 erinnert sich Ahmed Essyad rückblickend: „In Kriegszeiten ist der Verstand vollgesaugt mit Blut, die Leidenschaften sind entflammt. Sie nehmen den Aufruf zum Frieden wie einen Skandal auf. Der Weg zum Frieden ist ein langwieriger Prozeß, d. h. jeder muß seine eigene Überzeugung in Frage stellen können ... Dies erklärt den von beiden Seiten (Palästinenser und Israelis, N.M.) ausgeübten Druck, um diese Stimme zu ersticken."

Das Halsband der List

Le Collier des ruses ist ein Auftragswerk für das Festival in Avignon 1977. Es wurde als Kammeroper anläßlich des *Festivals Musica* in Straßburg 1994 neu produziert. Das Werk beruht auf vier kurzen Erzählungen von al-Hamadhani.[2] Wegen der Maqamen al-Hamadhanis hatte Ahmed Essyad in Salé auf dem Gymnasium seine erste Kontroverse mit einem Lehrer, die mit einer Ohrfeige endete. Essyad hatte sich dagegen gewandt, daß der Lehrer das Werk al-Hamadhanis als Beginn der Dekandenz der arabischen Literatur bezeichnet hatte. Für Essyad ist die Reimprosa al-Hamadhanis nicht Ausdruck des Niedergangs, sondern leitet den Anfang einer neuen literarischen Welt ein. Er spürte in der Reimprosa al-Hamadhanis so etwas wie eine musikalische Konstruktion. In der ursprünglichen Version seines Werkes als Instrumentalstück waren wiederum orale Elemente verborgen, so Essayad, die in dieser Form aber nicht zum Tragen kamen. Deshalb benutzte er die Form der Kammeroper und arbeitete diese Elemente heraus, um das Niveau der Worte gegenüber dem Instrumentalen zu gewichten. Die Regisseurin Anne Torres berichtet über die Produktion: „In *Collier des ruses* herrscht eine klare Trennung ... es findet keine Begegnung statt zwischen Okzident und Orient, auch nicht zwischen Theater und Musik ... Es ist wie bei den beiden Hauptfiguren von al-Hamadhani, dem Dichter und dem Notabeln. Sie sind etwas wie Theater und Musik. Sind sind eng zusammen, aber auch einander fremd. Und ganz unzertrennlich." Keine multikulturelle Synthese also, sondern beide Elemente Orient und Okzident bleiben autonom, sind aber auch unzertrennlich.

Der Wasserzyklus

1993 wurde in Paris *Der Wasserzyklus* mit Emmanuel Strosser (Piano) und Pierre-Yves Artaud (C u. G-Flöte, Baßflöte) aufgenommen. Die CD ist unter dem Label ETCETERA erhältlich (auch über Institut du Monde Arabe, Paris). Wasser steht für Ahmed Essyad mit unterschiedlicher Symbolik. Wasser ist Quelle von Leben und Energie, Wasser ist aber auch eine lebenswichtige Resource, die zunehmend knapper wird. Es ist also nicht zufällig, daß der aus Marokko stammende Komponist sich in besondere Weise mit der Problematik Wasser auseinandersetzt. Für ihn bedeutet Wasser auch Zeit, ein Symbol für Zeit. Die Interpreten seines Stückes bekommen die Noten ohne Taktstriche und ohne Tempibezeichnung. Sie können so die geschriebenen Passagen und Vorgänge selbst interpretieren, selbst entdecken und selbst mit Leben füllen. Es ist die Aufforderung an die Musiker zur kulturellen Teilnahme und dazu, ihre individuelle Erfahrung einzubringen. Diese Auflösung der festen rhythmisch zeitlichen Struktur in eine freie, in der die Zeit qualitativ und quantitativ anders aufgeteilt wird, gibt es auch in der arabischen Musik. Die regelmäßig wiederkehrenden verschiedenen Zeitabschnitte, im Arabischen *awzan* (Singular: *wazn* = Maß) werden bei der Improvisation der *taqasim* aufgelöst in eine freie rhythmisch zeitliche Organisation. Die großen Interpreten beweisen in diesem Genre sowohl ihr großes technisches Können als auch ihren persönlichen Ausdruck und Stil. In der freien rhythmisch zeitlichen Gestaltung spielen die Pausen oder das Element der Ruhe nach einer melodischen Linie eine wesentliche Rolle. Dadurch wird eine Spannung erzeugt, in der die Zuhörer Beifallsbekundungen durch Zurufe äußern können. Kein formales Element also, sondern es ist ein Mittel der Kommunikation zwischen Musiker und Zuhörer.

Die Komposition besteht aus den Teilen *Tamda* (ein See im Hohen Atlas), für Flöte in C; Die *Wasser sterben in ihrem Schlaf*, für Klavier und G-Flöte; *Die Erinnerung des Wassers*, für Klavier; *Die gefangene Quelle*, für Baßflöte; *Rebellische Zeiten*, für Klavier und *Asslman* (as-Salman), für Baßflöte. Letzteres hat wohl eine doppelte Bedeutung: Fisch (Salm) und/oder Salman (Rushdie). Das Stück ist Rushdie gewidmet, „in dem Sinne, daß er als Künstler schreiben kann, womit ich nicht einverstanden bin".

Ahmed Essyads jüngste Arbeiten sind *L'excercice de l'amour* und eine *Opera lumiere* nach einem Libretto von Bernard Noel. Aufgenommen 1996 von dem Philharmonischen Orchester des Radio France unter der Leitung von Bruno Ferandis.

---

1 Dodekaphonismus = Das Zwölftonsystem der Moderne ist eine Neuordnung der zwölf Halbtonstufen innerhalb der Oktave. Die tonale Ordnung ist dabei aufgegeben.

2 969–1008. al-Hamadhani schuf mit dem Genre der Maqamen eine neue Gattung der arabischen Literatur. Er schrieb in Form der Kurzgeschichte oder des Sketches zeitkritische Stücke in Reimprosa.

„Ich bin froh, daß diese Zeitung jetzt so leicht erreichbar ist für viele."
Antje Vollmer, Die Grünen, Vizepräsidentin des Bundestages

„Wer in Deutschland aus dem politischen Provinzgemüsetopf herausschauen will, der muß den Monde diplomatique lesen."
Dr. Jens Reich, Bürgerrechtler, Professor für Molekularbiologie



Eine Reise um die Welt, Monat für Monat.

„Le Monde diplomatique hat nichts mit den Cocktails der diplomatischen Welt gemein. Sie bietet profunden, intelligenten Hintergrund für jeden, den Außenpolitik nicht nur aus nationaler Brille betrachtet interessiert."
Dr. Sabine Rollberg, Chefredakteurin bei arte

„Le Monde diplomatique ist ein Medium, mit dem kritische Geister weltweit kommunizieren können."
Dr. Elmar Altvater, Professor für Politikwissenschaft

LE MONDE diplomatique

Die deutschsprachige Ausgabe der weltweit größten Monatszeitschrift für internationale Politik.

Monat für Monat im Abo oder für 7,- DM am Kiosk.

Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von sieben Tagen ab Bestellung schriftlich bei der Aboabteilung, PF 61 02 29, 10923 Berlin, widerrufen werden. Zur Fristenwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Ja, ich abonniere die *Le Monde diplomatique* in deutscher Sprache zum Jahrespreis von 84 Mark.

Name ____________________

Straße ____________________

Tel. ____________________

PLZ/Ort ____________________

Zahlungsart: O gegen Rechnung O per Einzugsermächtigung (s. u.)
Zahlungszeitraum: O vierteljährlich O halbjährlich O jährlich
Inklusive Inlandsporto. Das Abo verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn ich nicht 3 Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Unterschrift: ____________________

Einzugsermächtigung:

Geldinstitut ____________________

BLZ ____________________

Konto-Nr. ____________________

KontoinhaberIn ____________________

Datum, Unterschrift: ____________________

Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von sieben Tagen ab Bestellung schriftlich bei der Aboabteilung, PF 61 02 29, 10923 Berlin, widerrufen werden. Zur Fristenwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift: ____________________

Coupon an: Le Monde diplomatique, Aboabteilung, c/o taz, die tageszeitung, PF 610229, 10923 Berlin oder per Fax (030) 251 50 28.

402

Deutsch-Algerisches Rückübernahmeabkommen:

Abschiebung in Gewalt und Tod

Beate Sträter

Nach längerer Verhandlung wird demnächst das Deutsch-Algerische Rückübernahmeabkommen in Kraft treten. Die ersten Gespräche hatten bereits im September des Jahres 1994 stattgefunden. Lange hatte sich die algerische Seite gesträubt, dem Abkommen zuzustimmen. Ihr immer wieder vorgetragener Einwand waren die angeblich unzureichenden Möglichkeiten, Flüchtlinge eindeutig zu indentifizieren. Es drängt sich die Frage auf, warum es dann am 14. 2. 97 doch zu einer Unterzeichnung kam. Dies legt die – letztlich nicht zu beweisende – Vermutung nahe, daß die ungefähr zeitgleichen Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und Algerien hiermit in Zusammenhang stehen.

Die ersten Rückübernahmeabkommen wurden in den fünfziger und sechziger Jahren als beiderseitige Abkommen zwischen westeuropäischen Staaten – darunter auch die Bundesrepublik Deutschland – abgeschlossen. Hierbei ging es in erster Linie um die Rücknahme der jeweils eigenen Staatsangehörigen bzw. deren Anspruch, in ihr Land zurückkehren zu können. Nach den politischen Veränderungen in Osteuropa folgten Abkommen mit mittel- und osteuropäischen Ländern. Sie waren nicht nur ein Mittel, den Zustrom von Staatsangehörigen der Länder selbst zu begrenzen, sondern wurden auch deshalb abgeschlossen, um sog. „Drittstaatsangehörige", die über Osteuropa einreisten, den Zugang nach Westeuropa zu erschweren. Diese Rückübernahmeabkommen treffen auch Asylsuchende, und zwar ohne gleichzeitig sicherzustellen, daß sie in dem sog. „sicheren Drittstaat" die Chance auf ein faires Asylverfahren haben. Gleichzeitig wird mit den in der westeuropäischen Asylgesetzen verankerten Prinzip des „sicheren Drittstaates" Asylsuchenden die Prüfung des Asylantrags verweigert. Von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen ist diese Verfahrensweise zurecht als eine sukzessive Auflösung des Asylrechts kritisiert worden.

Rückübernahmeabkommen werden so in erster Linie als Mittel betrachtet und angewandt, eine „unkontrollierte" Einwanderung zu verhindern. Das eindeutige Interesse der westeuropäischen Staaten, die Einwanderung von Flüchtlingen möglichst zu beschränken, steht hier im Vordergrund. Der menschenrechtliche Aspekt spielt dabei kaum eine Rolle, selbst minimale Standards der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 werden nicht eingehalten.

Das Rückübernahmeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Algerien ist kein gegenseitiges Abkommen, sondern bezieht sich ausschließlich auf algerische Flüchtlinge, die in Deutschland leben. Es werden keine möglichen Gefahrenmomente erwähnt, die gegen eine Abschiebung sprechen. Auch Maßnahmen vor der Abschiebung, mit denen eine mögliche Gefährdung reduziert werden kann, wie der Kontakt mit einem Anwalt oder Menschenrechtsorganisationen sind nicht vorgesehen. Einen besonderen Skandal stellt in diesem Zusammenhang die Tatsache dar, daß algerische Sicherheitskräfte nach Deutschland kommen sollen, um bei der Abschiebung zu helfen. Hier versucht sich die Bundesregierung aus der Kritik zu nehmen, indem sie BGS-Beamte vor dem gefährdenden Flug in ein Bürgerkriegsland bewahrt und weiteren öffentlichen Unmut über deren rüde Umgangsmethoden bei abzuschiebenden Algeriern auf diese Weise vermeidet. In dem Begleitbrief des BMI an die Innenminster der Länder heißt es hierzu: *„Erfreulich ist jedoch, daß sich Algerien in den abschließenden Verhandlungen doch noch bereit erklärt hat, der deutschen Bitte nachzukommen und algerische Polizeibeamte bei den Maßnahmen zur Rückführung der im Rahmen des Protokolls abgeschobenen Algerier zu beteiligen. Das ist angesichts der stetig zunehmenden Zahl renitenter algerischer Schüblinge von enormer praktischer und medienöffentlicher Bedeutung."*

Es gehört zur üblichen Praxis, daß die Flüchtlinge nach der Ankunft von algerischen Sicherheitskräften der Generaldirektion für Nationale Sicherheit (DGSN) verhört und dabei oft auch über einen längeren Zeitraum in Polizeigewahrsam festgehalten werden, wobei ihnen durchaus Mißhandlung droht. Der Vorsitzende der algerischen Menschenrechtsliga, Ali Yahia, berichtete bei seinem jüngsten Deutschlandbesuch im April 1997 über zahlreiche Fälle von Abgeschobenen, die seit ihrer Ankunft verschwanden. Die Deutsche Botschaft hat auf Nachfragen bisher immer verneint, Kenntnis von solchen Fällen zu haben, zum Teil mit dem Argument, daß Familienangehörige bisher nicht vorstellig geworden seien. Angesichts der Tatsache, daß Angehörige aus berechtigter Angst, ihre eigene und die Sicherheit der Verschwundenen noch mehr zu gefährden, häufig über einen langen Zeitraum schweigen, kann dies nicht als Argument für die Sicherheit der Flüchtlinge geltend gemacht werden.

Nach Schätzungen von Flüchtlingsinitiativen sind in Deutschland ca. 8000 algerische Flüchtlinge von einer drohenden Abschiebung betroffen, nachdem ihre Asylanträge negativ beschieden wurden. Die Anerkennungsquote bei algerischen Staatsangehörigen ist ausgesprochen gering, sie beträgt ca. 1 %. amnesty international spricht von einer pauschalen Ablehnungspraxis. Algerier stellen zur Zeit eine der größten Gruppen von Abschiebungshäftlingen. Viele sitzen allein deshalb in Abschiebungshaft, weil ihnen von den algerischen Vertretungen – aufgrund angeblich nicht ausreichender Identifizierungsmöglich-

keit keine Papiere ausgestellt wurden und eine Abschiebung deshalb nicht durchgeführt werden kann.

Die in Deutschland lebenden algerischen Flüchlinge setzen sich im wesentlichen aus drei größeren Gruppierungen zusammen. Zur ersten Personengruppe gehören Menschen, die von militanten Islamisten verfolgt werden – wie Frauen, Journalisten, Menschenrechtler, Angehörige linksgerichteter Parteien und Regierungsangestellte. Zur zweiten und dritten Gruppe gehören Wehrdienstverweigerer und Deserteure aus Armee und Polizei, sowie Sympathisanten und Mitglieder der Islamischen Heilsfront (FIS). Bei der letzen Gruppe handelt es sich mehrheitlich um Personen, die sich gerade nicht aktiv an dem gewaltsamen Konflikt beteiligen wollen und sich häufig aus ihren früheren politischen Zusammenhängen gelöst haben. Oft sind es Menschen, die „zwischen die Stühle" geraten sind und sowohl von staatlichen Sicherheitskräften als auch von islamistischen Gruppen unter Druck gesetzt wurden und deshalb nur noch den Ausweg der Flucht sahen. Allein schon die Tatsache, daß nur ein Familienmitglied sich auf islamistischer Seite politisch betätigt oder in den Untergrund gegangen ist, reicht in der Regel schon aus, um den Rest der Familie in große Gefahr zu bringen, da Sippenhaft oder die Geiselnahme von Angehörigen durch staatliche Sicherheitskräfte eine gängige Methode der „Terrorismusbekämpfung" darstellt.

Besonders schwer haben es in Deutschland Flüchtlinge, die sich vor islamistischen Gruppen in Sicherheit gebracht haben: Da sie keiner staatlichen Verfolgung ausgesetzt sind, haben sie auch keine Chance, als asylberechtigt anerkannt zu werden, obwohl der algerische Staat schon seit mehreren Jahren nicht mehr in der Lage ist, ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Von Seiten der Bundesregierung wird die Abschiebung von Flüchtlingen damit gerechtfertigt, daß alle betroffenen Flüchtlinge ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen hätten und als nicht asylberechtigt gelten. Abgesehen davon, daß es mehr als fragwürdig ist, wie „fair" ein bundesdeutsches Asylverfahren wirklich ist, bestehen gerade in bezug auf Algerien tiefe Zweifel, ob ausreichende Hintergrundkenntnisse der gegenwärtigen Menschenrechtssituation den Entscheidungen zugrunde liegen. Die Lageberichte des Auswärtigen Amtes, die weitgehend allein zur Beurteilung herangezogen werden, stehen in einem eklatanten Gegensatz zu den Recherchen von amnesty international. Diese Recherchen beziehen sich immerhin auf regelmäßige Befragungen von Betroffenen und Experten in Algerien selbst, während die Datenerhebung der Botschaften deutlich weniger intensiv ist. Darüber hinaus wird die verharmlosende Darstellung der politischen und menschenrechtlichen Lage in Algerien auch von politischen Rücksichtnahmen auf das algerische Militärregime beeinflußt.

Abgesehen von den täglichen Meldungen über Bombenattentate und Massaker, die pauschal islamistischen Gruppen zugeschrieben werden, verhindert die algerische Regierung jegliche Berichterstattung über die Menschenrechtssituation im Land. Es liegt im Interesse des Regimes, den Eindruck zu vermitteln, daß es kein wirkliches Sicherheitsproblem in Algerien gibt und die Lage unter Kontrolle ist. Es findet eine umfassende staatliche Zensur der Medien statt, insbesondere aller „sicherheitsrelevanten" Informationen. Post und Telefon werden kontrolliert und eine freie Berichterstattung ausländischer Journalisten, soweit sie sich überhaupt noch im Land aufhalten dürfen, ist ebenfalls nicht gegeben. Informationen über die Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte oder regierungsnahe Milizen werden als proislamistische Propaganda denunziert. Trotzdem haben Menschenrechtsorganisationen auf der Grundlage ihrer Recherchen immer wieder deutlich gemacht, daß Folter, extralegale Hinrichtungen und „Verschwindenlassen" zur institutionalisierten Praxis des Miltärregimes im Kampf gegen oppositionelle islamistische Gruppen und andere politische Widersacher gehören. In den letzten drei Jahren sollen nach jüngsten Angaben der Internationalen Föderation der Menschenrechtsligen allein 2–3000 Menschen verschwunden sein (dpa vom 2. 5. 97). In keinem Fall ist es bisher trotz vielfacher Nachfragen von Angehörigen oder internationalen Menschenrechtsorganisationen gelungen, Informationen über den Verbleib der Verschwundenen zu erhalten.

Übergriffe auf die Zivilbevölkerung gehören gleichermaßen zur Strategie der Sicherheitskräfte und der bewaffneten islamistischen Gruppen. Für Betroffene ist es oftmals kaum nachzuvollziehen, mit wem sie es zu tun haben,





Auf den Schildern steht: Visa; unten: EU.
Aus der Zeitung: al-Ittihad al-Ishtiraki

warum und von wem sie bedroht werden. Seitens der Regierung wird nichts unternommen, das Verwirrspiel aufzudecken. In keinem einzigen Fall sind durch algerische Sicherheitskräfte begangene Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen wirklich untersucht und die Täter zur Rechenschaft gezogen worden, stattdessen werden im Regelfall diese Menschenrechtsverstöße „Terroristen" zugeschrieben. Auch in Fällen, in denen die Beteiligung von Sicherheitskräften nicht von der Hand zu weisen ist, wie bei dem Massaker im Serkadji-Gefängnis 1995, bei dem 96 Gefangene getötet wurden, schweigt die Regierung beharrlich.

Beängstigend ist, daß besonders auf dem Land regierungsnahe Milizen, die von den algerischen Sicherheitskräften ausgerüstet wurden, im Rahmen der „Terrorismusbekämpfung" eine zunehmende Bedeutung gewinnen und ohne jegliche rechtsstaatliche Legitimation quasi in Selbstjustiz „Terroristen" jagen und töten.

Angesichts dieser verheerenden menschenrechtlichen Situation in Algerien ist eine Abschiebung von Flüchtlingen allein schon aus humanitären Gesichtpunkten nicht zu rechtfertigen. Während Europa bisher weitgehend tatenlos dem blutigen Bürgerkrieg in Algerien zusieht, ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem algerischen Regime als eine Art der Kollaboration zu werten, durch die dem Militärregime der Rücken gestärkt wird. Die Bundesregierung stellt sich damit eindeutig auf die Seite der derzeitigen Machthaber in Algerien. Fast sieht es wie ein gelunger Handel aus: Deutschland wird die Flüchtlinge los, ein „erheblich belastendes Problem", wie es heißt, das algerische Regime gewinnt an dringend notwendiger internationaler Reputation. Für die Menschen in Algerien und die, die bald gezwungenermaßen dorthin zurückverfrachtet werden, nimmt die Spirale der Gewalt kein Ende. Sie ist angesichts der gegenwärtigen Lage für jeden Einzelnen völlig unberechenbar und kann Verschleppung oder Haft und Verhöre unter Folteranwendung, Verschwindenlassen oder sogar extralegale Tötung bedeuten.

Vor diesem Hintergrund darf dieses Rückübernahmeabkommen auf keinen Fall umgesetzt werden. Alles andere ist eine Verhöhnung der vor diesen Menschenrechtsverletzungen und Übergriffen geflohenen Opfer.

Quellen:
- amnesty international, Algerien. Angst und Schweigen: Eine Menschenrechtskrise im Verborgenen, November 1996
- amnesty international, Referat für politische Flüchtlinge, Bericht Algerien vom Juli 1996
- Schreiben des BMI an die Innenminister der Länder vom 20. 2. 97
- Protokoll zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die Identifizierung und die Rückübernahme vom 14. 2. 1997

■ *Beate Sträter, wissenschaftl. Mitarbeiterin bei Amke Dietert-Scheuer, MdB (Bündnis 90/Die Grüne)*

Abschiebeabkommen mit dem Libanon unter Dach und Fach?

Die Berliner Ausländerpolizei begründet in den letzten Wochen die Erteilung einer „letzten Duldung" für palästinensische Familien damit, daß „ein Rückführungsabkommen mit dem Libanon und ein dazu gehörendes Rückführungsprotokoll (...) voraussichtlich Ende Juni 1997 unterzeichnet sein wird ..." Das Auswärtige Amt bestätigte, daß von deutscher Seite ein Entwurf vorgelegt wurde, in dem es ausdrücklich um „die Details des Verfahrens" für die Rückführung nicht nur von Libanesen, sondern auch von Palästinensern gehe. Federführend ist Kanther's Innenministerium an diesen Verhandlungen beteiligt, deren Vertreter Inamo gegenüber andeutete, daß sich die libanesische Seite im Grundsatz auf ein solches Verfahren eingelassen habe. Es ist davon auszugehen, daß die Übereinkunft weiter fortgeschritten ist, als beide Seiten öffentlich zugeben. Zwischen Bundes- und Länderbehörden und libanesischen Stellen bestehen in Form von „Expertengesprächen" bereits seit längerem intensive Kontakte, wie Vertreter der libanesischen Gemeinde berichteten, um die Rückführung/Abschiebung von Libanesen und Palästinensern aus der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Der Vollzug einer solchen Rückführungsvereinbarung würde die Abschiebung von Palästinensern in ein Land bedeuten, in dem sie trotz allen denkbaren Zusicherungen der Regierung keine menschenwürdigen Bedingungen vorfinden, ihnen essentielle bürgerliche, soziale und politische Rechte verweigert werden, in dem besonders für Palästinenser eine ungeheure Wohnungsnot und große Armut herrscht und in dem eine ausreichende gesundheitliche Versorgung nicht gewährleistet ist (siehe das gerade erschienene *INAMO-Buch Palästinensische Flüchtlinge – Palästinenser im Libanon*).

Rückkehrenden Palästinensern schlägt ein großer Haß entgegen: Als Libyen Anfang September 1995 Tausende von Palästinensern auswies, erklärte der Parlamentsabgeordnete Nicolas Fattoush, der Libanon dürfe keine „Halde für Menschenmüll" werden. Kurz darauf verschärfte die libanesische Regierung die Ein-und Ausreisebestimmungen für Palästinenser drastisch und verhängte eine Visumpflicht.

Vor dem Hintergrund dieser Situation und der Ausgrenzung der palästinensischen Flüchtlinge im Nahost-Friedensprozeß – Israel verweigert ihnen die Rückkehr, in die meisten arabischen Staaten können sie nicht einreisen – kann davon ausgegangen werden, daß die Bundesrepublik für ein Rückführungsabkommen mit dem Libanon, das wie andere Abkommen dieser Art Verstößen gegen das non-refoulment-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention Tür und Tor öffnet, einen hohen Preis bezahlt haben muß. *R.O.*

Zur Menschenrechtslage in Libyen

Interview von Julia Gerlach mit Omar Turbi, Direktor der Libyan Human Rights Commission (LHCR), Washington.

Die LHRC ist eine NGO mit rund 30 Mitgliedern. Sie finanziert sich durch Spenden und das Privatvermögen ihrer Gründungsmitglieder. Sie berät internationale Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch aber auch die UNO. Dabei erhält sie ihre Informationen über Menschenrechtsverletzungen in Libyen durch Berichte libyscher Flüchtlinge und Telefonate mit Exil-Libyern sowie deren Angehörige und Freunde im Land selbst.

Was ist die Libyan Human Rights Commission? Was machen Sie? Wer sind Sie?
Unsere Organisation wurde 1985 gegründet. Was uns dazu motiviert hat? Wir haben massive Menschenrechtsverletzungen durch das libyschen Regime erlebt. Mein Bruder, ein Arzt wurde ohne Anklage 1984 verhaftet. Die Gründe wurden uns nicht mitgeteilt. Er sitzt seit 13 Jahren im Gefängnis und hatte immer noch keine Gerichtsverhandlung.
Wir haben uns in den letzten Jahren einen Namen gemacht und reisen ständig zu Beratungen nach New York und Washington. Seit einiger Zeit kümmern wir uns verstärkt um libysche Flüchtlinge in der ganzen Welt. Seit drei Jahren gibt es eine wahre Flüchtlingswelle aus Libyen. Der Grund dafür ist eine Kombination aus zunehmender Repression, sich verschlechternder Wirtschaftslage und Einschränkungen durch das Embargo. Von der Repression sind vor allem Menschen mit religiösem Hintergrund betroffen. Man darf sich die islamistische Bewegung bei uns nicht vorstellen wie in Algerien oder anderen Nachbarländern. Sie ist sehr klein, wenig organisiert und sehr schach, aber sie ist die einzige Opposition im Lande überhaupt.

Sie sprechen von einer Flüchtlingswelle. Wie verlassen die Menschen Libyen und wohin gehen sie?
Die Menschen verlassen Libyen teilweise zu Fuß über die Grenzen. Ganze Familien gehen diesen Weg. Ich werde aber nicht genauer erzählen, wie das funktionniert, um den Libyern diesen Weg nicht zu verbauen. Andere setzen sich ab, wenn sie auf Dienstreise oder zum Studium im Ausland sind oder verlassen das Land mit gefälschten Papieren.

Und Sie nehmen dann Kontakt zu Ihnen auf?
Nein, die Flüchtlinge melden sich bei uns. Wir fragen sie nach ihren Fluchtgründen, ob sie Angst um ihr Leben haben müssen und helfen ihnen, in den jeweiligen Ländern Asyl zu bekommen, indem wir den Behörden versuchen die Lage in Libyen zu vermitteln.

Über die innenpolitische Lage in Libyen erfährt man bei uns sehr wenig. Wie schätzen Sie die Menschenrechtssituation ein?
Man kann sagen, daß in Libyen die gesamte Gesellschaft unterdrückt wird. Fundamentale Rechte wie Reisefreiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Partizipation existieren nicht. Die Libyer haben auch nicht das Recht ihren Führer zu kritisieren.
Darüber hinaus gibt es auch gezielte Repression. Derzeit sitzen zwischen 2500 und 3500 Menschen ohne Anklage und ohne Urteil hinter Gittern. Internationalen Menschenrechtsorganisationen wird jegliche Untersuchung verboten. Es gibt in Libyen keine Menschenrechtsoganisationen und ausländischen Aktivisten wird die Einreise verweigert.

Sie sprechen von gezielter Repression. Könnten Sie das etwas konkretisieren?
Es kommt häufig zu Schnellverfahren vor speziellen Gerichten: Es wird jemand von der Straße aufgegriffen, vor ein solches Gericht gestellt, verurteilt und sofort öffentlich gehängt. Folter und Mißhandlung gehören in Libyen genauso zum Gefängnisalltag wie in den anderen arabischen Ländern. Hierbei haben jedoch Palästinenser in israelischen Gefängnissen mehr Rechte als die Libyer in den libyschen: Sie dürfen weder Besuch empfangen noch haben sie Anspruch einen Anwalt zu sehen oder vor ein Gericht gestellt zu werden. Besondere Bedeutung fällt hierbei der Kollektivstrafe zu. So kritisierte beispielsweise im April 1996 ein libyscher Oppositioneller im englischen Fernsehen Gadhafi. Daraufhin ließ das Regime das Haus seiner Angehörigen in Libyen zerstören. So etwas passiert häufiger. Wenn ich mich im Ausland politisch gegen das Regime engagiere muß ich damit rechnen, daß meine Angehörigen in Libyen verhaftet und mißhandelt werden.

Es gab eine ganze Reihe von Meldungen, daß libysche Oppositionelle im Ausland verfolgt werden, daß Briefbomben verschickt werden.
Also, das mit den Briefbomben gegen Oppositionelle, das stimmt glaube ich nicht. Das sind Gerüchte, aber in den letzten Jahren wurde eine Reihe von Exil-Libyern auf mysteriöse Weise umgebracht. Spektakulärster Fall war das plötzliche Verschwinden des ehemaligen libyschen Außenministers Mansur Kihiya. Er war in Kairo zu einer Menschenrechtskonferenz eingeladen und wurde – vermutlich vom libyschen Geheimdienst – aus seinem Hotel entführt. Dies geschah vor den Augen der ägyptischen Sicherheitskräfte. Seitdem hat niemand wieder etwas von ihm gehört. Niemand weiß, ob er noch am Leben ist.
Das libysche Regime macht alles, um das Volk zu unterdrücken. Das muß man sich mal vorstellen, wir leben im Zeitalter von Demokratisierung und Öffnung, alle Welt spricht von Menschenrechten. Wir befinden uns am Vor-

abend des 21. Jahrhunderts und die libyschen Machthaber wachen jeden Morgen auf, um sich neue Unterdrükkungsmethoden auszudenken. Das marode Regime will sich um jeden Preis an der Macht halten, anstatt sich um das Wohl des Landes, Fortschritt und Verbesserung der Lebensqualität zu bemühen, wie es eigentlich seine Aufgabe wäre. Das ist so bescheuert!

Sie sind doch auch eine libysche Oppositionsgruppe im Ausland. Sind Sie von der Repression betroffen? Haben Sie Angst?
Nein, denn wir sind keine Oppositionsgruppe und wir mischen uns nicht in politische Fragen ein. Wir sind eine unpolitische Menschenrechtsorganisation und haben im Laufe der Zeit Unterstützung von vielen internationalen Organisationen und vielen Ländern bekommen. Das schützt uns. Ich sage auch ganz offen, daß ich nicht gegen eine Beteiligung der Gadhafi-Fraktion in einem libyschen Mehrparteienstaat wäre. Ich halte Revanchegedanken für falsch und kontraproduktiv. Wir müssen uns gemeinsam um eine bessere Zukunft bemühen und wenn Gadhafi dabei mitmachen möchte, ist mir das recht.

Um noch mal auf die gezielte Repression in Libyen zurückzukommen. Wer ist davon betroffen und gegen wen richtet sie sich?
Die Regierung hat jene auf dem Kicker, die sich organisieren. Das sind die Religiösen und das Militär. Es gibt ja sonst keine Organisationen. So werden alle, die religiös sind und in die Moscheen gehen, erstmal als potentielle Feinde gesehen und auch so behandelt. (...)

Sie haben gesagt, daß die Lage in Libyen in den letzten drei Jahren sehr viel schlechter geworden ist, wirtschaftlich und was die Repression betrifft.
Seit es das Embargo gibt, ist die Situation sehr viel schlimmer geworden. Einerseits fehlt es im Land an medizinischer Versorgung und Kranke können nicht mehr so wie bisher zur Behandlung ins Ausland fliegen. Außerdem hat die Gadhafi-Regierung das Embargo als persönlichen Schlag empfunden, mit dem der Westen das Regime stürzen will. Aus Angst, die Macht zu verlieren, hat es innenpolitisch die Zügel angezogen und reagiert mit noch härterer Repression. Die Bevölkerung muß also doppelt leiden: Unter dem Mangel und unter der damit verbundenen Repression. Ich halte das Embargo für ungerecht. Es ist ja noch gar nicht geklärt, ob die beiden Verdächtigen tatsächlich hinter dem Anschlag von Lokkerby stecken. Auch wenn es so ist, ein Embargo ist nicht der richtige Weg.

Wie kontrolliert das Regime potentielle Oppositionelle?
Das libysche Regime hat in den letzten Jahren Geschmack an öffentlichen Hinrichtungen gefunden. So wurden im Januar dieses Jahres zwölf Leute als ausländische Spione hingerichtet. Die Hinrichtungen wurden live im Fernsehen übertragen. Die machen das am liebsten während des Ramadan, da bekommt das Ganze noch eine besonders religiöse Komponente. Wenn die Leute nach dem Iftar satt vor den Fernseher sitzen, können sie noch live eine Hinrichtung anschauen. Es ist so makaber!

Gadhafi hat sich 1982 mit der Grünen Erklärung der Menschenrechte selbst zur Einhaltung der Menschenrechte bekannt ...
Die Grüne Erklärung der Menschenrechte von Gadhafi ist ein Witz. Es wurde in den 80er Jahren eine Menschenrechtsdelegation der libyschen Regierung nach Genf geschickt. Auch diese war ein Witz. Sie bestand im Grunde nur aus Geheimdienstoffizieren. Auf unsere Fragen, wie bestimmte Oppositionelle im Ausland zu Tode gekommen sind, haben sie gar nicht erst geantwortet. Vor einigen Monaten haben wir eine Studie erstellt. Wir haben uns alle offiziellen Dokumente Libyens vorgenommen. Wenn man dem glaubt, was da schwarz auf weiß steht, ist Libyen ein freies demokratisches Land. Freier als Deutschland, gerechter als England. Papier ist geduldig.

In diesem Jahr feiert Libyen den 20. Jahrestag der Einrichtung der Volkskongresse. Mit der Grundsatzerklärung von 1977 schuf Gadhafi die Volksjamahiriya. Wieviel Mitspracherecht hat denn das Volk in dieser Form der Basisdemokratie?
Es gibt in Libyen keine Basisdemokratie. Das ist alles nur Staffage. Da wurde ein riesiges System von Volkskongressen aufgebaut, aber im Grunde hält ein einziger Mann alle Fäden in der Hand und trifft alle Entscheidungen. Nur auf lokale Entscheidungen, die nichts mit Politik zu tun haben, haben die Volkskongresse Einfluß.

Ich habe gerade gelesen, daß einige Exil-Libyer aus Ägypten ausgewiesen wurden. Haben Sie dazu genauere Informationen?
Vor einigen Wochen wurden 20 Exil-Libyer von Ägypten ausgewiesen. Das halten wir für sehr bedrohlich, denn wir befürchten, daß noch mehr Libyer von Ägypten ausgewiesen werden könnten. Da ich denke, daß der ägyptische Geheimdienst unserem Gespräch sowieso zuhört, landet meine Kritik gleich an der richtigen Adresse. Ägypten respektiert die internationalen Abkommen zum Flüchtlingsschutz nicht. Zudem möchte sie es sich nicht mit der libyschen Regierung verscherzen. Schließlich profitiert Ägypten vom internationalen Embargo gegen Libyen. Der Warenfluß läuft über die ägyptische Grenze und zusätzlich hat Libyen größere Summen in Ägypten investiert. Sozusagen als Dank dafür, daß Ägypten sich als Vermittlungspartner einsetzt, um das Embargo zu beenden. Kaum ein arabisches oder afrikanisches Land bietet Exil-Libyern wirklichen Schutz. Daher empfehlen wir den politischen Flüchtlingen, möglichst nach Europa zu gehen.

■ *Julia Gerlach ist Journalistin und lebt in Kairo.*

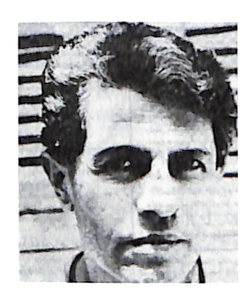
!!! Achtung – Neue Adresse !!!

INAMO-Redaktion,
Dahlmannstraße 31, 10629 Berlin

Nur für Abonnements:
INAMO
PF 3613, 90018 Nürnberg

Saadallah Wannus: „Wir sind zur Hoffnung verurteilt."

Magda Barakat



Am 15. Mai 1997 starb der syrische Bühnenautor Saadallah Wannus. In der arabischen Presse waren Abschiedsbriefe und Nachrufe von trauerenden, sich erinnernden Freunden und Intellektuellen aus der gesamten arabischen Welt zu lesen. Der führende arabische Dramaturg wurde bereits zu Lebzeiten mehrmals gefeiert und geehrt: im Theaterfestival in Kairo und Tunis und zuletzt im März 1996 in Damaskus und Beirut, wo eine Feier ihm zu Ehren stattfand, während der er mit Auszeichnungen aus dem Libanon, Tunesien, Kuwait und Jordanien überhäuft wurde.

Die Nachricht vom Tode Wannus' kam nicht ganz überraschend; Saadallah Wannus litt seit mehreren Jahren an Krebs. In *Über das Gedächtnis und den Tod* (1996) beschreibt er seinen Leidensweg von dem Moment an, in dem er erfuhr, daß er unheilbar krank ist und *die Illusion der Ewigkeit verlor.* In *Reise in einen unbekannten vorübergehenden Tod* beschreibt Wannus offen und schonungslos ohne Selbstmitleid einen längeren Aufenthalt auf der Intensivstation. Das Buch endet mit den Worten: *Hiob stritt mit seinem Gott; aber ich, mit wem soll ich streiten. Habe ich doch nichts weiter als diese schlichte beklemmende Gewißheit: Aus dem Dunkeln bin ich gekommen und in die Dunkelheit kehre ich zurück.*

Trotz seiner Krankheit schrieb Wannus unermüdlich weiter und versuchte an allen wichtigen Ereignissen politischer und kultureller Natur teilzunehmen und als arabischer Intellektueller Stellung zu beziehen. 1996 erschien sein Gesamtwerk – veröffentlicht in drei Bänden mit einem Gesamtumfang von 2200 Seiten (21 Theaterstücke und drei theoretische Werke) –, welches er seiner Tochter, ihrer Generation und kommenden Generationen widmet:

Wir haben oft geträumt, euch schönere Zeiten und ein florierendes Land zu hinterlassen. Aber wir müssen ohne uns zu schämen eingestehen, daß wir besiegt wurden und nichts außer Zerstörung und einstürzenden Ländern hinterlassen haben. Ich will klarstellen, ... daß unsere Niederlage nicht bedeutet, daß die Ideen, die wir verteidigten, falsch waren; weder die Idee der Freiheit, der Demokratie, der Rationalität noch die der arabischen Einheit und der sozialen Gerechtigkeit. Aber unsere Generation hat nicht verstanden, diesen Ideen zum Sieg zu verhelfen.

Ich wünschte, dieser niedergeschlagene Tonfall sei reine Eingebung der Krankheit ..., und ich hoffe, daß die in euch verborgene Kraft stärker ist als unsere Niederlage. Wer weiß, vielleicht findet ihr die Zauberformel, mit der die Zeiten schön werden und das Land floriert.

Saadallah Wannus wurde 1941 in Husayn al-Bahr, einem kleinen Ort bei Tartus in Syrien geboren. Er studierte Journalismus an der Universität von Kairo. In Paris und Weimar kam er in Berührung mit dem internationalen Theater; er war Anhänger Brechts, bearbeitete ein Thema von Peter Weiß Mokinpot und schrieb einen Text gemeinsam mit Jean Genet.

In Syrien war er im Kultusministerium und an der Akademie für Dramatische Kunst tätig. Er organisierte mit anderen syrischen Künstlern das erste Theaterfestival in Damaskus und gründete und leitete das experimentelle Theater. Wannus arbeitete für syrische und libanesische Zeitungen und Zeitschriften und gab die syrische Theaterzeitschrift Theater life heraus. Zuletzt war er zusammen mit dem in Damaskus lebenden saudischen Schrifsteller Abdarrahman Munif und dem palästinensischen Literaturkritiker Faysal Darradj sowie dem ägyptischen Intellektuellen Djaber Usfur Herausgeber einer Zeitschrift, die sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Aufklärung und die Moderne in der arabischen Welt von den Anfängen, mit Taha Husayn (1889-1973) beginnend, aufzurollen und voranzutreiben.

Das politisierende Theater

Über seine Arbeit als Dramatiker hinaus verfaßte und übersetzte Saadallah Wannus zahlreiche Texte zur Theaterkritik. 1965 erschien seine erste Dramensammlung. Sein erster großer Erfolg war *Ein Unterhaltungsabend für den 5. Juni,* ein Stück, das er 1968 nach dem Siebentagekrieg mit Israel 1967 und der Niederlage verfaßte, das jedoch erst 1971 aufgeführt werden konnte. Wannus fragt darin nach den Ursachen – willkürliche Herrschaft, Korruption und Ausbeutung, Fanatismus und Manipulation durch die Medien –, die zu dieser Niederlage geführt haben. In dem Vorwort zu Wannus' Gesamtwerk nennt Abdarrahman Munif in Anlehnung an *Des Kaisers neue Kleider* Saadallah Wannus *das Kind, das den König nackt sah.* Zum ersten Mal, in jenen Zeiten der Frustration und der Bedrückung, die in der arabischen Welt nach der Niederlage von 1967 herrschten, sah ein arabischer Dramatiker der grausamen Wahrheit ins Gesicht und wagte es, sie auszusprechen. Wannus gelang es sogar, das Publikum an dem Geschehen zu beteiligen, den Zuschauer aus seiner passiven Rolle herauszuholen und mitwirken zu lassen. Die Wahrheit derart direkt zu sagen, ohne sie der Zensur halber in ein mythisches oder historisches Gewand zu hüllen, war einmalig in der Geschichte des arabischen Theaters. *Ein Unterhaltungsabend für den 5. Juni* wurde in fünf arabischen Ländern aufgeführt und leitete den Be-

ginn eines notwendig gewordenen Dialoges in einer arabischen Welt ein, die immer noch unter dem Schock der Niederlage stand.

Von 1968 bis 1977 verfaßte Saadallah Wannus mehrere Dramen, die alle von Despotismus und Unterdrückung handelten und in der gesamten arabischen Welt, von Marokko bis Bahrain, aufgeführt wurden – soweit sie nicht bereits bei der Premiere verboten worden waren. Wannus war überzeugt, daß das Theater das geeignete Medium sei, die Menschen zu mobilisieren, sie aufzuklären, ihr historisches Bewußtsein zu stärken und somit die Demokratisierung voranzutreiben.

Diese Phase seines Schaffens definerte er selbst als *politisierndes Theater*. Auf diese fruchtbare, optimistische Phase der Siebziger folgte eine Zeit des Zweifelns und der Frustration, die mit dem rapiden Verfall von Idealen und Werten, dem neuen politischen Klima, das in der arabischen bzw. in der gesamten Welt herrschte, einherging. Die herrschenden arabischen Regime hatten sich von der Niederlage erholt und gingen nun verstärkt gegen kritische Stimmen vor. Für Saadallah Wannus begann eine Zeit des Nachdenkens und des Revidierens: von 1977 bis 1989, über zehn Jahre also, verfaßte er kein einziges weiteres Theaterstück.

Die zweite Schaffensphase

1989 überraschte, ja verschreckte er die arabische Welt mit *Die Vergewaltigung*. Ein Theaterstück, das vom israelisch-palästinensischen Konflikt handelt, von Besatzung und Widerstand, das über Schwarz-Weiß-Malerei hinausgeht und in dem die Henker auf beiden Seiten stehen. Das Drama brachte die arabische Welt in Aufruhr und erntete starken Beifall ebenso wie heftige Kritik.

In den Neunzigern erschienen unmittelbar hintereinander fünf weitere Dramen, die sowohl inhaltlich als auch formal außerordentlich bemerkenswert sind. Neu war, daß diese romanhaft verfaßten Dramen sich nicht nur zum Aufführen, sondern ebensogut zum Lesen eigneten. Die Themen sind vielfältig und umfassen sowohl das Allgemeine als auch das Persönliche. Wannus zögerte nicht länger, sich selbst einzubringen; seine Dramen wurden persönlicher und behandeln nicht nur allgemeine politische Fragen. Wannus geht es mehr darum, Fragen aufzuwerfen als sie zu beantworten. Kennzeichnend für alle Dramen aus dieser Phase ist die kompromißlose, keineswegs vereinfachende Darstellung komplexer Sachverhalte. Wannus räumt auf mit Tabus und unantastbaren Vorbildern. In *Miniaturen* (1993) stellt er die opportunistische Haltung des großen pragmatischen Historikers Ibn Khaldun (1332–1406) in Frage. Im Jahre 1401 stand der Mongole Timor, nachdem er Aleppo gewaltsam erobert, es verwüstet und seine Bevölkerung ermordet hatte, mit seinem Heer vor den Toren von Damaskus. Als der Mamluken-Sultan mit seinen Soldaten abzog, um seinen Thron zu retten, wollen die auf ihren Interessen bedachten Notabeln die Stadt kampflos übergeben. Alle bangen und zittern: der Großgrundbesitzer um seine Güter, der Händler um seinen Profit und der Gelehrte um seine Stellung. Wannus geht es vor allem darum, die Verantwortung der Intellektuellen herauszustellen, die sich in die Dienste tyrannischer Herrscher begeben. Das Drama *Rituale der Zeichen und Metamorphosen* (1994) spielt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In diesem sehr kühnen Drama lehnen sich die von Liebe und Leidenschaft aufgewühlten Individuen gegen die Verlogenheit der Gesellschaft auf. Um die Ehre ihres Mannes zu retten, geht Mu'mina (die Gläubige), die tugendhafte Ehefrau, auf ein Spiel ein, in dem sie sich klammheimlich gegen ein Freudenmädchen, in dessen Begleitung ihr Ehemann erwischt wurde, austauschen läßt. Nach der von ihr zur Bedingung gemachten Scheidung zieht sie es vor, verbotene, aber heimlich praktizierte und mißbrauchte Formen der Verführung und Befriedigung von Begierde, durch formelle und gesellschaftlich funktionalisierte zu ersetzen. Als Prostituierte, die die gesamte Stadt einschließlich des Mufti beunruhigt, wird sie *Almasa* (Diamant) getauft. Eine weitere Figur, die die Maske herunterreißt, ist der Leibwächter des Mufti, der, nachdem er es erst zu verheimlichen versucht, sich zu seiner Homosexualität bekennt. Er wird von der scheinheiligen Gesellschaft in den Abgrund getrieben, bleibt aber im Einklang mit sich selbst.



Selbstportrait kurz vor seinem Tod

Allen diesen Dramen gemeinsam ist das Hervortreten des kleinen, gewöhnlichen Menschen, mit seinen Sorgen und Träumen, Leidenschaften und Schwächen. Anders als in seiner politisierenden Phase scheint Wannus in dieser Phase seines Schaffens zu erkennen, daß Antworten und Lösungen auf große Fragen und Probleme nicht gefunden werden können, ehe der Einzelne die Courage besitzt, Lügen und Falschheit ins Gesicht zu sehen und sie zu überwinden. Solange er sich selbst nicht verändert, wird sich die Welt auch nicht ändern. Handeln ist das wichtigste, der Erfolg dieser Handlung ist zweitrangig; denn fast alle Dramen enden mit dem Scheitern. Auffallend ist die Bedeutung, die den Frauen in diesen Dramen zukommt. Sie sind ausnahmlos die Stärkeren und Kompromißloseren.

Wenige Monate vor seinem Tod erschien ein weiteres Drama von Saadallah Wannus. Der besessene Bühnenautor hat trotz immer wiederkehrender Zweifel bis zu seinem Lebensende an das Theater geglaubt. In dem Brief, der am 27. 3. 1996, dem Theaterwelttag, an alle Theater der Welt verschickt wurde und den er 1995 im Auftrag der UNESCO verfaßte, schrieb er: *Theater ist in Wirklichkeit mehr als eine Kunst. Es ist ein komplexes kulturelles zivilisatorisches Phänomen. Würde die Welt es missen, wäre sie einsamer, häßlicher und ärmer.*

Mari Elias, Theaterwissenschaftlerin und -kritikerin, führte seit 1995 mit Saadallah Wannus einen Dialog, der demnächst als Buch erscheinen wird. In den hier ausgewählten Passagen befragt sie ihn zu dieser letzten Phase seines Schaffens.

Mari Elias: *Es ist offensichtlich, daß eine große Veränderung in ihren letzten Theaterstücken – vor allem seit* Die Vergewaltigung *– stattgefunden hat und daß Sie eine Phase erreicht haben, in der Sie viele Standpunkte revidieren, zum Beispiel bezüglich der Rolle des Theaters. Wie kam es zu dieser Veränderung?*

Saadallah Wannus: Dieser Wandel war in erster Linie die Folge verschiedener Überlegungen. Ich habe auch versucht, andere Formen einzusetzen. Das beantwortet natürlich nicht ganz Ihre Frage; denn es ist nicht eine Frage der Reife oder wie man zu dieser Reife gelangt. Es ist vielmehr das Zusammenwirken gewisser Umstände und Überlegungen. Darüber hinaus gibt es eine tiefgehende Veränderung in der Haltung des Schriftstellers hinsichtlich der neuen Weltlage und des Stellenwerts des Theaters in dieser Welt. Angenommen die Theaterstücke, die dem Stück *Die Vergewaltigung* vorausgingen, weisen einige Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten auf und sind tatsächlich Aspekte einer einzigen Erfahrung – mit Vorbehalt gesagt, denn die Ähnlichkeit ist geringer als es scheint und für mich war jeder Versuch ein neues Experiment –, so lassen sich diese Punkte in ein Hauptmerkmal zusammenfassen, das für die vergangene Phase charakteristisch ist, nämlich die Hoffnung und die Gewißheit, durch das Theater etwas zu bewirken. Es herrschte der Glaube, es sei immer noch möglich, einzugreifen und Einfluß auf das Geschehen und den Verlauf der Geschichte in dieser Region zu haben. Die Lage damals ließ solche Hoffnung oder Überzeugung noch zu. Fast alle Drittweltländer befanden sich in einer Phase, die man „historisch nicht eindeutig" bezeichnen konnte, da die regierende Macht sich noch nicht zu einem totalitären „etatistischen" System entwickelt hatte. Auch hatten die soziopolitischen Kräfte in der Gesellschaft die Hoffnung nicht aufgegeben und waren noch nicht endgültig marginalisiert worden; d.h. wir befanden uns in einem historischen Prozeß, in dem eine Auseinandersetzung möglich war.

Diese Lage hat meine Theaterstücke in der vorherigen Phase geprägt ... Voraussetzung dafür war, daß innerhalb der Gesellshaft ein Dialog, eine offene, nicht abgeschlossene Diskussion stattfand und daß ein Mehr an Demokratie möglich war.

In der zweiten Phase sind die Hoffnungen geschrumpft. Der Staat bestimmte in einem stärkeren Maße, entsprechend fand die Marginalisierung der gesellschaftlichen Kräfte statt. Gleichzeitig zeigte sich, wie morsch die existierenden politischen Kräfte waren, und ihre Unfähigkeit, Widerstand zu leisten und kreative, effiziente Kampfmethoden zu entwickeln. Viele Illusionen, den Kampf, Heldentaten, das Volk, Märtyrer und Organisationen betreffend, zerbrachen. Nach dem Golfkrieg standen wir völlig nackt da.

Was mich betrifft, so entdeckte ich in dieser neuen Phase meines literarischen Schaffens und nach langjähriger Überlegung und Reflexion, daß das Problem viel komplexer ist als eine bloße Macht – Gesellschaft Beziehung. Es ist eine Zusammensetzung dreier Komponenten: äußerst rückständige neben nur äußerlich modernen gesellschaftlichen Strukturen, die nicht miteinander harmonieren, sowie das Fehlen eines zukunftweisenden Projektes, in dem ein moderner Staat bestehen kann, ohne daß die Macht in eine feindliche Beziehung zur Gesellschaft tritt, sie marginalisiert und aus einem negativen defensiven Mechanismus heraus zwingt, auf ihre überholten traditionellen moralischen Strukturen zurückzugreifen. Insofern, kann man sagen, daß etwas Neues in meinen letzten Theaterstücken ist.

Ich habe das Gefühl, daß das Neue in ihren Werken sich nicht auf dieses allgemein reflektierte Niveau beschränkt, sondern daß es eine neue Dimension gibt. Präziser gesagt: obwohl Sie die fehlende Freiheit auf der allgemeinen Ebene beklagen, findet in diesen Theaterstücken ein wichtiger Befreiungsprozeß auf der persönlichen Ebene statt. Daher mein Versuch, zwischen dem Allgemeinen und dem Persönlichen erstmal zu unterscheiden. Gab es für Sie solch eine persönliche Befreiung?

Kurz gesagt, ich bin auf der persönlichen Ebene von Illusionen reingewaschen.

Was für Illusionen? Illusionen die Macht und die gesellschaftliche Struktur betreffend oder viel kleinere Illusionen?

Viel kleinere.

Ihre früheren Werke hatten eine gewissermaßen einfache Konstruktion. Hat das Reflektieren und die Tatsache, daß Sie keine Illusionen mehr haben, zu diesem komplexeren, vielschichtigeren Theater geführt, in dem die Ich-Form des Erzählers auftritt, in Die Vergewaltigung *sogar in höchst eigener Person als Saadallah Wannus?*

Gewiß. Früher war alles etwas vereinfacht dargestellt. Damals glaubten wir, daß es genügt, die Macht zu ändern, um die Gesellschaft zu verändern und den erstrebten Fortschritt zu erzielen. Heute glaube ich, daß es nicht so einfach ist. Das einzige, was wir immer versucht haben, war, einen Machtwechsel herbeizuführen, und es war jedesmal nichts weiter als eine oberflächige Umsturzaktion. Was wir nicht probiert haben, war, die Gesellschaft zu verändern. Es ist viel schwieriger, eine Gesellschaft, die im Aberglauben verharrt und erstarrt, wachzurütteln.

Es kommen neue, menschlichere und persönlichere Themen in ihren Werken vor. Hängt es mit dem Nachdenken und Revidieren zusammen? Können Sie uns sagen, was genau das Neue für Sie war?

Zum ersten Mal empfinde ich das Schreiben als Akt der Befreiung. Früher hatte ich gewisse Vorstellungen: ich legte mir eine Art Selbstzensur auf. Eine innere Zensur, die – wie ich es mir einbildete – darin bestand, alles, was von sekundärer Bedeutung war, zu unterdrücken und nur

für mich vermeintlich große Fragen zu behandeln. Zum ersten Mal spüre ich, daß das Schreiben ein Vergnügen ist. Ich war der Ansicht, daß persönliche Sorgen oder individuelle Probleme bürgerliche, oberflächliche, unwesentliche Angelegenheiten seien, die man beiseite schieben kann. Mein ganzes Interesse lag darin, mir der Geschichte bewußt zu werden, und ich dachte - zu unrecht -, ich muß die Fallen der kleinbürgerlichen Literatur meiden und über alles Individuelle und Persönliche hinausgehen. Daher fühlte ich mich in meiner Arbeit als Dramatiker nie ganz bei mir selbst.

Kann denn das Theater – Ihrer Meinung nach – immer noch eine Rolle spielen bei der Veränderung der Gesellschaft?

Man muß ganz klar zugeben, daß eine programmatische Marginalisierung der Kultur und insbesondere des Theaters stattfindet. Das ist ein weltweites Phänomen, das im Zuge der neuen Weltordnung skandalös offensichtlich geworden ist.
Die kulturelle Marginalisierung in einem Land wie unserem hat weitaus mehr negative Folgen als in Frankreich zum Beispiel. Bei uns ist es erforderlich, daß die Kultur eine allgemeine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der Gesellschaft spielt.

Das Theater ist ein echter Indikator für eine Zivilgesellschaft. Daß Menschen sich bei einer Aufführung an einem Ort versammeln, die Auffürung an sich, ist ein Symbol für das Aufkommen eines Dialoges innerhalb der Gesellschaft. Ich bin nicht mehr sicher, ob dem Theater eine Chance gegeben wird, um solch eine Rolle in unserer Gesellschaft auszuüben. Zumal die herrschenden Kommunikationsmittel zur neuen Formen des Zuschauens geführt haben, die die Isolation verstärken und den Dialog behindern. Sicherlich, ich habe nicht mehr die gleichen großen Erwartungen wie vor zwanzig Jahren, aber ich glaube immer noch, daß das Theater am ehesten in der Lage ist - mehr als die Literatur - diesen zivilen Dialog einzuleiten. Aber es ist gewissermaßen ein Teufelskreis.

Wieso?

Damit der Dialog in der Gesellschaft auflebt, muß das Theater belebt werden. Das Theater wiederum kann sich nur in einer Zivilgesellschaft entfalten, die nicht von Despotie und Unterdrückung zunichte gemacht wird.

Was wäre die Lösung, Ihrer Meinung nach?

(...) Das marginalisierte Theater ist dem Popularismus, der die anderen Kommunikationsmittel kennzeichnet, fern. Seine künstlerische Besonderheit und Stärke muß darin bestehen, Fragen aufzuwerfen und zum Nachdenken zu veranlassen, statt zu belehren und fertige Ideen zu produzieren.

Ein Theater der Elite?

Warum nicht? Ich glaube, daß ein nicht popularistisches, kreatives Theater, das mit seinen im Vergleich zu den anderen Kommunikationsmitteln außerordenlichen Möglichkeiten mehr Mut an den Tag legt bei der Erkundung des Indivduums und der Gesellschaft, mehr als nur die Elite anziehen kann.

Ich möchte genauer fragen wie Sie schriftstellerische Theaterarbeit heute sehen ?

Ich werde von meiner persönlichen Erfahrung sprechen. Ich glaube, sie entspricht in vielerlei Hinsichten der Erfahrung einiger arabischer Autoren, die im Theaterschaffen aktiv waren und in Ägypten in den Sechzigern versucht haben, in ihrer Gesellschaft effizient zu sein. Ich war der Meinung, es sei möglich, den in unserer Gesellschaft vorhandenen marginalen Bereich der Demokratie zu erweitern. Wir dürfen nicht vergessen, daß ich und meine Generation oder zumindest viele dachten, daß sich eine fortschrittliche Bewegung in unserer Gesellschaft organisiere und daß die negativen Seiten, auf die wir ständig stießen, auf einzelne Abweichungen einiger Machtinhaber oder auf eine mangelnde Radikalität der gewählten politischen Optionen zurückzuführen sei. Folglich bildeten wir uns ein, daß ein verstärkter Kampf zur Ausmerzung dieser negativen Seiten führen und den Fortschrittsprozeß beschleunigen würde, den sozialistische, unionistische und antiimperialistische Gesellschaften versprachen.

So hofften wir, daß das Theater zur Konsolidierung der zivilen Gesellschaft beitragen würde, breitere Massen zur politischen Arbeit motivieren könnte und sie dazu brächte, Angst und Unwissenheit und ein großes Erbe an frustrierenden, warnenden Sprüchen zu überwinden, die alle dazu rieten, sich von Politik fernzuhalten.

(...) Kann ein Theaterstück sich wirklich in eine Handlung verwandeln? Wo nehmen Sie diesen Glauben her ?

(...) Ich träumte davon, daß ein Dialog innerhalb des Theaters entsteht, daß Ursachen der Niederlage oder des Rückschritts aufgezeigt werden; kurz gesagt, ich träumte davon, daß dieser Dialog dazu führt, allmählich das historische Bewußtsein des Bürgers zu entwickeln und möglicherweise zu einer Handlung oder zu der Überzeugung zu kommen, daß eine Handlung notwendig sei, oder zumindest zu der bitteren Erkenntnis, daß die Realität unerträglich ist und verändert werden muß. Derart würde die Demokratie wachsen und die zivile Gesellschaft sich festigen. Wir dachten, die Unterdrückungsmaschinerie zu überlisten, indem wir sie in einen Dialog verwickelten. So stellte ich mir vor, daß meine Bühnentexte ... nur Vorschläge oder sagen wir ästhetisch formulierte Arbeitspläne sind, die zum Dialog verführen sollten ... Leider als wir dieses Experiment starteten, hatte die Macht, nachdem sie die ersten Reaktionen auf die Niederlage vom Junikrieg (1967) verdaut hatte, begonnen, ihren Unterdrükkungsapparat besser zu organisieren und Tag für Tag den Demokratiebereich einzuengen. Das ist der Widerspruch, der meine Theaterarbeit geprägt hat. Ohne damit angeben zu wollen, ich war der erste Bühnenautor in Syrien, der von der Militärgeheimpolizei verhört wurde, und zwar wegen *Ein Unterhaltungsabend für den 5. Juni.* Die Aufführung des Dramas *Das Abenteuer des Kopfes des Mamluken Djaber* (1970/71) wurde bei der Premiere gestoppt. Der frühe Zusammenprall mit der Zensur hat mir die

Grenzen meines Traumes und des Theaters klar gemacht.

(...) Lassen Sie uns auf die enge Verknüpfung zwischen dem Persönlichen und dem Allgemeinen in ihrem Theater eingehen. Sie haben in ihren letzten Werken ... Tabuthemen aufgegriffen?

Halten wir einen Punkt fest; Ich habe zehn Jahre lang keine Dramen mehr verfaßt. Während diesen zehn mit Niedergeschlagenheit vergeudeten Jahren, wußte ich, daß ich nur wieder schreiben kann, wenn ich ernsthaft mein bisheriges Schaffen und die gegenwärtige Situation, in der sich das Theater heute befindet, revidiere und das Scheitern des nationalen Projekts in der gesammten arabischen Welt überdenke. Dabei stellte ich fest – wie bereits erwähnt –, daß ich mich nicht ausreichend mit den rückständigen gesellschaftlichen Strukturen in unseren Ländern beschäftigt habe und nur am Rande den Zusammenhang zwischen diesen Strukturen und den Herrschaftsformen, die uns die Geschichte bescherte, hervorgehoben habe. Andererseits mußte ich erkennen, daß das nationale Projekt mit allem, was es bedeutet – Befreiung, Fortschritt und Modernität – es nicht erforderlich macht, daß wir uns als Individuen negieren. Individuen, die ihre Neigungen, Sorgen und die Sehnsucht nach Freiheit haben und das dringende Bedürfnis „ich" sagen zu können ohne sich schämen oder *Gott bewahre uns,* sagen zu müssen. Im Gegenteil, dieses nationale Projekt kann nur gelingen und verwirklicht werden, wenn dieses „ich" ohne Scham oder Heuchelei sich frei entfalten und behaupten kann.

Heißt es, daß Sie ihre Meinung zur Rolle des Intellektuellen geändert haben ?

Die Rolle des Intellektuellen ist für mich bescheidener und weniger strahlend geworden. Seine Rolle als Kritiker ist jetzt viel wichtiger und dringender. Ich glaube, das ist viel sinnvoller als täglich dafür zu kämpfen und verzweifelt zu versuchen, sich in die Politik einzumischen oder fertige Ideen und Theorien und wohlklingende Parolen zu verkünden. Diese Rolle des Intellektuellen als Kritiker hätte eigentlich der Phase der fertigen abgeschlossenen Ideen vorausgehen müssen. Aber das Überspringen der Phasen hat uns den historischen Bruch zwischen den Intellektuellen des arabischen Wiedererwachens (nahda) in der Kolonialzeit und den Intellektuellen des nationalen Staates eingebracht. Dies ist auch zum Teil die Ursache für diese aufeinander folgenden Niederlagen, die wir seit einem halben Jahrhundert erleben. Darüber hinaus hat der Intellektuelle die Pflicht, seine Freiheit möglichst auszuüben und seine Individualität zu lieben. Er darf keinesfalls glauben, daß, wenn er sein Wesen als Individum bereichert, er die Einheit der Gemeinschaft zerstört. Unsere Auffassung von Gemeinschaft und gemeinschaftlicher Arbeit war naiv. Wir bildeten uns ein, diese Gemeinschaft besteht aus einzelne Personen mit einem Gesicht und einem Charakter. Wir verabscheuten Ausnahmen und Einzelgänger und vergaßen oder ignorierten, daß nicht die Anhäufung von Nummern und leeren Existenzen eine Gemeinschaft zu einer menschlichen Kraft macht, sondern Ausnahmen und Einzigartigkeit.

Aus dem Arabischen von Magda Barakat

Auszug aus dem Theaterstück *Miniaturen*

Zweite Miniatur. 6. Detail
Ibn Khaldun und Sharafaddin (sein Schüler).

Sharafaddin: Ist es nicht die Aufgabe des Gelehrten, Meister, den Menschen ein Licht zu sein oder ihnen einen Weg zu zeigen, um den Niedergang aufzuhalten?

Ibn Khaldun: Nein, das ist nicht seine Aufgabe.

Sharafaddin: Was ist dann seine Aufgabe?

Ibn Khaldun: Seine Aufgabe ist, die Realität und die Art und Weise, in der die Ereignisse geschehen, und ihre tiefen Ursachen zu analysieren.

Sharafaddin: Die Gelehrten haben immer geträumt und nach Lösungen für die Probleme ihrer Zeit gesucht. Sie malten den Menschen tugendhafte Gesellschaften aus, die dem Menschen und der menschlichen Gesellschaft würdig sind. Hat nicht Al-Farabi (gest. 950) *Ansichten der Bevölkerung der tugendhaften Stadt* niedergeschrieben? Hat nicht Aristoteles zwei Bücher über Moral und Politik verfaßt? Ebenso viele andere?

Ibn Khaldun: Sie kannten die *Wissenschaft der Zivilisation* nicht und wußten nicht, daß sie von Akzidens und zwangsläufigen Abläufen bestimmt wird (...). Die Zivilisation hat ihre festen, konstanten Gesetze gleich jenen, die das Aufeinanderfolgen der Jahreszeiten und den Wechsel von Tag und Nacht bestimmen. Diese Ignoranz ließ sie glauben, es wäre möglich, durch Lehren und Leiten die Staatsverhältnisse zu verändern oder sie gemäß Wünschen und Träumen zu errichten. (...)

Sharafaddin: Ich weiß Meister, daß Sie diese Wissenschaft gegründet haben. Aber um ehrlich zu sein, immer wenn ich ein Kapitel aus Ihrer *Muqaddima* lese, fühle ich mich bedrückt und verzweifelt. Wenn die Phänomene der Zivilisation nicht durch freien Willen, sondern gemäß der Weltordnung geschehen, was bleibt den Menschen? Es bleibt ihnen nichts anderes übrig als gleichgültig in diesem gewaltigen Kreislauf mitzurennen, der sie von der Geburt bis zum Tode führt. Und wird der Staat altersschwach, was können sie machen? Nichts. Sie, Meister, haben ihnen keine andere Wahl gelassen, als sich in ihr Leichentuch einzuhüllen und sich auf ihre Verwesung und Zerfall vorzubereiten.

Aus dem Arabischen von Magda Barakat

Auszug aus dem Theaterstück *Rituale der Zeichen und Metamorphosen*

Zweiter Teil. 5. Szene
Almasa und Ash-shaikh Muhammad (ihr Vater)

Ash-shaikh Muhammad: Du wagst es, mir in's Gesicht zu blicken? Woher nimmst du diese Impertinenz? Der Ruf einer Frau fällt in unserem Land zuerst auf ihre Familie. Sie ist eine Plage für ihren Vater, ihren Bruder, ihren Ehemann, ihre Cousins – alle. Ist das das Ergebnis meiner Erziehung, der Bildung, die du im Unterschied zu anderen Mädchen genossen hast? Was ist nur in dich gefahren? Du mußt besessen oder verrückt sein, um so etwas Widerwärtiges machen zu können.

Almasa: Ja, frommer Mann, ich bin besessen von den Geistern, die sich in unserem Haus verbargen. Besessen von den Gerüchen der Begierde, von denen unser Haus bis in die letzte Ecke durchdrungen war. Schon sehr früh konnte ich diese Gerüche unterscheiden, die ich als kleines Mädchen kennengelernt habe. Ja, besessen von dem unterdrückten Flüstern und den erstickten Skandalen. Und du, frommer Mann, willst mir etwas von Erziehung erzählen? Kennst du das Feuer, das meinen Körper gebrandmarkt hat und ihn vor der Zeit hat reif werden lassen? Es ist das Feuer deiner Begierde, das nie nachlässt, genau wie die Begierde deines ältesten Sohnes, auf den du so stolz bist. Es ist das Feuer der Qual in den Augen meiner Mutter und ihres schmerzerfüllten Schweigens. Das Feuer deines Blickes, das mich zuhause verfolgte, überall, wenn ich alleine sein wollte, im Schlafzimmer und selbst auf dem Klosett.

Ash-shaikh Muhammad: Schweig! Möge Gott deine Zunge abschneiden. Ich erkenne in dir nicht mehr meine Tochter. Du bist vom Satan besessen, er ist es, der durch deinen Mund spricht.

Almasa: War es auch der Satan, der den Dienstmädchen die verschiedenen Stufen des Lasters beibrachte und sie deflorierte, bevor sie zur Frau geworden waren, um dann die Last bei meiner Mutter abzuladen, die den Skandal vertuschend vor sich hin welkte! Weißt du, daß das Freudenmächen, das ganz Damaskus beschäftigte und meinem Ehemann den Verstand raubte, ein Dienstmädchen in unserem Haus war? Du warst ihr erster Lehrer in der Kunst der Lust und des Lasters.

Ash-shaikh Muhammad: (*ohrfeigt sie heftig, vor Erregung und Wut zitternd*) Schweig! Verflucht seist du! Hast du jeden Anstand und jede Scham verloren?

Almasa: Du hast es so gewollt. Du hast mein Schamgefühl zerrissen und die Sünde in mich gesät. Ja, du hast mich Worte gelehrt, aber was ist der Wert dieser Worte, wenn ich sehe, wie du sie anwendest, wie du sie ins Gegenteil verkehrst, um zu deiner Wollust zu kommen ... Ich bin deine Tochter und meine Neigungen stammen von dir. Was ich heute tue, reifte in den scharfen Gerüchen, die aus den dunklen Ecken unseres Hauses strömten und sich darin verbreiteten.

Ash-shaikh Muhammad: Verflucht seist du bist zum jüngsten Gericht! Willst du dich mit Männern gleichstellen? ...

Aus dem Arabischen von Magda Barakat

Auszug aus dem Theaterstück *Die Vergewaltigung*

Schlußkapitel. Es sprechen Dr. Abraham Menachim und Saadallah Wannus

Der Doktor: Ist es schwierig, eine Persönlichkeit wie mich vorzustellen?

Saadallah: Es war nötig, viele Barrieren zu überwinden. Der geschichtliche Argwohn, der verbietet, Ihre Existenz anzuerkennen. Der politische Pöbel, der verhindert, daß Sie ausgewählt werden, und die Furcht der Besiegten vor dem Verrat, das trennende Hindernis der Opfer und Wunden und darüber hinaus die Intrigen der Polizei und der Fallen der Spitzel. Ja ... all diese Hindernisse mußte ich überwinden, um die Person Abraham Menachims zu gestalten ...

Der Doktor: ... Sie haben sich darauf konzentriert, was hier in den Gefängnissen passiert, und Sie haben so getan, als ob Sie nicht wüßten, was in arabischen Gefängnissen passiert ...

Saadallah: Hören Sie ... Ich habe lange gezögert, bevor ich dieses Werk geschrieben habe, und der Grund für mein Zögern war dieses bittere Gefühl, daß das Stück vielleicht als eine Spielart der Verdrehungskunst erscheint. Ja, mein Herr ... die Rechtschaffenheit muß auf beiden Seiten gleichermaßen vorhanden sein, und ich muß mir eingestehen, daß es in den Gefängnissen auf unserer Seite nicht mehr Mitleid gibt und nicht weniger Grausamkeit. Aber glauben Sie, daß diese Regime und ihre Gefängnisse uns repräsentieren? Nein ... mein Herr. Unser Problem ist mehrschichtig. Denn heute findet der Zionismus seine organisatorishe Fortführung im aktuellen arabischen System ... Die Verstrickung auf unserer Seite ist kompliziert. Denn der Ausweg aus ihr erfordert einen komplexen und schweren Kampf. Ja, mein Herr: Die Rechtschaffenheit muß beidseitig sein ... Diese geschichtliche Verstrickung kann nur mit einem hohen Preis gelöst werden.

Aus: Friederike Pannewick, Der andere Blick. Eine syrische Stimme zur Palästinafrage. Klaus Schwarz Verlag, Berlin, 1993, S. 211/212

April 1987: Irakischer Giftgasangriff auf Sheikh Wassan

Hans Rimscha

„Sucht nirgendwo nach uns, uns ist furchtbares Unheil widerfahren ..."

Am Nachmittag des 16. April 1987 griffen etwa ein Dutzend irakische Flugzeuge das Dorf Sheikh Wassan im Balisan-Tal an. Das fruchtbare Tal im Norden der Provinz Arbil in Kurdistan-Irak war seit den 60er Jahren ein Rückzugsgebiet kurdischer Widerstandskämpfer. In den 80er Jahren hatte die Patriotische Union Kurdistans (PUK), die sich 1986 nach langen Auseinandersetzungen mit der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) verbündet hatte und eine Allianz mit dem Iran eingegangen war, dort eines ihrer regionalen Hauptquartiere aufgeschlagen.

Bereits 1985 hatte die Zentralregierung das Balisan-Tal und andere Gebiete, in denen die kurdische Opposition operierte, zu Sperrzonen erklärt, Lehrer und Gesundheitspersonal abgezogen und ein Lebensmittelembargo verhängt. Gelegentlich wurde das Tal von irakische Flugzeugen bombardiert, vor denen die Bewohner in ihren Häusern, in zum Schutz angelegten Unterständen oder in der Umgebung Schutz suchten.

So auch an diesem Tag, doch vergeblich. Die Bomben schlugen ohne große Explosion auf, aus ihnen stieg weißer, grauer und rosafarbener Nebel empor. Die Menschen nahmen im ersten Moment Gerüche von Blumen, dann von Knoblauch und Fäulnis wahr. Einzelne erbrachen sich, wer von dem Nebel erfaßt wurde, konnte plötzlich nicht mehr sehen, die Gesichter der Menschen färbten sich schwarz. Wer konnte, floh in Panik in die Berge, wo viele Menschen starben. Andere, in deren Nähe Bomben aufgeschlagen waren, kamen dort zu Tode, wo sie gerade gestanden hatten.

Bewohner des Nachbardorfes Beiro schickten Traktoren mit Anhängern, um die Überlebenden zu retten. Bereits auf dem Weg in die Kreisstadt Rania mußten die Helfer 50 Menschen begraben, die während des Transports gestorben waren. Das medizinische Personal in Rania, völlig überfordert, versuchte nach Kräften zu helfen, wusch den Menschen die Augen aus und verband ihre Wunden. Am nächsten Morgen – nach Sheikh Wassan waren mittlerweile Truppen vorgerückt und hatten jedes Haus zerstört - tauchten Männer des Geheimdienstes in Rania auf, um die Verletzten ins Krankenhaus der Provinzhauptstadt Arbil zu bringen. Sie wurden in Kleinbussen abtransportiert. Unterwegs wurde ihnen gesagt, sie würden nur behandelt, wenn sie bestätigten, von iranischen Flugzeugen angegriffen worden zu sein. Doch einen Tag, nachdem die ca. 200 Verletzten im Krankenhaus Arbil angekommen und ihre Versorgung begonnen hatte, mußten auf Befehl eines hohen Sicherheitsoffiziers die Verbände wieder abgenommen werden. Die Verletzten wurden in ein Gefängnis des Sicherheitsdienstes in Arbil gebracht.

Ein dort Inhaftierter war Zeuge ihrer Ankunft:

Die Zelle, in der wir untergebracht waren, hatte ganz oben am Dach ein kleines Fenster, das zum Hof wies. Die anderen Häftlinge hoben mich herauf. Ich war wie von einem furchtbaren Schlag getroffen: Hunderte von Menschen, Frauen und Kinder, Junge und Alte, einige von ihnen mit furchtbar entstellten Zügen. Ihre Augen waren aus den Höhlen hervorgetreten, ihre Gesicher verbrannt. Einige von ihnen hatten sich auf der Erde ausgestreckt, andere schrien und stöhnten Kinder riefen nach ihren Eltern. Frauen riefen die Namen ihrer Kinder. Kinder schrien ‚Daye, Vater'. Namen, Namen, Schreie, Weinen und Wehklagen.

Nachdem die Geheimdienstleute, die sie hierher gebracht hatten, abgezogen waren, öffneten die Wärter die Türen unserer Zellen, doch sie warnten uns, daß es streng verboten sei, ihnen etwas zu essen oder trinken zu geben. Wir beachteten ihre Worte nicht. Die Frauen verlangten nach Milchflaschen für ihre Kinder: „Bitte, mein Bruder, mein Kind braucht das!" Sie schrien herzzerreißend. Männer rissen ihre Pluderhosen herunter, schrien, entblößten sich, ohne sich zu schämen, und zeigten auf ihr verbranntes Glied. Ein Schreien und Wehklagen, daß es das Herz zerreißt. Wir verbanden die Kinder mit den Kleidern der Frauen. Einige der Verletzten holten Geld aus ihren Taschen und flehten uns an: „gebt unseren Kindern zu essen! besorgt ihnen Medikamente! Holt einen Arzt!" Die Frauen dachten zuerst, sie seien in einem Krankenhaus. Eine von ihnen sagte: „Willst Du nicht eben zur Moschee gehen und meinen Sohn über den Lautsprecher ausrufen lassen? Ich habe ihn hier verloren." Innerhalb von fünf Tagen starben 30 Kinder, ich habe die Toten fortgetragen.

Eine schreckliche Szene werde ich nie vergessen. Eine der Frauen dort war im neunten Monat schwanger. Sie stand kurz vor der Geburt, die Geburtswehen hatten schon eingesetzt. Aber sie starb, als das Kind sich schon in ihrem Bauch bewegte. Vergeblich versuchten wir die Wärter zu überreden, einen Arzt zu holen, damit er das Kind rette. Eine Stunde später verstummte das Kind für immer, und ich trug den Leichnam der jungen Frau zu dem Haufen mit den anderen Toten.

Sheikh Wassan – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein ungeheurer Verstoß gegen das Gebot medizinischer Neutralität, ein Bruch des (erst 1997 durch eine UN-Konvention aktualisierten) Genfer Protokolls von 1925, das den Einsatz von C-Waffen untersagt.

Bereits 1984 hatten irakische Truppen chemische Waffen im Krieg mit dem Iran eingesetzt, doch dies war

der erste Einsatz im eigenen Land – und das erste Mal in der Geschichte, daß eine Regierung chemische Waffen gegen die eigene Bevölkerung einsetzte. Verzweifelte kurdische Appelle an die Vereinten Nationen blieben ungehört. Diese hatten zwar Untersuchungen über irakische Giftgaseinsätze gegen iranische Soldaten angestellt, doch blieb eine wirksame Verurteilung durch den Sicherheitsrat aus.

März 1987 – Irak

Einen Monat vor Sheikh Wassan war Hassan Ali Al-Majid, ein Cousin Saddam Hussains, vom Revolutionären Komandorat zum Vorsitzenden des „Nordbüros" der herrschenden Baath-Partei ernannt und mit weitreichenden Vollmachten zur Zerschlagung der „Saboteure" und „Kollaborateure des Iran" ausgestattet worden. Im Juli 1987 erklärte Al-Majid die von Aufständischen kontrollierten Gebiete zu Todeszonen. Im Februar 1988 begannen unter seinem Kommando Vernichtungsoperationen, die als eine Art legitimatorischer Verweis mit dem Titel der achten Sure des Koran, *al-Anfal* (Kriegsbeute), bezeichnet wurden. Im Verlauf der acht *Anfal*-Offensiven wurden unter systematischem Einsatz von Giftgas Hunderte von Dörfern zerstört, die Stadt Halabja bombardiert und nach kurdischen Schätzungen 180 000 Menschen verschleppt bzw. getötet.
Jahre später rekonstruierte Human Rights Watch (HRW) anhand von Zeugenaussagen, irakischen Dokumenten und einem Videofilm, den kurdische Hilfstruppen der irakische Armee in Sheikh Wassan aufgezeichnet hatten, den Giftgasangriff und die Verschleppung der Überlebenden. Insgesamt starben nach Schätzung von HRW 400 Menschen aus Sheikh Wassan, zwischen 64 und 102 Menschen sollen allein in dem Gefängnis ums Leben gekommen sein. Jene, die den Aufenthalt im Gefängnis überlebten, wurden abtransportiert und gelten bis heute als verschwunden.

März 1987 – Deutschland

Im Frühjahr 1987 weilte auch eine Delegation des Hamburger Unternehmens W.E.T. im Irak, wo sie vom Staatsunternehmen für Pestizidproduktion (SEPP) empfangen wurde. W.E.T., die im hessischen Dreieich ansässige Firmengruppe Kolb/Pilot Plant und andere Exporteure waren seit Anfang der 80er Jahre damit beschäftigt, den Irak mit kompletten Anlagen für die industrielle C-Waffenproduktion im schwerbewachten Komplex *Samarra* auszustatten: Anlagen für die Produktion von Senfgas, Sarin, Tabun und Blausäure, Inhalationskammern für Versuche mit Giftgasen, Drückmaschinen für die Bombenherstellung, Rohrverschraubungsanlagen für ihre Abfüllung.
Schon 1984 waren diese Giftgasgeschäfte durch Berichte der internationalen Presse publik geworden. Die Bundesregierung, wenig bereit, gegen deutsche Irak-Lieferanten vorzugehen, änderte einige Ausfuhrrichtlinien - wogegen Kolb Ende 1984 allerdings erfolgreich (!) klagte. Die Lieferungen gingen weiter, rheinische TÜV-Beamte, die in *Samarra* waren, hatten nichts zu beanstanden. Auch der damalige deutsche Botschafter im Irak, so ein TÜV-Mann später, sei „so unheimlich engagiert" für Samarra gewesen.[1] Erst im November 1987 eröffnete die Staatsanwaltschaft Darmstadt ein Verfahren gegen die beteiligten Firmen - wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Die Ermittlungen schleppten sich dahin. Ausgerechnet Saddam Hussain sorgte für eine Beschleunigung des Prozeßgeschehens, denn nach seiner Invasion in Kuwait im August 1990 bedrohten die deutsch-irakischen Vernichtungswaffen nicht mehr nur kurdische Dorfbewohner, sondern Soldaten der US-geführten Kriegsallianz. Nun wurde auch bekannt, daß W.E.T.-Manager Leufert und andere deutsche Firmenvertreter im Irak für den Bundesnachrichtendienst tätig waren – die Regierung also über das „Geheimnis von Samarra" (Titel einer BBC-Sendung) bestens unterrichtet gewesen sein mußte. Im Verfahren gegen den Allgäuer Unternehmer Adolf Eyerle, der u.a. mobile toxikologische Labors in den Irak geliefert hatte, sagte der ebenfalls beteiligte Abdul Jebara aus, das Irak-Geschäft sei vom damaligen BND-Chef Kinkel vermittelt worden, und die dem BND nahestehende *Telemit Electronic GmbH* habe militärisch relevante Irak-Exporte in Höhe von 100 Mio DM getätigt – woran sich Kinkel vor Gericht allerdings nicht erinnern konnte.[2]
Heute, 10 Jahre nach Beginn der Ermittlungen, sind die meisten Anklagepunkte des Darmstädter Giftgasverfahrens verjährt. Gegen drei W.E.T-Manager wurden geringe Haftstrafen verhängt, ein letztes Urteil gegen ihren verhandlungsunfähigen Kollegen Al-Kadhi steht noch aus. Eine Anklage wegen Beihilfe zum Völkermord ist nie erhoben worden. Lange verweigerte die Bundesregierung dem Gericht Protokolle der UN-Inspektoren, die mit der Zerstörung des irakischen A-, B- und C-Waffenpotentials beauftragt waren und Samarra inspiziert hatten.[3] Weder den Überlebenden von Sheikh Wassan noch anderen Opfern irakischer C-Waffeneinsätze wurde je eine Entschädigung Deutschlands zuteil, nicht einmal ein Ausdruck des Bedauerns – auf den Guernica ja auch 50 Jahre warten mußte. 1992 errichtete das Münchner Kurdistan-Informationszentrum eine Schule in Sheikh Wassan, das inzwischen von zurückgekehrten Bewohnern wiederaufgebaut worden war.
Abgesehen von derartiger humanitärer Hilfe, blieben die irakischen Kurden mit den Resultaten der Vernichtung und mannigfaltiger Zerstörung allein. Inzwischen herrscht dort erneut Krieg: um knappe Ressourcen kämpfen die kurdischen Parteien und mit humanitärer Hilfe hochgepäppelte Milizen auf Kosten der eigenen Bevölkerung, die Nachbarstaaten intervenieren, es geht um Macht und Einfluß in diesem Gebiet, um die Zukunft des Iraks und der Kurden, um milliardenschwere Wiederaufbaugeschäfte auch für deutsche Firmen. Wer spricht da noch von *Anfal*, von einem Tribunal gegen die Haupttäter in Bagdad, von deutscher Beihilfe und Verantwortung für das, was in Sheikh Wassan seinen Anfang nahm?

Quellen:

Middle East Watch, Genocide in Iraq. The Anfal Campaign Against the Kurds, New York 1993.
Demokratische Volkspartei Kurdistan-Irak, Das furchtbare Massaker im Gefängnis von Arbil (arab.), o.O., 1988.

1 Zeitung für Darmstadt, Mai 1992.
2 ddp/ADN-Bericht vom 19. 7. 94.
3 Frankfurter Rundschau, 2. 2. 94.

Die Galiläa-Gesellschaft

Khalil Toama

Eine neue Form politischer Arbeit

Es war ein langer Prozeß, bis die etablierten israelischen Parteien in der Lage waren, öffentlich zuzugeben, daß die arabisch-palästinensischen Bürger des Staates jahrelang diskriminiert worden sind – und zwar seit der Gründung Israels. Die Diskriminierung hat viele Facetten, die Reaktion der Betroffenen darauf erfolgte aber im Großen und Ganzen nur in einer einzigen Form: bitten, auffordern und abwarten, etwas zu bekommen, und als dies nicht geschah, schimpfen und protestieren. Nur wenig wurde unternommen, um aus der Misere herauszukommen, sei es wegen der fehlenden Mittel oder den notwendigen, aber nicht erhaltenen Genehmigungen.

Der Exodus der Palästinenser 1948 hatte zur Folge, daß nur 157 000 in Israel bliebenen, 900 000 wurden zu Vertriebenen und Flüchtlingen. Zudem verloren die Palästinenser neben der politischen Führung auch sämtliche kulturellen, sozialen, geistigen und ökonomischen Triebkräfte sowie die Lebensader einer Agrargesellschaft – den Boden. Der israelische Staat setzte eine staatskonforme Vertretung für die arabisch-palästinensischen Israelis ein. In der Folgezeit wurden diese durch den herrschenden Kriegszustand zwischen Israel und den arabischen Staaten von ihrem nationalen und kulturellen, aber auch wirtschaftlichen Lebensraum abgeschnitten. In Israel galten sie als fremder, verdächtiger Störfaktor und in den arabischen Staaten als Kollaborateure, weil sie in Israel bleiben durften – ideale Voraussetzungen für eine durch Handlungsunfähigkeit gekennzeichnete Haltung.

Durch den frühen Kontakt mit der „Moderne", beschleunigt durch die westliche Orientierung der israelisch-jüdischen Gesellschaft, wurde die „bequeme neuzeitliche Lebensart" samt ihrer Schattenseiten übernommen. Ein Wandel in der Infrastruktur und im Bewußtsein der inzwischen 900 000 zählenden palästinensischen Bevölkerung Israels fand nicht statt. Heute ist jeder sechste Bürger des „jüdischen Staates" ein arabischer Palästinenser.

Vor allem aufgrund des Generationswechsels hat sich allmählich nicht nur die beschriebene Erwartungshaltung und Paralyse geändert, sondern auch die Definition von „politischer Arbeit": Statt sich in den oppositionellen Parteien und Protestgruppen zu organisieren, wurde mit *grassroot*-Arbeit und Selbsthilfe begonnen. So sollen die staatlichen Organe gezwungen werden, im Interesse aller zu handeln; es geht bei dieser Art von Arbeit gleichzeitig auch darum, vor Ort mitzumachen, dabei ist man jedoch auf ausländische Hilfe und Unterstützung angewiesen.

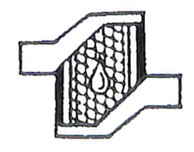
Initiativen und Projekte

Ein Beispiel für eine solche NGO ist die Galiläa-Gesellschaft. Vier junge Ärzte aus Galiläa, dem nördlichen Teil Israels, gründeten 1981 einen Verein für medizinische Forschungen und Dienste im benachteiligten arabischen Sektor, um die Disparitäten zwischen den jüdischen und den palästinensischen Israelis zu verringern: Auf der einen Seite verlangt die Gesellschaft von den staatlichen Organen die Gleichbehandlung der palästinensischen Bürger Israels bei der Gewährung sozialer Leistungen und zwingt den Staat, ihre Belange bei der Planung in Betracht zu ziehen. Andererseits ermutigt sie die arabischen kommunalen Organe, ihre gesetzlich verankerten Rechte einzufordern und in Zusammenarbeit mit der Galiläa-Gesellschaft zu realisieren. Dabei scheute die Gesellschaft keine gerichtlichen Auseinandersetzungen und ging dabei sogar bis zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Im Sinne der WHO versteht die Gesellschaft Gesundheit als einen Zustand des allgemeinen physischen, psychischen und sozialen Wohls und nicht nur, wie die traditionelle Auffassung, als Abwesenheit von Krankheit. Zu ihren zentralen Gesundheitsdiensten gehören zahnmedizinische Betreuung von Schülerinnen und Schülern sowie Impfkampagnen und Mutter-Kind-Betreuung bei den Beduinen in der Negevwüste. Aber auch Aufklärung über Umweltschutz, Aids und die Gefahren von Drogenmißbrauch sowie über die möglichen Gefahren von Verwandtenheirat gehört zu ihren Aufgaben.

Bei der Suche nach Problemlösungen stieß die Galiläa-Gesellschaft auf Datenlücken, die ernsthafte wissenschaftliche Antworten unmöglich machten. Außer Statistiken, die undifferenzierte Zahlen enthielten, war über die arabisch-palästinensischen Bürger Israels wenig bekannt. Daß bei der arabischen Bevölkerung die Kindersterblichkeit höher und die Lebenserwartung niedriger als bei der jüdischen ist, wußte jeder, aber

THE GALILEE SOCIETY
The Arab National Society
For Health Research and Services
P.O.Box 330, Shefa-Amr 20200-Israel
Tel. 04/9861171-2
Fax. 04/9861173



אגודת הגליל
האגודה הערבית הארצית
למחקר ושירותי בריאות
ת.ד. 330, שפרעם 20200
טל. 04/9861171-2
פקס. 04/9861173

جمعية الجليل
الجمعية العربية القطرية
للبحوث والخدمات الصحية
ص.ب ٣٣٠، شفاعمرو ٢٠٢٠٠
تل - ٠٤-٩٨٦١١٧١-٢
فاكس- ٠٤-٩٨٦١١٧٣

nicht, warum dies so ist. Daß diese Bevölkerung in einem der reichsten Länder der Region in Verhältnissen vergleichbar denen eines Entwicklungslandes lebt, konnten viele sehen und fühlen, aber nicht, welche Konsequenzen dies auf Gesundheit und Wohlbefinden haben könnte bzw. hat. Um etwas zu ändern, war der Galiläa-Gesellschaft klar, daß neben Bestandsaufnahmen auch Ursachenforschung von Nöten war. Studien wurden angefertigt, um zu erfassen, wieviele Arbeitskräfte im Gesundheitssektor beschäftigt sind, in welchem Umfang gesundheitliche Maßnahmen für Araber angeboten werden und ob die Betroffenen damit zufrieden sind. Durch Studien, Befragungen und Fachseminare wurde der Zusammenhang zwischen Krankheit und Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Benachteiligung untersucht und belegt.

Die Galiläa-Gesellschaft hat sich durch das Initiieren und Mitfinanzieren bzw. Durchführen von folgenden Projekten einen Namen gemacht:

• Zwei Sonderkindergärten für Behinderte wurden errichtet, die ersten im arabischen Sektor.

• Zinslose langfristige Darlehen, jeweils zwischen 10 000 und 15 000 Dollar, wurden für die Durchführung von Abwasser- und Kanalisationsprojekten vergeben. Davon haben über 20 Dörfer profitiert.

• Acht Mutter-Kind-Stationen sind in den nicht anerkannten arabischen Dörfern gegründet worden. Dies bedarf einer Erklärung: Ein nicht anerkanntes Dorf – davon gibt es 40 – ist ein Ort, wo seit langer Zeit arabische Bürger des Staates Israel leben oder schon vor 1948 lebten und Steuern und Krankenversicherungsbeiträge zahlen. Das Dorf erhält aber keinen solchen juristischen Status, man findet es auf keiner Landkarte. Schulpflicht gilt hier nicht, es gibt es auch keine befestigten Straßen, keine Elektrizität, kein Wasser, keine Kanalisation und keine Postzustellung. Dies dient als Druckmittel, damit die Menschen ihre Wohnorte verlassen oder sich von jüdischen Nachbarorten eingemeinden lassen. Auf diese Art wird die Judaisierung des Landes weiter vorangetrieben.

• Es wurde eine mobile Klinik für die elementare medizinische Versorgung von 40 000 Beduinen in der Negevwüste eingerichtet. Die Galiläa-Gesellschaft konnte erreichen, daß das Gesundheitsamt jetzt Kostenanteile übernimmt.

• 20 ambulante Zahnkliniken werden unterhalten.

• Konzipiert und durchgeführt wurden zahlreiche Unterrichtseinheiten und Seminare für Schülerinnen und Schüler und auch vom Kulturministerium anerkannte Fortbildungsseminare für Lehrkräfte über gesundheitliche Themen, vor allem aber über Umweltprobleme und adäquate Lösungsvorschläge.

• Neben Fachbibliothek und Zugang zu Fachliteratur mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel steht Forschern auf dem Gebiet der Umwelt das erste arabische Zentrum für Forschung und Entwicklung - ausgestattet mit modernen Laboreinrichtungen – zur Verfügung. Dort werden Luft, Boden und Wasser, aber Konsumartikel – vor allem Nahrungsmittel – untersucht und Methoden entwickelt, um umweltverträgliche Techniken für die Einheimischen zugänglich und bezahlbar zu machen. Dabei werden Alternativmethoden z. B. für Kompostierung oder Klärwasser und dessen Anwendung für Olivenbaumbewässerung auf ihre Tauglichkeit für die dortigen Bedingungen untersucht.

• Die erste Bibliothek für Sehbehinderte wurde errichtet.



Wasserstelle der Djahalin-Beduinen bei der Siedlung Maale Adumim. Sie wurden von dort im März 1997 vom israelischen Militär vertrieben. Foto: R. Maro

Lange Zeit haben die vier Gründer der Gesellschaft ihre Tätigkeit ehrenamtlich verrichtet, bis sie die Arbeit nicht mehr bewältigen konnten. Inzwischen sind es 20 Mitarbeiter geworden, denen Hilfe von Freiwilligen – auch aus dem Ausland – willkommen ist. Ein gewähltes Gremium übernimmt die Verantwortung für die Durchführung der mit Mehrheit verabschiedeteten Ziele und gibt jährlich einen Rechenschaftsbericht heraus.

Seit der Regierungsübernahme durch Ministerpräsident Netanyahu haben sich jedoch die Bedingungen für die Gesellschaft verschlechtert. Das Entgegenkommen der israelischen Behörden und anderer staatlicher Organe ist wesentlich geringer geworden.

Julie D. Bouchain: Juden in Syrien

Norbert Mattes

Das Thema Juden in der islamischen Welt ist für die deutsche Wissenschaft immer noch ein weißer Fleck, so daß Julie Bouchains Arbeit über die „Juden in Damaskus" zu begrüßen ist. Im Mittelpunkt der Studie steht die Geschichte der Damaszener Familie Farhi zwischen 1740 und 1840, die zu dieser Zeit eine der bekanntesten jüdischen Familien in Bilad ash-Sham, der osmanischen Provinz, die das Gebiet des heutigen Syrien, Libanon, Jordanien und Palästina/Israel umfaßte, war.
Die Autorin beschreibt zunächst Chaim Farhis Aufstieg in Damaskus, wo er den Posten seines Vaters übernahm, der als oberster *sarraf* (Bankier) – Finanz- und Verwaltungsbeamter des osmanischen Gouverneurs (*wali*) – eine der höchsten Machtposition innehatte. Chaim Farhi und seine Brüder waren als Staatsbeamte in der levantinischen Stadt Akko und in Damaskus für das Kreditwesen und die staatliche Buchhaltung sowie für die Finanzierung des jährlichen *hajj*, der islamischen Pilgerfahrt nach Mekka, zuständig, die in Damaskus startete. Chaim Farhis Einfluß und Stellung waren auch in Europa bekannt; so weist die Autorin daraufhin, daß sogar Napoleon versuchte, ihn 1799 als Bündnispartner zu gewinnen, als er von Ägypten aus seinen Feldzug nach Akko startete, worauf Chaim Farhi jedoch nicht einging. Er organisierte vielmehr den Nachschub und die Logistik der Belagerten und stellte eine kleine jüdische Einheit gegen Napoleon auf.

Die Autorin korrigiert in ihrer Arbeit das oft übertrieben positive Bild Chaim Farhis und das der goldenen Zeiten für die jüdische Gemeinde (keine Benachteiligung aus religiösen Gründen, vollkommene Steuerfreiheit etc.) und versucht, ein realistischeres Bild abzugeben: seine wirkliche Macht zwischen der Loyalität zum Herrscher und der Parteinahme für die Gemeinde. Als Nichtmuslim in dieser Position hatte er viele Neider und Feinde; 1820 wurde er auf Befehl des Wali umgebracht. Danach verfielen Handel und Wirtschaft in Akko, und die dort lebenden Juden wurden mit einer hohen Zwangssteuer belegt.
Chaim Farhis Brüder konnten durch ihren Einfluß beim Sheikh al-Islam in Istanbul ein *fatwa* erwirken, das den ihnen wohlgesonnenen Wali von Damaskus für einen Feldzug nach Akko legitimierte, der jedoch erfolglos war und die Absetzung des Walis zur Folge hatte. Chaims Bruder Rafael, der Finanz- und Verwaltungschef des Wali, kam durch eine Intrige zu Fall und wurde ins Gefängnis geworfen. Er konnte dann aber, nachdem er freigekauft worden war, nach Bagdad flüchten und wurde, als sein (christlicher) Nachfolger den Anforderungen seines Amtes nicht gerecht wurde und auch der Hajj mangels Vorfinanzierung ins Stocken kam, zurückgeholt. Es folgt die Darstellung des 20 Jahre dauernden Erbstreits, der im Jahre 1840 den endgültigen Niedergang der Familie besiegelte.

Hier endet der wesentliche Teil der Studie. Die Autorin stellt fest: „In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschwindet die Familie schließlich in der Bedeutungslosigkeit und somit im historischen Nebel" (S.1). Unverständlich ist es daher, daß der Untertitel der Arbeit „Aufstieg und Niedergang der Familie Farhi von 1740 bis 1995" lautet. Denn nun wird die Familiengeschichte krampfhaft bis 1995 ausgedehnt und eine Verbindung zu den zwei letzten Nachkommen der Farhis hergestellt: zwei in Damaskus noch lebende unverheiratete Schwestern. Ebenso krampfhaft wird abschließend dann zwischen dem „Abstieg" der Farhi-Familie und dem „Niedergang und Verschwinden" der jüdischen Gemeinde in Damaskus 1992–94 eine Parallelle gezogen.
Statt dessen wäre es angebrachter gewesen, mit einigem Material über die konkrete Tätigkeit der Farhibrüder im Kontext der osmanischen Herrschaft in Bilad ash-Sham und über das soziale Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen im urbanen Milieu von Damaskus die Arbeit anzureichern und somit den ohnehin wenigen Untersuchungen über diese Zeit einen kleinen sozialgeschichtlichen Mosaikstein hinzuzufügen. Zwar konstatiert die Autorin ein „Desinteresse der arabischen Autoren an den Juden" (S. 6); aber allein ein Blick in Abraham Marcus' Studie (The Middle East on the Eve of Modernity, Aleppo in the 18. Century, New York 1989) hätte gezeigt, daß dies keineswegs der Fall ist, werden dort doch einige arabische Autoren zitiert, die über das soziale Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen schreiben.

Neben diesem grundsätzlichen Manko der Arbeit gibt es aber noch zahlreiche Detailkritiken. So ist es nicht nachvollziehbar, warum das 5. Kapitel (S. 54–70), in dem die Autorin die einschneidenden Veränderungen im Osmanischen Reich zwischen 1840 und dem Ende des 19. Jahrhunderts beschreibt, die auch auf den Status der Nichtmuslime große Auswirkungen hatten, mit der Überschrift „Niedergang der jüdischen Gemeinde" firmiert. Wahrscheinlich stand Bernhard Lewis These vom Ende der jüdischen Gemeinden im Nahen Osten Pate: Für Lewis waren diese keinem Transformationsprozeß von der Tradition zur Moderne unterworfen. Daß dies so nicht stimmt, ist unter anderem schon am Beispiel der irakischen Juden und der Gemeinde in Essouira (Marokko) von den israelischen Wissenschaftlern Zwi Yehuda und Joseph Chetrit auf der Konferenz „Sephardi and Middle Eastern Jewry in Modern Times" in Herzliya Pituah im Januar 1991 dargestellt worden.
Dann werden das Christenmassaker in Damaskus von 1860 und der Bürgerkrieg im Libanon unter der Kapitelüberschrift „Interkonfessionelle Konflikte" abgehandelt, ohne daß auf die sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen dieser Ereignisse eingegangen wird.[1] Das 20. Jahrhundert bis zur Staatsgründung Israels wird auf nur vier Seiten abgehandelt. Auf so einem knappen Raum kann weder das Verhältnis zwischen der Zionistischen Bewegung und der arabischen Nationalbewegung noch die

Situation der oft zwischen den Fronten stehenden jüdischen Gemeinden ausreichend behandelt werden.[2] So werden mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet.
Eine abschließende Bemerkung noch zu den letzten Seiten des Buches, auf denen die Lage der Damaszener Juden nach der Staatsgründung Israels behandelt wird (S. 74–84). Es werden zwar viele Fakten zusammengetragen, die historischen Zusammenhänge werden indes nur unzureichend ausgeleuchtet. Unter den zahlreichen Militärherrschern, die in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren Syrien regierten, war die Lage der Juden sehr unterschiedlich: Unter Husni az-Zaim wurden die Damaszener Juden geschützt, unter Hinnawi unterdrückt, usw. Die Autorin versucht nicht zu unterscheiden zwischen allgemeiner Unterdrückung, einem Totalisierungsprozeß in dem der Staat jeden Winkel der Gesellschaft und alle zivilen Institutionen zu kontrollieren versucht und der besonderen Repression, der die Juden ausgesetzt waren.

Julie D. Bouchain, Juden in Syrien: Aufstieg und Niedergang der Familie Farhi von 1740–1995, Lit-Verlag Hamburg, 1996, 115 Seiten

1 S. A. Schölch: Der arabische Osten im 19. Jahrhundert 1800-1914, in: Ulrich Haarmann (Hrsg.), Geschichte der Arabischen Welt, München 1987 und Leila T. Fawaz, An Occasion for War, Civil Conflict in Lebanon and Damscus in 1860, Berkeley 1994

2 „If...their (syrische Juden) espousal of the Syrien cause was genuine, the European Zionists did them a great disservice by loudly proclaiming their so-called pro-Zionist attitudes."Marion Woolfson, Prophets in Babylon, Jews in the Arab World, London 1980, S. 175. Wie M. Woolfson erwähnt, waren in den 40er Jahren zionistische Emissäre in Syrien extrem aktiv.

Wilhelm Dietl: Staatsaffäre.
Das Tauziehen um die deutschen Geiseln im Libanon

Oliver Wils

Im Januar 1987 wurde der Hizbullah-Kämpfer Muhammad Ali Hamadi wegen Beteiligung an der Entführung einer TWA-Passagiermaschine und Sprengstoffschmuggel auf dem Frankfurter Flughafen festgenommen. Knapp zwei Wochen später war auch sein Bruder Abbas Ali Hamadi verhaftet worden. Als Folge wurde die Bundesrepublik in den libanesischen Bürgerkrieg verwickelt: Über einen Zeitraum von fünf Jahren, 1987 bis 1992, befanden sich deutsche Staatsangehörige in der Geiselhaft der libanesischen Hamadi-Familie.
In seinem Buch *Staatsaffaffäre. Hinter den Kulissen der Geheimdienste: Das Tauziehen um die deutschen Geiseln im Libanon* zeichnet Wilhelm Dietl äußerst detailliert die Verhandlungsführung und Geheimdiplomatie dieser Jahre nach. Besonders während der ersten Phase, der Entführung des Siemens-Technikers Alfred Schmidt und des Hoechst-Managers Rudolf Cordes, bemühten sich Politiker und Bundesbehörden unter strenger Geheimhaltung ihre verschiedenen Kontakte und Kanäle zu aktivieren bzw. neue zu schaffen. Wie Dietl an mehreren Beispielen aufzeigt, konkurrierten Politik, Nachrichtendienste und BKA dabei um Erfolg und Prestige.
Unter der Leitung des damaligen Kanzleramtsministers Wolfgang Schäuble war der Arbeitsstab Libanon eingerichtet worden, wo die Terrorismus- und Nahostexperten des Auswärtigen Amtes, des Bundeskriminalamtes und des Bundesnachrichtendienstes vertreten waren. Während das Auswärtige Amt seine guten Beziehungen zum Iran ins Spiel brachte, nutzte der BND seine Kanäle zum syrischen Partnerdienst ("Silberfuchs"). Nach Angaben Dietls war eine legale BND Residentur in Damaskus im Juni 1987 mittels der guten Kontakte des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zur syrischen Staats- und Geheimdienstführung eingerichtet worden.
Die Firmen Siemens und Hoechst schalteten ihrerseits den umstrittenen Privatdetektiv Werner Mauss ein. Dieser arbeitete in Konkurrenz zu den Behörden, wurde aber vom Verfassungsschutz gedeckt und unterstützt. Mit hohem finanziellen Aufwand gründete Mauss die Scheinorganisation „Cercle Humanitaire Swiss-Greece" mit Sitz in Genf und Larnaka. Waisenhäusern der Hizbullah wurden kostenlos Medikamente und Fachärzte zur Verfügung gestellt, wodurch die Organisation innerhalb kurzer Zeit Kontakte zur schiitischen Führung im Libanon aufbauen konnte. Dietl legt nahe, daß Mauss bei der Freilassung von Alfred Schmidt (im September 1987) den letztlichen Ausschlag (und wahrscheinlich Lösegeld in Höhe von fünf Millionen DM) gab. Die Freilassung von Rudolf Cordes (September 1988) hingegen scheint eher auf Druck seitens der iranischen und syrischen Regime zustande gekommen zu sein.
Interessant ist Dietls Einschätzung, daß die bundesdeutschen Behörden bei der Geiselnahme der beiden Mitarbeiter der dubiosen Organisation ASME Humanitas, Heinrich Strübing und Thomas Kemptner (von Mai 1989 bis Juni 1992), einen verhängsnisvollen Fehler begangen haben. Durch Vermittlung der syrischen Geheimdienste kam schon im Januar 1990 ein Treffen zwischen dem BND Unterabteilungsleiter Heinrich Hellmann und dem Sicherheitschef der Hizbullah Abdul Hadi Hamadi zustande. Dietl zufolge, hätten weitere Gespräche mit der Signalisierung minimaler Zugeständnisse schon zwei Jahre früher zur Freilassung der Geiseln führen können. Die Chance wurde vertan und das Treffen bis heute geheimgehalten.

Seit Dezember 1991 war auch Bernd Schmidbauer, Staatsminister im Bundeskanzleramt, involviert. Im März 1992 traf er in Teheran mit dem iranischen Staatspräsidenten Rafsandschani, dem Außenminister Velajati und dem Geheimdienstminister Ali Fallahian zusammen. Dietl deutet an, daß der iranische Geheimdienst im Gegenzug für seine Unterstützung die Lieferung sensibler Computer, Ausbildungsmaßnahmen und die Auslieferung iranischer Oppositioneller ansprach. Obwohl Bonn die Befreiung der Geiseln letzlich als Er-

folg Schmidbauers darstellt, ist Dietl der Ansicht, daß diese eher durch die Bemühungen des UN-Unterhändlers Giandomenico Picco erfolgte.
Die Stärke des Buches von Wilhelm Dietl liegt ohne Zweifel in der Reichhaltigkeit der Informationen. Der unter anderem für das Magazin Focus tätige Autor arbeitet seit Jahren zu Geheimdiensten sowie zum Nahen Osten und hat umfassend recherchiert. Da die Realität letztlich immer spannender als jeder Krimi ist, wird man durch das Buch gefesselt. Leider überspannt Dietl hier den Bogen: Sein Schreibstil ist zu sehr dem Sensationsjournalismus verhaftet, wie man ihn oft bei „Terrorismusexperten" antrifft. Viele Stilblüten und Klischees machen das Lesen an einigen Stellen nahezu unerträglich. Wenn Bilder wie „die verwinkelte Welt der Orientalen" oder „mit seinem typisch stechenden Blick" (beide S. 173) einen hohen Absatz garantieren sollen, bin ich der Meinung, daß der Autor dies nicht nötig gehabt hätte. Auch ist es schade, daß man sich aufgrund fehlender Quellenangaben oft einzig auf das Urteil und die Informationen des Autors verlassen muß.

Wilhelm Dietl: Staatsaffäre. Hinter den Kulissen der Geheimdienste: Das Tauziehen um die deutschen Geiseln im Libanon. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1997, 336 Seiten.

Urs Peter Ruf: Mobile Seßhafte in Mauretanien

Rüdiger Seesemann

Mit der ursprünglich als entwicklungssoziologische Diplomarbeit an der Universität Bielefeld eingereichten Studie von Urs Peter Ruf liegt eine willkommene Ergänzung der wenigen deutschsprachigen Veröffentlichungen zu Mauretanien vor. Ein dreimonatiger Aufenthalt des Autors im Rahmen einer Projektstudie für die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in der Hauptstadt Nouakchott sowie der Region Tagant weckte sein Interesse am Prozeß der Seßhaftwerdung der nomadischen Bevölkerung. Die historischen, sozialen und ökologischen Hintergründe dieses Prozesses werden auf Grundlage einer kritischen Auseinandersetzung mit der verfügbaren (zumeist französischsprachigen) Sekundärliteratur umfassend dargestellt.
Günter Schlee, Professor für Sozialanthropologie an der Universität Bielefeld, beschreibt in einem kurzen Vorwort den Gegenstand dieser in einer Reihe weiterer Bielefelder Studien zur Nomadenforschung stehenden Arbeit folgendermaßen: Es gehe um die Betrachtung von „Formen wirtschaftlicher Diversifikation", von „Kalkülen", die es den Nomaden erlaubten, einen „Ausweg aus Krisensituationen" zu finden (S. 4). Der Erklärungsansatz geht also ganz im Sinne der Nomadenforschung der siebziger und frühen achtziger Jahre, die die nomadische Lebensweise nicht länger mit dem Attribut „irrational" versah, davon aus, daß das Handeln der untersuchten Nomaden in einer Krise durch „Strategien" geleitet ist. Dieser Forschungsrichtung zeigt sich auch Urs Peter Ruf weitgehend verpflichtet.
Im Kapitel „Sedentarisierung der mauretanischen Nomaden" erläutert Ruf, daß sich seit der großen Dürre der frühen siebziger Jahre die Relation zwischen „seßhafter" und „mobiler" Bevölkerung drastisch verändert hat. Hatten Nomaden laut Statistik 1965 noch einen Anteil von 73,3 % an der Gesamtbevölkerung, so sank dieser Anteil auf 12 % im Jahr 1988. In absoluten Zahlen ausgedrückt: 1965 gab es 730 000, 1988 nur noch 216 000 Nomaden (S. 41). Gleichzeitig veränderte sich die Anzahl der Tiere insgesamt gegenüber dem Bestand vor der Dürrekrise kaum. Daraus ergibt sich ein Widerspruch: „Wie kann bei einer derart dramatischen Verringerung des Nomadismus die Bestockung des Landes mit Vieh aufrecht erhalten werden?" (S. 45). Die Frage bleibt vorerst offen. Der Autor verweist an dieser Stelle nur auf die potentielle Unzuverlässigkeit von Erhebungen sowohl zum Viehbestand als auch zum Anteil von Nomaden an der Gesamtbevölkerung.

Wie sehen nun die „Strategien" der Viehhalter angesichts der massiven Bedrohung ihrer Lebensgrundlage durch die Dürre aus? Ruf merkt hierzu zunächst an, daß „Nomadismus" und „Seßhaftigkeit" keine eindeutigen Kategorien darstellen. Vielmehr seien verschiedene "Formen von Mobilität" zu unterscheiden, und es gebe im Leben mauretanischer Nomaden mobile und seßhafte Phasen. Die „räumlich-mobilen Nutzungsstrategien" seien bestimmt durch „die natürlichen Ressourcen und die gesellschaftliche Organisation ihrer Aneignung" (S. 49). An die Seite „räumlicher Mobilität" als „Strategie der Verringerung von Produktionsrisiken" im Bereich der Viehwirtschaft (S. 51) trete daher der Versuch, durch Seßhaftwerdung auch in anderen Sektoren Einkommen zu generieren.
Die empirischen Daten, die Ruf im Rahmen seines Projektes erhob, legen nahe, daß die „Seßhaften" kaum noch Viehzucht betreiben (S. 169–172) Hier stellt sich nun eine Frage, auf die leider nur ganz am Rande eingegangen wird: Was ist aus dem Vieh geworden? Wie erwähnt, hat sich der Viehbestand auf lange Sicht, d. h. im Vergleich der Zahlen von 1960 und 1990 nur unwesentlich verändert. Ruf schreibt dazu lediglich, daß die staatliche Vermarktungspolitik für Vieh dazu geführt habe, daß in zunehmenden Maße Händler zu Herdenbesitzern wurden, und daß dadurch das Lohnhirtentum zum gängigen Muster wurde (S. 164). Haben also die ehemals viehhaltenden Familien tatsächlich alle die Viehzucht aufgegeben? Eine solche Annahme scheint mir nicht plausibel. Vielmehr legen andere Studien zur Tierhaltung im Sahel nahe, daß Nomaden ihre pastorale Wirtschaftsweise modifizieren, indem z.B. einige Hirten mit der Beaufsichtigung der Herden betraut sind, während andere Mitglieder des Familienverbandes in festen Siedlungen oder Städten nach anderen, ergänzenden Einkommensmöglichkeiten suchen. Diese Variante wird von Ruf fast gar nicht betrachtet, obwohl

er selbst beobachtet hat, daß zu Beginn der Regenzeit eine großer Teil der seßhaften Bevölkerung „zu Verwandten und deren Herden zurückkehrt“ (S. 48).

Weitere Einsichten hätte der Autor bieten können, wenn er über die Betrachtung von „Strategien“ hinaus Fragen der kulturellen Identität behandelt hätte. Er stellt zwar fest, daß „inmitten der zunehmenden Seßhaftwerdung in Städten und Dörfern [...] Elemente des nomadischen Lebens persistieren“ (S. 47), doch zur Erklärung führt er nur aus, daß es eben verschiedene Formen der Gestaltung von Mobilität gebe. Von kulturellen Konzepten, die sich im Festhalten der (Ex-)Nomaden an bestimmten Normen, Verhaltensweisen oder auch materiellen Gegenständen artikulieren, ist in Rufs Arbeit nicht die Rede. Dabei hätte gerade eine Darstellung solcher Aspekte helfen können, die „scheinbar ungebrochenen Traditionen und Praktiken eines mobilen und nomadischen Lebens“ (S. 48), die sich schlecht als rationale Strategien interpretieren lassen, zu erklären. An manchen Stellen des Buches läßt sich allerdings auch erkennen, daß der Verfasser das Kriterium der „Rationalität“ als Maßstab für das Handeln der von ihm untersuchten Akteure hinterfragt und damit von der Linie der „klassischen“ Nomadenforschung etwas abweicht. Dies gilt insbesondere für seine Schlußbetrachtungen oder auch für seinen Verweis auf den Bourdieu'schen Ansatz (S. 48), der anstelle der Untersuchung der vermeintlich „objektiven Bedingungen“ nach der „praktischen Interpretation dieser Bedingungen“, wie sie die Akteure hervorbringen, fragt.
Positiv hervorzuheben ist Rufs Auseinandersetzung mit gängigen Klischees in Beschreibungen der mauretanischen Gesellschaft sowie die Darstellung des Zusammenhangs zwischen Historiographie und kolonialer Herrschaftsideologie. Überzeugend ist auch die im Abschnitt „Ökologie und Gesellschaft“ formulierte Kritik am entwicklungspolitischen und geowissenschaftlichen Diskurs über Desertifikation und angepaßte Ressourcennutzung.

Als entscheidendes Manko der vermeintlich „exakten“ naturwissenschaftlichen Methoden moniert Ruf zu Recht, daß der Mensch in diese Berechnungen lediglich als unabhängiger Parameter einbezogen wird. Daß Menschen sich unterschiedlich verhalten und nicht immer und überall in der gleichen Weise Einfluß auf Ökosysteme nehmen, wird dabei ignoriert. Die Forderung nach verstärkter sozialwissenschaftlicher Einmischung in diese Diskussion ist daher in jedem Fall zu begrüßen.
Alles in allem bietet das Buch nicht nur eine flüssig geschriebene Einführung in die Problematik der Seßhaftwerdung mauretanischer Nomaden, sondern auch eine Fülle von Informationen zu Geschichte, Gesellschaft und ökologischen Problemen Mauretaniens, welche den des Französischen nicht mächtigen Leserinnen und Lesern sonst nur schwer zugänglich sind.

Urs Peter Ruf: *Mobile Seßhafte. Sedentarisierung und Geschichte der Nomaden in Mauretanien*, Verlag für Entwicklungspolitik Breitenbach (Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie, 61), Saarbrücken 1995; 197 S.

Mohssen Massarrat (Hrsg.): Mittlerer und Naher Osten

Astrid Raabe

Wer sich als interessierter Laie über das Tagespolitische hinaus über den Nahen Osten informieren will, kann auf die Literatur von Orientexperten zurückgreifen. Mit dem Sammelband von Mohssen Massarrat ist nun ein Buch auf den Markt gekommen, bei dem fast alle Autoren Nichtfachleute sind. Im Vorwort wird explizit darauf hingewiesen, daß dieser Sammelband sich nicht mit nah- und mittelostbezogenen Fachpublikationen messen will, somit also auch nicht mit deren Kriterien zu beurteilen ist.
Das mit den Erfahrungen des zweiten Golfkriegs deutlich gewordene Informationsdefizit veranlaßte Mohssen Massarrat, Hochschullehrer an der Universität Osnabrück, dazu, zwei Seminare für Studenten der Geisteswissenschaften zu veranstalten. Daraus entstand die vorliegende Einführung. Auf 320 Seiten werden drei Themenschwerpunkte behandelt:
1) Ideologien und Konfliktlinien der Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten,
2) die historische Entwicklung orientalisch-islamischer Zivilisationen und Territorialstaaten und
3) Auswirkungen des Erdölreichtums.
Die Auswahl der Artikel weist keine Überraschungen auf. Weniger beachtete Themen wie z.B. Umweltproblematik oder Menschenrechtsgruppen werden leider nicht behandelt. Die Autorinnen und Autoren haben im wesentlichen die zu den entsprechenden Themen gängigen Fachpublikationen solide verarbeitet und zusammengefaßt. Dies zeigt auch der Blick auf die Literaturlisten am Endes eines jeden Aufsatzes, die bei Interesse ein Weiterlesen ermöglichen. Einige Aufsätze (über das Osmanische und Abbasidische Reich) haben dabei leider den Charakter eines Seminarreferates beibehalten, so daß der interessierte Laie von einer Fülle trockener Informationen über Finanzen und Verwaltung erschlagen wird, die für das Verständnis des gegenwärtigen Orients nicht unbedingt von Bedeutung sind. Vielleicht hat auch gerade das Einlesen in die islamwissenschaftlichen Fachwerke einen unbefangenen Blick auf die Region verhindert, den man von Nichtfachleuten erwarten könnte, aber vergebens sucht.
Auch wenn in einem Sammelband natürlich nicht jeder Aspekt berücksichtigt werden kann, ist es doch bedauerlich, daß die Kurdenproblematik nur im Zusammenhang mit dem Kemalismus behandelt wird und die Situation der Kurden im Irak ganz außer acht gelassen wurde. Gerade im Zusammenhang mit dem zweiten

Golfkrieg war eine breite Öffentlichkeit an dieser Problematik interessiert und ist es auch weiterhin. Auch wäre es sinnvoll gewesen, dem Aufsatz über die Frau im Islam, der vor allem geschichtliche und rechtliche Aspekte hervorhebt, noch einen weiteren über die gegenwärtigen Auseinandersetzungen hinzuzufügen.

Zum Schluß sei noch die Einleitung des Buches zu erwähnen, die von Mohssen Massarrat selbst verfaßt worden ist und die den Rahmen für die sich anschließenden Aufsätze bilden soll. Massarrat stellt die Frage an den Anfang, um deren Beantwortung im Orient seit zwei Jahrhunderten gerungen wird: Warum haben die islamischen Länder nicht dieselbe Entwicklung genommen wie der Westen, warum sind sie letzterem auf Gebieten wie z. B. Technik unterlegen? Ausgehend von Webers berühmter These, die einen Zusammenhang zwischen der im Protestantismus begründeten rationalen Lebensführung und kapitalistischer Entwicklung sieht, stellt Massarrat fest, daß es auch im Orient die von Weber genannten Voraussetzungen gegeben hat, unterschiedlich seien vielmehr soziostrukturelle Faktoren, die bisher in der Forschung noch nicht gebührend berücksichtigt worden sind. Für die Einleitung hat Massarrat sich zwei für ihn zentrale Themenkomplexe herausgegriffen: Die Organisation des Staates und die Funktion der Stadt. An beiden Themen versuct er die Unterschiede zwischen West und Ost aufzuzeigen. Charakteristisch für den orientalischen Staat ist der Zentralismus, die Abhängigkeit von einem alles bestimmenden Herrscher, der einerseits die Ausbildung von kulturellen und zivilisatorischen Höchstleistungen ermöglichte, andererseits aber auch der Grund für die Schwäche des Orients war, da bei jedem Zusammenbruch des Herrscherhauses die Errungenschaften auf verschiedenen Gebieten mit ihm zusammenbrachen. Die politische Zersplitterung des Okzidents dagegen machte den Entwicklungsprozeß unabhängiger von den politischen Umbrüchen. Was die Stadt angeht, so fehlt dem Orient die für den Okzident typische Trennung von Agrargesellschaft und städtischbürgerlicher Gesellschaft.

Die nun folgenden Aufsätze orientieren sich allerdings kaum an den Thesen und Fragestellungen, die Mohssen Massarat in der Einleitung aufgeworfen hat. Lediglich der Beitrag über das Osmanische Reich greift die These Massarats über die unterschiedliche Struktur orientalischer Herrschaft ansatzweise auf. Andere Autoren begnügen sich mit kurzen Verweisen auf die Einleitung.

Abschließend kann festgehalten werden, daß der vorliegende Sammelband eine eher konventionelle Einführung ist, die jedoch bei allen oben erwähnten Kritikpunkten ihrem Anspruch, einen Einblick in die Geschichte und gegenwärtige Probleme des Nahen Osten für ein interessiertes Laienpublikum zu geben, gerecht wird.

Mohssen Massarrat (Hrsg.): Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung, agenda Verlag, Münster 1996.

Im nächsten Heft:

- kulturelle Vielfalt, Islamismus und totalitäre Herrschaft
- Bürgerkrieg, Hunger und humanitäre Hilfe
- Sudanesische Opposition und regionale Machtkonstellation

Sudan

Impressum

INAMO: Berichte und Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens werden herausgegeben von Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. und erscheint vierteljährlich.

Redaktionsadresse: INAMO
Dahlmannstr. 31, 10629 Berlin

Abonnementverwaltung (Ariadne Papageorgiou): INAMO
Postfach 3613, 90018 Nürnberg

Redaktion: Ulrike Dufner, Reinhard Fischer, Christopher Hayes, Sabine Hofmann, Matthias Kunde, Hans Günter Lobmeyer, Norbert Mattes, Ronald Ofteringer, Ariadne Papageorgiou, Bärbel Reuter, Isabel Schäfer, Asghar Schirazi, Petra Stockmann, Jens Tanneberg, Oliver Wils.

Schwerpunktredaktion:
Norbert Mattes und Hans Günter Lobmeyer

Titelbild: Anna Weise

Satz: Pinkuin Satz- und Datentechnik

Druck: CM Druckherstellung & MedienService

INAMO e.V. ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindungen:
Volksbank Berlin, BLZ 100 900 00, Kto.120 676 15
Nur für Abonnements: Kreissparkasse Bamberg, BLZ 770 501 10, Kto. 920 98

ISSN 0946-0721

Diese Ausgabe wurde vom kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland gefördert.

INAMO e.V., Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen
Pressevertriebstück, "Entgelt bezahlt", A 13966

Infoladen
Koburgerstr. 3
04277 Leipzig
Deutschland